



4

Staatsrechnung

Sonderrechnungen

2013

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.300.13d

INHALTSÜBERSICHT

Band 1 Bericht zur Bundesrechnung

Zahlen im Überblick und Zusammenfassung
Kommentar zur Jahresrechnung
Jahresrechnung
Kennzahlen
Bundesbeschluss

Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen

Rechnungspositionen
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen

Rechnungspositionen
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
Zusätzliche Informationen zu den Krediten

Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik

Zusatzerläuterungen
Statistik

Band 4 Sonderrechnungen

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte
Infrastrukturfonds
Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
Eidgenössische Alkoholverwaltung

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Rechnungspositionen (Erfolgs- und Investitionsrechnung) ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

Band 3 geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsthemen (u.a. Personal, Investitionen, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie, FLAG-Steuerung und Leistungsverrechnung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

Band 4 enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden.

Sonderrechnungen

	Seite
1 Fonds für die Eisenbahngrossprojekte	5
Entwurf Bundesbeschluss II	14
2 Infrastrukturfonds	15
Entwurf Bundesbeschluss III	25
3 Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen	27
Entwurf Bundesbeschluss IV	73
4 Eidgenössische Alkoholverwaltung	75
Entwurf Bundesbeschluss V	87



Inhalt

	Seite
1 Fonds für die Eisenbahngrossprojekte	9
11 Rechtsgrundlage, Struktur und Kompetenzen	9
12 Funktionsweise des Fonds	9
13 Rechnung 2013	10
Entwurf Bundesbeschluss II	14

11 Rechtsgrundlage, Struktur und Kompetenzen

Der 1998 geschaffene Fonds für die Eisenbahngrossprojekte (FinöV-Fonds) dient der Finanzierung der grossen Ausbauprojekte auf dem Schweizer Schienennetz. Er wird mit zweckgebundenen Einlagen aus der LSVA, der MWST und der Mineralölsteuer geäufnet. Für Ausbauprojekte wurden 2013 knapp 1,5 Mrd. aus dem Fonds entnommen, wovon rund drei Viertel in die Fertigstellung der NEAT flossen.

Die Errichtung des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte beruht auf Artikel 196 Ziffer 3 (Übergangsbestimmung zu Art. 87) Absatz 3 der Bundesverfassung. Die entsprechenden Verfahren sind mit dem Bundesbeschluss vom 9. Oktober 1998 über das Reglement des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte (SR 742.140) festgelegt worden. Die auf Seite 10 dargestellte Grafik zeigt im Überblick das Grundprinzip des Fonds.

Der Fonds hat die Form eines rechtlich unselbständigen Fonds mit eigener Rechnung. Er besteht aus einer Erfolgsrechnung und einer Bilanz.

Die *Erfolgsrechnung* umfasst

- den Ertrag: dieser setzt sich zusammen aus den Fondseinlagen in Form von zweckgebundenen Einnahmen, aus der Aktivierung von Darlehen sowie aus Aktivzinsen auf den Darlehen.
- den Aufwand: dieser besteht aus Entnahmen für die einzelnen Projekte, aus Passivzinsen auf den Verpflichtungen des Fonds,

aus der Wertberichtigung von Aktiven sowie in einer späteren Phase aus Rückzahlungen der dem Fonds vom Bund gewährten Bevorschussung.

Der *Bundesrat* entscheidet periodisch im Rahmen der Kompetenzen nach Artikel 196 Ziffer 3 Absatz 2 der Bundesverfassung, in welchem Umfang die verschiedenen vorgesehenen Finanzmittel in den Fonds eingespeist werden. Er stützt sich dabei auf eine Finanzplanung, welche die Kostendeckung der Projekte sicherstellt (Art. 4 des Reglements). Der Bundesrat erstellt eine dreijährige Finanzplanung und informiert das Parlament über deren Ergebnisse gleichzeitig mit dem Budget (Art. 8 Abs. 2 des Reglements).

Die *Bundesversammlung* legt zusammen mit dem jährlichen Voranschlag mit einfachem Bundesbeschluss fest, welche Mittel für die verschiedenen Projekte eingesetzt werden sollen. Dazu genehmigt sie für jedes Projekt einen Voranschlagskredit (Art. 3 des Reglements). Die Bundesversammlung muss ebenfalls die Rechnung des Fonds genehmigen (Art. 8 Abs. 1 des Reglements).

12 Funktionsweise des Fonds

In der *Anfangsphase* des Fonds ist wegen der Kumulation der Projekte eine Investitionsspitze zu verzeichnen. Während dieser ersten Phase reichen die zweckgebundenen Einnahmen zur Deckung des jährlichen Aufwands des Fonds nicht aus. Der Fehlbetrag in der Erfolgsrechnung wird jährlich durch Tresoriedarlehen (Art. 6 Abs. 1 des Reglements) gedeckt, die sich in der Fondsbilanz kumulieren. Die kumulierte Bevorschussung darf 8,6 Milliarden (Preisstand 1995) nicht übersteigen (Art. 6 Abs. 2 des Reglements). Bis Ende 2010 wurde die Bevorschussung indexiert. Für diese Vorfinanzierung muss der Bund seinerseits die notwendigen Mittel auf dem Kapitalmarkt aufnehmen, wodurch die Staatsverschuldung ansteigt.

In der *zweiten Phase* der Fondslaufzeit übersteigen die im Verfassungsartikel vorgesehenen Einlagen (zweckgebundene Einnahmen) die Entnahmen aus dem Fonds für die verschiedenen Projekte. Es kommt zu einem jährlichen Finanzierungsüberschuss. Gemäss Artikel 6 Absatz 3 des Fondsreglements sind nach der kommerziellen Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels (voraussichtlich Dezember 2016) mindestens 50 Prozent der zweck-

gebundenen Fondseinlagen (LSVA und MWST-Promille) zur Rückzahlung der Bevorschussung einzusetzen. Diese Regelung gilt, bis die gesamte Bevorschussung zurückbezahlt ist. Damit werden sich die Bevorschussung in der Fondsbilanz und die Verpflichtungen des Fonds gegenüber dem Bund reduzieren. In der Bundesbilanz nimmt die unter dem Finanzvermögen eingestellte Bevorschussung ab; entsprechend geht auch die auf die Eisenbahngrossprojekte zurückzuführende Verschuldung des Bundes zurück. Sobald die verschiedenen Projekte abgeschlossen sind und die zu marktmässigen Bedingungen verzinste Bevorschussung vollständig zurückbezahlt ist, wird der Fonds aufgelöst.

Die Vorlage FABI (Botschaft zur Volksinitiative «für den öffentlichen Verkehr» und zum direkten Gegenentwurf [Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur]), welche in der Abstimmung vom 9. Februar 2014 von Volk und Ständen angenommen wurde, sieht vor, den FinöV-Fonds per 1.1.2016 in einen unbefristeten Bahninfrastrukturfonds (BIF) zu überführen. Die Verzinsung und Rückzahlung der Bevorschussung erfolgt künftig aus dem BIF.

13 Rechnung 2013

Die zweckgebundenen Einnahmen fielen gegenüber dem Voranschlag 2013 um 74 Millionen tiefer aus. Die LSVA-Einlage lag 36 Millionen unter dem Budgetwert. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass der Voranschlag 2013 auf einer zu hohen Schätzung für das Jahr 2012 beruhte. Auch die Einlage aus dem MWST-Promille lag leicht unter dem Voranschlag (-15 Mio.). Grund ist die angepasste Berechnung des FinöV-Anteils an den gesamten Mehrwertsteuereinnahmen, welche zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt war. Die Mineralölsteuer-einlagen für 25 Prozent der Bauaufwendungen für die NEAT-Basislinien unterschritten den Voranschlagswert um 23 Millionen, da die Ausgaben vor allem für die Gotthard-Achse nicht im budgetierten Umfang getätigt werden konnten. Im Vergleich zum Rechnungsjahr 2012 erhöhte sich die LSVA-Einlage um 185 Millionen. Entsprechend wurde im Jahr 2013 ein deutlich geringerer Teil der LSVA-Einnahmen zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten im Bundeshaushalt zurückbehalten (90 Mio. im Vergleich zu 283 Mio. im Jahr 2012).

Einschliesslich Nachtragskredite (41 Mio.) und Kreditübertragungen (15 Mio.) standen für Projektentnahmen Mittel im Umfang von 1657 Millionen zur Verfügung. Für die einzelnen Projekte wurden 1480 Millionen entnommen. Gegenüber dem Voranschlag wurden somit rund 177 Millionen oder 11 Prozent weniger Mittel beansprucht.

Die Projektentnahmen im Rahmen der NEAT (ohne Kapazitätsanalyse Nord-Süd-Achsen und Trassensicherung) lagen mit 1110 Millionen gut 96 Millionen (-8%) tiefer als budgetiert. Rund 80 Millionen (-8%) weniger wurden für die Achse Gotthard aufgewendet. Der Minderbedarf ist vorwiegend darauf zurückzuführen, dass für die Bahntechnik am Gotthard-Basistunnel und für Bauarbeiten am Ceneri-Basistunnel nicht alle Leistungspakete wie vorgesehen zur Zahlung freigegeben werden konnten.

Für die Streckenausbauten an der Lötschberg-Achse und an der Gotthard-Achse wurden 4,6 bzw. 9,1 Millionen weniger Mittel beansprucht, für die Ausbauten der Strecke St. Gallen-Arth-Goldau 2,5 Millionen. Bei der Kapazitätsanalyse der Nord-Süd-Achsen verblieben Kreditreste von 1,4 Millionen (-32%).

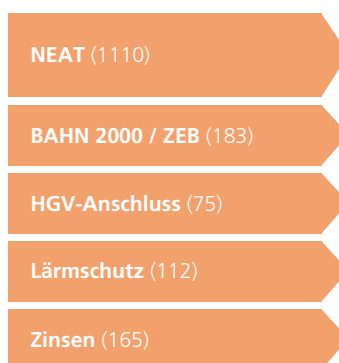
Die 1. Etappe von BAHN 2000 beanspruchte die budgetierten 15 Millionen praktisch vollständig. Für die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) wurden hingegen von den budgetierten 169 Millionen gut 5,5 Millionen nicht abgerufen. Die Ausgaben für die Planung der Weiterentwicklung der Bahninfrastruktur lagen mit 1,8 Millionen deutlich unter dem Voranschlagswert von 3,3 Millionen.

Die Entnahmen aus dem FinöV-Fonds für die Anschlüsse an das europäische HGV-Netz betragen insgesamt rund 75 Millionen und lagen damit 42 Prozent unterhalb des Budgetwerts. Rund ein Viertel der Mittel (19 Mio.) wurde für die Ausbauten Flughafen Zürich-Winterthur aufgewendet, was eine Budgetabweichung von 48 Prozent aufgrund von Vergabeerfolgen bedeutet. Neben Vergabeerfolgen waren auch Projektoptimierungen verantwortlich für die Kreditunterschreitung von 8,6 Millionen bei den Ausbauten Sargans-St. Margrethen. Infolge eines verspäteten Baubeginns konnten von den eingestellten 25,4 Millionen für die Ausbauten St. Gallen-Konstanz nur gerade 6,3 Millionen (-75%) abgerufen werden. Ebenso war ein verspäteter Baubeginn verantwortlich für die Budgetabweichung bei den Ausbauten Biel-Belfort (-46%) und den Ausbauten Lausanne-Vallorbe (-70%). Für die Vorfinanzierung Lindau-Geltendorf wurden die budgetierten Mittel vollständig ausgeschöpft. Nicht ausgeschöpft wurden hingegen die Mittel für die Ausbauten St. Gallen-St. Margrethen (-14%), die Ausbauten Bülach-Schaffhausen (-9%) und für den Ausbau Knoten Genf (-6%) sowie für den Beitrag an die Ausbauten Bellegarde-Nurieux-Bourg-en-Bresse (-4%).

Zweckgebundene Einlagen



Entnahmen für Projekte



Die NEAT beansprucht nach wie vor den Grossteil der Mittel aus dem FinöV-Fonds. Laufend an Bedeutung gewinnt die zu Bahn 2000 zählende zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB).
In Klammern: Werte gemäss Rechnung 2013 in Millionen

Für die Ausbauten Bern–Neuenburg–Pontarlier wurden aufgrund von geologischen Problemen nur 3,9 Millionen (-34 %) ausgegeben.

Die Aufwendungen für den *Lärmschutz* beliefen sich im Rechnungsjahr auf 112 Millionen und lagen damit 14 Prozent unter dem Voranschlagswert.

Die durch den FinöV-Fonds zu tragenden Bevorschussungszinsen betragen 165 Millionen, die Darlehenszinsen 0,9 Millionen. Die Bevorschussungszinsen lagen damit rund 5 Millionen oder 3 Prozent tiefer als budgetiert. Der Anteil der Bevorschussungszinsen an den zweckgebundenen Einnahmen aus LSVa und MWST betrug 14 Prozent (Mineralölsteuermittel stehen für die Verzinsung der Bevorschussung nicht zur Verfügung).

Nach Belastung der Bevorschussungszinsen schliesst die Rechnung 2013 mit einer Unterdeckung von 158 Millionen ab. Dies sind rund 107 Millionen weniger als (unter Berücksichtigung

aller Nachtragskredite und Kreditübertragungen) budgetiert war. Die kumulierte Bevorschussung stieg von 7965 auf 8123 Millionen an. Sie liegt noch rund 1607 Millionen unter der gesetzlich vorgeschriebenen Bevorschussungslimite.

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen eines Darlehenstransfers wie im Vorjahr bedingt rückzahlbare Darlehen aus der Fondsbuchhaltung in die Bilanz des Bundes übertragen, diesmal im Umfang von 132,5 Millionen. Die Betriebsvorbereitung der Achse Lötschberg (Streckenausbauten übriges Netz, Achse Lötschberg) der BLS Netz AG konnte definitiv abgerechnet werden (66,3 Mio.). Ebenso konnten die Arbeiten an einer einspurigen Verbindungsstrecke zwischen St. Fiden und dem Bruggwaldtunnel (HGV-Ausbauten St. Gallen–Konstanz, Spange SOB) der SBB abgeschlossen und die Anlagen der SOB übergeben werden (10,6 Mio.). Bei der Achse Gotthard wurden im Rahmen einer Pilotübergabe betreffend das Bauwerk Altdorf Rynächt, das von den SBB übernommen wurde, bedingt rückzahlbare Darlehen der ATG ausgebucht (55,6 Mio.).

Erfolgsrechnung

CHF	Rechnung 2012	Voranschlag inkl. Nachträge 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Ertrag	2 227 213 517	2 459 747 376	2 460 412 503	233 198 986	10,5
Zweckgebundene Einnahmen	1 281 722 606	1 560 972 600	1 486 587 261	204 864 655	16,0
Mehrwertsteuer	305 373 272	328 000 000	312 887 989	7 514 716	2,5
Schwerverkehrsabgabe	711 495 060	932 360 100	896 570 891	185 075 831	26,0
Mineralölsteuer	264 854 273	300 612 500	277 128 381	12 274 108	4,6
Aktivierung rückzahlbare Darlehen Bund	625 000	780 000	780 000	155 000	24,8
Aktivierung variabel verzinsliche, bedingt rückzahlbare Darlehen	682 233 259	632 925 000	814 619 212	132 385 953	19,4
NEAT, davon					
Achse Gotthard	504 289 481	525 000 000	485 219 212	-19 070 269	-3,8
Ausbauten St. Gallen - Arth-Goldau	8 800 000	–	15 500 000	6 700 000	76,1
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Lötschberg	10 143 778	8 925 000	6 800 000	-3 343 778	-33,0
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Gotthard	23 500 000	87 750 000	94 000 000	70 500 000	300,0
Bahn 2000, davon					
1. Etappe	4 600 000	11 250 000	9 500 000	4 900 000	106,5
Massnahmen nach Art. 4 Bst. a ZEBG	5 200 000	–	10 600 000	5 400 000	103,8
Massnahmen nach Art. 4 Bst. b ZEBG	13 100 000	–	130 000 000	116 900 000	892,4
Ausgleichsmassnahmen für den Regionalverkehr (Art. 6 ZEBG)	–	–	100 000	100 000	n.a.
Anschluss ans europäische Netz	112 600 000	–	62 900 000	-49 700 000	-44,1
Verlust	262 632 652	265 069 776	158 426 030	-104 206 622	-39,7
Aufwand	2 227 213 517	2 459 747 376	2 460 412 503	233 198 986	10,5
Entnahmen für Projekte	1 368 883 796	1 656 568 200	1 480 316 576	111 432 780	8,1
NEAT, davon					
Projektaufsicht	1 707 034	2 500 000	1 885 896	178 862	10,5
Achse Lötschberg	1 600 000	6 550 000	6 550 000	4 950 000	309,4
Achse Gotthard	1 008 578 961	1 050 000 000	970 438 425	-38 140 537	-3,8
Ausbauten St. Gallen - Arth-Goldau	9 011 391	18 133 000	15 584 000	6 572 609	72,9
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Lötschberg	11 239 118	11 900 000	7 299 558	-3 939 560	-35,1
Streckenausbauten übriges Netz, Achse Gotthard	30 976 000	117 000 000	107 884 000	76 908 000	248,3
Trassensicherung	–	200 000	5 595	5 595	n.a.
Kapazitätsanalyse Nord-Süd-Achsen	6 217 772	4 300 000	2 932 927	-3 284 845	-52,8
Bahn 2000, davon					
1. Etappe	6 636 000	15 000 000	14 946 800	8 310 800	125,2
Massnahmen nach Art. 4 Bst. a ZEBG	5 315 980	18 100 000	14 450 052	9 134 072	171,8
Projektaufsicht für Massnahmen nach Art. 4 Bst. a ZEBG	–	200 000	–	–	n.a.
Massnahmen nach Art. 4 Bst. b ZEBG	28 985 515	149 000 000	148 487 909	119 502 395	412,3
Projektaufsicht für Massnahmen nach Art. 4 Bst. b ZEBG	15 174	300 000	86 342	71 168	469,0
Ausgleichsmassnahmen für den Regionalverkehr (Art. 6 ZEBG)	108 766	1 500 000	566 179	457 413	420,5
Planung für Weiterentwicklung der Bahninfrastruktur (Bahn 2030)	771 728	3 300 000	1 835 798	1 064 070	137,9
Anschluss ans europäische Netz, davon					
Projektaufsicht	–	200 000	–	–	n.a.
Ausbauten St. Gallen - St. Margrethen	6 184 130	2 000 000	1 729 684	-4 454 446	-72,0
Ausbauten Lindau - Geltendorf	625 000	780 000	780 000	155 000	24,8
Ausbauten Bülach - Schaffhausen	17 900 000	14 500 000	13 143 000	-4 757 000	-26,6
Neubau Belfort - Dijon	10 000 000	–	–	-10 000 000	-100,0
Ausbauten Vallorbe / Pontarlier - Dijon	–	–	–	–	n.a.
Ausbau Knoten Genf	9 500 000	9 000 000	8 451 659	-1 048 341	-11,0
Ausbauten Bellegarde - Nurieux - Bourg-en-Bresse	–	6 877 200	6 599 894	6 599 894	n.a.
Anschluss Flughafen Basel - Mülhausen	125 000	600 000	–	-125 000	-100,0
Ausbauten Biel - Belfort	12 088 000	4 228 000	2 297 253	-9 790 747	-81,0
Ausbauten Bern - Neuenburg - Pontarlier	17 800 000	5 900 000	3 900 000	-13 900 000	-78,1
Ausbauten Lausanne - Vallorbe	136 000	800 000	238 000	102 000	75,0
Ausbauten Sargans - St. Margrethen	16 333 000	21 000 000	12 397 000	-3 936 000	-24,1
Ausbauten St. Gallen - Konstanz	7 220 652	25 400 000	6 263 876	-956 776	-13,3
Ausbauten Flughafen Zürich - Winterthur	37 300 000	37 300 000	19 283 000	-18 017 000	-48,3
Lärmschutz	122 508 576	130 000 000	112 279 730	-10 228 846	-8,3
Darlehenszinsen	926 850	859 475	857 163	-69 688	-7,5
Bevorschussungszinsen	175 169 612	169 394 701	164 619 553	-10 550 059	-6,0
Wertberichtigung variabel verzinsliche, bedingt rückzahlbare Darlehen	682 233 259	632 925 000	814 619 212	132 385 953	19,4

n.a.: nicht ausgewiesen

Bilanz

CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut %	
Aktiven	56 525 000	52 305 000	-4 220 000	-7,5
Anlagevermögen	56 525 000	52 305 000	-4 220 000	-7,5
Variabel verzinsliche, bedingt rückzahlbare Darlehen	14 218 841 364	14 900 960 576	682 119 212	4,8
NEAT Achse Lötschberg	2 181 460 281	2 181 460 281	-	-
NEAT Achse Gotthard	5 743 954 083	6 173 573 295	429 619 212	7,5
NEAT Ausbauten St. Gallen - Arth-Goldau	8 800 000	24 300 000	15 500 000	176,1
NEAT Streckenausbauten übriges Netz, Achse Lötschberg	212 600 000	153 100 000	-59 500 000	-28,0
NEAT Streckenausbauten übriges Netz, Achse Gotthard	41 900 000	135 900 000	94 000 000	224,3
Bahn 2000 1. Etappe	5 714 627 000	5 724 127 000	9 500 000	0,2
Massnahmen nach Art. 4 Bst. a ZEBG	5 200 000	15 800 000	10 600 000	203,8
Massnahmen nach Art. 4 Bst. b ZEBG	13 100 000	143 100 000	130 000 000	992,4
Ausgleichsmassnahmen für den Regionalverkehr (Art. 6 ZEBG)	-	100 000	100 000	n.a.
HGV Ausbauten St. Gallen - St. Margrethen	41 900 000	43 600 000	1 700 000	4,1
HGV Ausbauten Bülach - Schaffhausen	100 400 000	113 500 000	13 100 000	13,0
HGV Knoten Genf	19 000 000	27 400 000	8 400 000	44,2
HGV Ausbauten Biel - Belfort	15 000 000	16 900 000	1 900 000	12,7
HGV Ausbauten Bern - Neuenburg - Pontarlier	6 400 000	6 400 000	-	-
HGV Ausbauten Lausanne - Vallorbe	400 000	600 000	200 000	50,0
HGV Ausbauten Sargans - St. Margrethen	31 400 000	43 700 000	12 300 000	39,2
HGV Ausbauten St. Gallen - Konstanz	18 100 000	13 600 000	-4 500 000	-24,9
HGV Ausbauten Flughafen Zürich - Winterthur	64 600 000	83 800 000	19 200 000	29,7
Rückzahlbare Darlehen	56 525 000	52 305 000	-4 220 000	-7,5
Bahn 2000 1. Etappe	50 000 000	45 000 000	-5 000 000	-10,0
HGV Beitrag Vorfinanzierung Ausbauten Lindau - Geltendorf	6 525 000	7 305 000	780 000	12,0
Wertberichtigung variabel verzinsliche, bedingt rückzahlbare Darlehen	-14 218 841 364	-14 900 960 576	-682 119 212	4,8
Passiven	56 525 000	52 305 000	-4 220 000	-7,5
Fremdkapital	8 021 162 028	8 175 368 058	154 206 030	1,9
Rückzahlbare Darlehen Bund	56 525 000	52 305 000	-4 220 000	-7,5
Bevorschussung Bund	7 964 637 028	8 123 063 058	158 426 030	2,0
Eigenkapital	-7 964 637 028	-8 123 063 058	-158 426 030	2,0
Verlustvortrag	-7 964 637 028	-8 123 063 058	-158 426 030	2,0

n.a.: nicht ausgewiesen

Entwurf

Bundesbeschluss II über die Rechnung des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte für das Jahr 2013

vom #. Juni 2014

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 8 Absatz 1 des Reglements des Fonds für die
Eisenbahngrossprojekte vom 9. Oktober 1998¹, nach Einsicht in
die Botschaft des Bundesrates vom 26. März 2014²,*

beschliesst:

Art. 1

Die Rechnung des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte wird
für das Jahr 2013 wie folgt genehmigt:

- a. Die Erfolgsrechnung verbucht Entnahmen für die Projekte
von 1 480 316 576 Franken und schliesst mit einer
Finanzierungslücke von 158 426 030 Franken,
die durch Tresoreriedarlehen gedeckt wird;
- b. die Bilanz verzeichnet eine Bevorschussung in der Höhe
von 8 123 063 058 Franken.

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

¹ SR 742.140

² Im BBI nicht veröffentlicht



Inhalt

	Seite
2 Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen	19
21 Rechtsgrundlage, Struktur und Kompetenzen	19
22 Funktionsweise des Infrastrukturfonds	20
23 Rechnung 2013	20
Entwurf Bundesbeschluss III	25

21 Rechtsgrundlage, Struktur und Kompetenzen

Aus dem 2006 geschaffenen Infrastrukturfonds werden die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes und die Beseitigung von Engpässen finanziert sowie Beiträge an Massnahmen im Agglomerationsverkehr und für Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen geleistet. 2013 flossen mehr als die Hälfte der Entnahmen in die Netzfertigstellung; gut ein Drittel wurden für Massnahmen im Agglomerationsverkehr aufgewendet. Projektverzögerungen sowohl bei den Nationalstrassen als auch beim Agglomerationsverkehr führten dazu, dass die zur Verfügung stehenden Kredite nicht vollständig beansprucht wurden.

Der Infrastrukturfonds ist auf die Artikel 86 Absatz 3 und 173 Absatz 2 der Bundesverfassung abgestützt. Das Infrastrukturfondsgesetz vom 6.10.2006 (IFG, SR 725.13) regelt die Grundsätze des Fonds. Im Bundesbeschluss über den Gesamtkredit für den Infrastrukturfonds vom 4.10.2006, Art. 1, wurde die Verteilung auf die verschiedenen Aufgabengebiete festgehalten. In der Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVV, SR 725.116.21) schliesslich werden die Verfahren präzisiert.

Das Infrastrukturfondsgesetz wurde auf den 1.1.2008 in Kraft gesetzt.

Der Infrastrukturfonds hat die Form eines rechtlich unselbständigen Fonds mit eigener Rechnung. Er besteht aus einer Erfolgsrechnung und einer Bilanz. Ergänzend wird mit einer Liquiditätsrechnung der Stand der Fondsmittel aufgezeigt.

Die Erfolgsrechnung umfasst

- *den Ertrag*: dieser setzt sich zusammen aus den Einlagen sowie den Aktivierungen der Nationalstrassen im Bau und der bedingt rückzahlbaren Darlehen an Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs.
- *den Aufwand*: dieser setzt sich zusammen aus den Entnahmen für die Finanzierung der Aufgaben (Netzvollendung, Engpassbeseitigungen, Massnahmen im Bereich der Agglomerationen, Hauptstrassen in Berg- und Randregionen) sowie den Wertberichtigungen aus den aktivierten Nationalstrassenabschnitten im Bau und für die Gewährung von bedingt rückzahlbaren Darlehen an Schieneninfrastrukturprojekte des Agglomerationsverkehrs (S-Bahnen und Tramlinien). Bei den Entnahmen für die Nationalstrassen wird nach aktivierbaren und nicht-aktivierbaren Anteilen unterschieden. Der Bund kann Ausgaben im Zusammenhang mit dem Nationalstrassenbau nur aktivieren, wenn ihm ein entsprechender Vermögenswert zugeht. Nicht aktivierbar sind deshalb Ausgaben für Anlagen, die in den Besitz der Kantone übergehen (z.B. Schutzbauwerke gegen Naturgefahren ausserhalb des Nationalstrassenperimeters, Verbindungsstrassen von den Nationalstrassen zum untergeordneten Strassennetz usw.) oder Ausgaben anderer Art (z.B. Landumlegungen, Archäologie, ökologische Ausgleichsmassnahmen usw.).

Die Bilanz setzt sich wie folgt zusammen (wesentliche Positionen):

- *Umlaufvermögen*: Die verfügbaren Mittel bestehen zur Hauptsache aus den Forderungen an den Bund. Hierzu ist zu erläutern, dass der Infrastrukturfonds über keine flüssigen Mittel verfügt, da die Liquidität fortlaufend und nur im Ausmass des tatsächlichen Mittelbedarfs durch den Bund bereitgestellt wird.
- *Anlagevermögen*: Dieses setzt sich aus den aktivierten und wertberichtigten Nationalstrassen im Bau sowie den aktivierten und wertberichtigten, bedingt rückzahlbaren Darlehen für Schieneninfrastrukturprojekte in den Agglomerationen zusammen.
- *Eigenkapital*: Das Eigenkapital ergibt sich als Residualgrösse aus den Aktiven nach Abzug des Fremdkapitals.

Die Bundesversammlung hat mit dem Bundesbeschluss vom 4.10.2006 einen Verpflichtungskredit (Gesamtkredit) für den Infrastrukturfonds von 20,8 Milliarden Franken (Preisstand 2005, ohne Teuerung und Mehrwertsteuer) bewilligt. Bereits zu Beginn freigegeben wurden die Tranchen des Gesamtkredites für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes (8,5 Mrd.), die Mittel für die Realisierung von dringenden und baureifen Projekten des Agglomerationsverkehrs (2,6 Mrd.) sowie die Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen (800 Mio.). Mit Beschlüssen vom 21.9.2010 gab das Parlament erstmalig Mittel für die realisierungsreifen Vorhaben des Programms Engpassbeseitigung auf den Nationalstrassen und des Programms Agglomerationsverkehr ab 2011 frei. Weitere Mittelfreigaben aus diesen beiden Programmen werden der Bundesversammlung periodisch unterbreitet.

Während der Laufdauer des Fonds genehmigt die Bundesversammlung jährlich die Rechnung des Fonds sowie – zusammen mit dem Voranschlag – die Entnahmen aus dem Fonds für die einzelnen Aufgaben. Sie beschliesst im Rahmen des Voranschlags des Bundes zudem über die jährlichen Einlagen in den Fonds. Gemäss IFG Art. 9 darf sich der Fonds nicht verschulden.

Der Bundesrat erstellt eine Finanzplanung des Fonds, die er dem Parlament jährlich zusammen mit dem Voranschlag oder im Rahmen des Legislaturfinanzplans zur Kenntnis bringt. Im Übrigen verfügt der Bundesrat über die Kompetenz, den Gesamtkredit um die ausgewiesene Teuerung und die Mehrwertsteuer zu erhöhen.

22 Funktionsweise des Infrastrukturfonds

Der Bund legt zu Lasten der Spezialfinanzierung Strassenverkehr Mittel in den Infrastrukturfonds ein. Dort werden diese gemäss den Vorgaben des Infrastrukturfondsgesetzes wie folgt verwendet:

- Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes nach Artikel 197 Ziffer 3 BV
- Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz
- Investitionen des Agglomerationsverkehrs
- Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen

Für die Verwendung der Mittel bestehen teilweise Einschränkungen. Dem Infrastrukturfonds wurde mit der Inkraftsetzung eine Ersteinlage in Höhe von 2,6 Milliarden aus der Spezialfinanzierung Strassenverkehr gutgeschrieben. Die Ersteinlage kann gemäss Artikel 2 Absatz 2 des Infrastrukturfondsgesetzes nur für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, die Engpassbesei-

tigung und die Beiträge an Hauptstrassen verwendet werden. Diese Bedingungen gelten auch für die ausserordentliche Einlage von 850 Millionen, die das Parlament per 2011 zur Verbesserung der Liquidität des Infrastrukturfonds beschlossen hat.

Demgegenüber sind die Ausgaben des Agglomerationsverkehrs aus den jährlichen Einlagen zu finanzieren.

Die Einlagen in den Infrastrukturfonds sind gemäss Artikel 2 Absatz 3 des IFG so zu dimensionieren, dass sowohl die über den Fonds finanzierten Aufgaben wie auch die übrigen Aufgaben nach Artikel 86 Absatz 3 der Bundesverfassung über genügend Mittel verfügen.

Der Infrastrukturfonds ist auf 20 Jahre befristet (Art. 13 IFG). Verbleibende Mittel werden auf die Spezialfinanzierung Strassenverkehr übertragen.

23 Rechnung 2013

Die Erfolgsrechnung 2013 des Infrastrukturfonds schliesst mit einem negativen Saldo von 141 Millionen ab.

Der Ertrag von 2019 Millionen setzt sich wie folgt zusammen:

Die Einlage in den Fonds betrug für das Jahr 2013 1026 Millionen.

Aus der Fertigstellung des Nationalstrassennetzes konnten Anlagen im Bau im Umfang von 604 Millionen aktiviert werden, aus der Engpassbeseitigung 94 Millionen. Ebenfalls zu aktivieren waren die an dringliche Agglomerationsprojekte des Schienenverkehrs gewährten Darlehen im Umfang von 226 Millionen und diejenigen an die Programme des Agglomerationsverkehrs in der Höhe von 69 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Darlehen an die dringlichen Projekte (+41 Mio.) angestiegen und an die Programme des Agglomerationsverkehrs (-23 Mio.) gesunken.

Der Aufwand erreichte 2159 Millionen. Hauptbestandteil sind die Entnahmen im Umfang von 1166 Millionen:

Im Bereich der *Fertigstellung Nationalstrassen* wurden Ausgaben von 627 Millionen getätigt, wovon 23 Millionen nicht aktivierbar waren. Zu nennen sind folgende Schlüsselprojekte:

- A5 Umfahrung Biel
- A5 Umfahrung Serrières
- A9 Umfahrung Visp und Leuk – Steg/Gampel
- A16 Landesgrenze Frankreich – Porrentruy
- A16 Delémont – Grenze JU/BE
- A16 Roches – Court
- A16 Court – Tavannes
- A28 Prättigauer Strasse

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlags war für die Netzfertigstellung ein Mittelbedarf von 730 Millionen (ohne Berücksichtigung von Einnahmen) geplant. Infolge von Projektverzögerungen beanspruchten die Kantone im Rechnungsjahr 2013 weniger Finanzmittel als ursprünglich geplant. Dies und Vergabeerfolge aufgrund des anhaltenden Kostendrucks im Bauhauptgewerbe sowie die generell kostensenkende Wirkung der Anwendung des Handbuchs «Standards im Nationalstrassenbau» führten zu Minderausgaben im Umfang von gesamthaft 103 Millionen.

Für die *Engpassbeseitigung* wurden 95 Millionen eingesetzt, wovon 2 Millionen nicht aktivierbar waren. Diese Mittel wurden in erster Linie für die Hauptarbeiten des 6 Spur-Ausbaus zwischen Härkingen und Wiggertal und für Abschlussarbeiten des 6 Spur-Ausbaus Blegi – Rütihof eingesetzt. Ebenfalls fortgeführt wurde die planerische Bearbeitung weiterer Engpassprojekte:

- ZH 6-Spur-Ausbau Nordumfahrung Zürich
- ZH 6-Spur-Ausbau Andelfingen – Winterthur Nord
- LU Bypass der Stadt Luzern
- BS-BL Engpassbeseitigung der Osttangente Basel
- SO-BE 6-Spur-Ausbau Luterbach – Härkingen
- SH Schaffhausen Süd – Herblingen
- VD Suppression du goulet d'étranglement de Crissier

Im Zusammenhang mit dem Nationalstrassenbau sind 2013 auch Einnahmen im Umfang von rund 14 Millionen angefallen (insbesondere aus dem Verkauf nicht mehr benötigter Restparzellen). Diese Mittel konnten im Sinne einer Ausnahme vom Bruttoprinzip direkt wieder dem entsprechenden Ausgabenkredit des Fonds gutgeschrieben werden (Nettoverbuchung). Garantierückbehalte für die Engpassbeseitigung wurde in der Höhe von rund 0,6 Millionen bilanziert.

Erfolgsrechnung

CHF	Rechnung 2012	Voranschlag inkl. Nachträge 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut %	
Saldo Erfolgsrechnung	-287 614 694	-445 296 100	-140 567 807	147 046 887	-51,1
Ertrag	1 926 551 553	1 842 763 900	2 018 510 989	91 959 436	4,8
Einlagen	927 861 600	1 025 763 900	1 025 763 900	97 902 300	10,6
Jährliche Einlage	927 861 600	1 025 763 900	1 025 763 900	97 902 300	10,6
Aktivierung Nationalstrassen im Bau	722 243 865	817 000 000	697 761 020	-24 482 844	-3,4
Netzfertigstellung	647 930 592	693 500 000	604 248 315	-43 682 277	-6,7
Engpassbeseitigung	74 313 273	123 500 000	93 512 705	19 199 432	25,8
Aktivierung bedingt rückzahlbare Darlehen Schienenverkehr	276 446 088	–	294 986 068	18 539 981	6,7
BE Tram Bern West	–	–	–	–	n.a.
LU Doppelspurausbau und Tieflegung Zentralbahn	34 849 477	–	44 265 425	9 415 948	27,0
ZG Stadtbahn Zug, 1. Teilergänzung	127 790	–	90 036	-37 753	-29,5
ZH Durchmesserlinie Zürich (DML), 1. Teil S-Bahn	22 000 000	–	–	-22 000 000	-100,0
BL Bahnhof Dornach Arlesheim/Doppelspurausbau Stollenrain	1 538 806	–	–	-1 538 806	-100,0
VD Bahnhof Prilly-Malley, Réseau Express Vaudois (REV)	6 475 000	–	–	-6 475 000	-100,0
VD Durch das TL Netz 2008 bedingte Ausbauten	–	–	125 422	125 422	n.a.
TI Schienenverbindung zwischen Mendrisio-Varese (FMV)	14 477 600	–	12 000 000	-2 477 600	-17,1
GE Schienenverbindung Cornavin-Eaux-Vives-Annemasse (CEVA)	105 135 804	–	169 733 603	64 597 799	61,4
Zürich: Ausfinanzierung Durchmesserlinie Zürich (DML)	74 000 000	–	50 996 500	-23 003 500	-31,1
Zürich: 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich	7 277 600	–	5 941 612	-1 335 988	-18,4
Biel: SBB-Bahnhalt Bözingenfeld	–	–	1 877 180	1 877 180	n.a.
Zug: S-Bahn-Netz: Neue Haltestelle Sumpf	1 052 312	–	160 000	-892 312	-84,8
Solothurn: Verschiebung Bahnhof Bellach	–	–	1 544 072	1 544 072	n.a.
Solothurn: Neuer Haltepunkt Solothurn Brühl Ost	780 000	–	1 336 880	764 072	98,0
Schaffhausen: S-Bahn-Ausbau Schaffhausen, Viertelstundentakt (Teil SBB)	2 944 643	–	773 584	-2 171 059	-73,7
St. Gallen/Arbon-Rorschach: S-Bahn-Ausbau SG, Viertelstundentakt (Teilmassnahme A)	5 787 056	–	4 837 056	-950 000	-16,4
Mendrisiotto: Fermata TILO S. Martino-Mendrisio	–	–	1 304 698	1 304 698	n.a.
Aufwand	2 214 166 247	2 288 060 000	2 159 078 796	-55 087 451	-2,5
Entnahmen	1 215 476 294	1 471 060 000	1 166 331 707	-49 144 587	-4,0
Fertigstellung Nationalstrassennetz	677 881 925	730 000 000	626 963 590	-50 918 335	-7,5
aktivierbar	647 930 592	693 500 000	604 248 315	-43 682 277	-6,7
nicht aktivierbar	29 951 334	36 500 000	22 715 275	-7 236 059	-24,2
Engpassbeseitigung Nationalstrassennetz	76 293 897	130 000 000	95 019 513	18 725 616	24,5
aktivierbar	74 313 273	123 500 000	93 512 705	19 199 432	25,8
nicht aktivierbar	1 980 624	6 500 000	1 506 808	-473 816	-23,9
Agglomerationsprogramme	130 166 000	245 000 000	149 647 500	19 481 500	15,0
Beiträge à fonds perdu (Strasse und Schiene)	38 324 389	245 000 000	80 875 918	42 551 529	111,0
Darlehen (Schiene)	91 841 611	–	68 771 582	-23 070 029	-25,1
Dringliche Projekte Agglomerationsverkehr	286 740 472	321 000 000	249 641 104	-37 099 368	-12,9
Beiträge à fonds perdu (Strasse und Schiene)	102 135 994	321 000 000	23 426 618	-78 709 376	-77,1
Darlehen (Schiene)	184 604 477	–	226 214 486	41 610 009	22,5
Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen	44 394 000	45 060 000	45 060 000	666 000	1,5
Wertberichtigung aus Zugang Nationalstrassen im Bau	722 243 865	817 000 000	697 761 020	-24 482 844	-3,4
Wertberichtigung bedingt rückzahlbare Darlehen Schienenverkehr	276 446 088	–	294 986 068	18 539 981	6,7

n.a.: nicht ausgewiesen

Gegenüber dem Voranschlag ergaben sich im *Agglomerationsverkehr* Minderausgaben von 167 Millionen. Die Ausgaben beliefen sich auf insgesamt 399 Millionen. Davon gingen 250 Millionen an die dringlichen Agglomerationsprojekte, 149 Millionen an die Agglomerationsprogramme.

Aufgrund des langsameren Baufortschritts bzw. noch ausstehender Schlussabrechnungen wurden gegenüber dem Voranschlag (255 Mio.) für die dringlichen Schienenprojekte 221 Millionen ausgegeben, davon entfielen 178 Millionen auf die Schienenverbindung CEVA. Mit wesentlichen Beiträgen wurden 2013 folgende Projekte unterstützt:

- BE Tram Bern West
- LU Doppelspurausbau und Tieflegung Zentralbahn*
- BS Tramverlängerung nach St. Louis und Weil am Rhein in der Stadt Basel
- AG Eigentrasseierung Wynental- und Suhrentalbahn (WSB) zwischen Suhr und Aarau
- VD Durch das TL-Netz 2008 bedingte Ausbauten*
- TI Schienenverbindung zwischen Mendrisio-Varese (FMV)*
- GE Tram Cornavin – Meyrin – CERN (TCMC)
- GE Schienenverbindung Cornavin-Annemasse (CEVA)*

*Finanzierung ganz oder teilweise mit bedingt rückzahlbaren Darlehen.

Folgendes dringliches Schienenprojekt konnte abgeschlossen werden:

- ZG Stadtbahn Zug, 1. Teilergänzung

28 Millionen wurden für folgende dringlichen Strassenprojekte ausgegeben:

- BE Wankdorfplatz, Tramverlängerung
- FR Pont et tunnel de la Poya
- SO Entlastung Region Olten
- BL H2 Pratteln – Liestal

Folgendes dringliches Strassenprojekt konnte abgeschlossen werden:

- ZG Neubau der Kantonstrasse Nr. 4, «Nordzufahrt»

Aufgrund des langsameren Baufortschritts für die Agglomerationsprogramme wurden insgesamt 96 Millionen weniger ausgegeben als im Voranschlag (245 Mio.) geplant.

Die Investitionsbeiträge und Darlehen für Schienen- und Bahninfrastrukturen im Rahmen der Agglomerationsprogramme erreichten 118 Millionen. Mit wesentlichen Beiträgen wurden 2013 folgende Projekte unterstützt:

- Zürich: Ausfinanzierung Durchmesserlinie Zürich (DML)*
- Zürich: 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich*
- Biel: SBB-Bahnhalt Bözingenfeld*

- Schaffhausen: S-Bahn-Ausbau Schaffhausen, Viertelstundentakt*
- St. Gallen/Arbon-Rorschach: S-Bahn-Ausbau St. Gallen, Viertelstundentakt (Teilmassnahme A)*

*Finanzierung ganz oder teilweise mit bedingt rückzahlbaren Darlehen.

Die Investitionsbeiträge für Strassen- und Langsamverkehrsmassnahmen im Rahmen der Agglomerationsprogramme erreichten 32 Millionen. Mit wesentlichen Beiträgen wurden 2013 folgende Projekte unterstützt:

- Bern: Verkehrssanierung Worb
- Luzern: K17: Root Ronnegg – Knoten Tell
- Luzern: Infrastrukturausbau Trolleybusnetz
- Luzern: Radwegnetz A: 17.1c
- Zug: ÖV-Feinverteiler auf Eigentrasse, 1. Teil (Ausbau Knoten Alpenblick, UF Sumpf Steinhausen/Cham)
- Basel: Umgestaltung Luzerner-/Wasgenring
- Basel: Beruhigung Ortszentrum Reinach, Teil 1
- St. Gallen/Arbon – Rorschach: Altstadtentlastung mit Erschliessung Saurer WerkZwei
- Aargau-Ost: Neugestaltung Ortsdurchfahrt Niederlenz (K248)

45 Millionen wurden als Pauschalbeiträge an die *Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen* ausgerichtet. Dieser Betrag wird jährlich um die Teuerung korrigiert (Basisjahr 2005). Beitragsberechtigt sind jene Kantone, die gemäss LSVA zu den vorabanteilsberechtigten Kantonen gehören und die nicht über eine grosse Agglomeration mit mehr als 100 000 Einwohnern verfügen. Diese Kriterien werden von folgenden Kantonen erfüllt: Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Freiburg, Solothurn, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Graubünden, Wallis, Neuenburg, Jura. Die Beiträge werden gemäss der Strassenlänge abgestuft.

Die Bilanz des Infrastrukturfonds weist per 31.12.2013 ein *Umlaufvermögen* von 1611 Millionen aus. Dieses setzt sich aus den Forderungen an den Bund im Umfang von 1610 Millionen sowie solchen an die Kantone von 1 Million zusammen. Letztere resultieren aus der Netzfertigstellung der Nationalstrassen.

Das *Anlagevermögen*, bestehend aus den Nationalstrassen im Bau (2804 Mio.) und den bedingt rückzahlbaren Darlehen Schienenverkehr (1146 Mio.), ist vollständig wertberichtet.

- Bei den Nationalstrassen im Bau hat sich der Wert im Vergleich zum Vorjahr um 340 Millionen erhöht. Diese Veränderung ergibt sich aus dem Zuwachs an im Bau befindlichen Strecken (+698 Mio.) abzüglich des Übertrags von fertiggestellten Abschnitten an den Bund (-358 Mio.). Dabei handelt es sich um die Inbetriebnahmen des Abschnitts A16 Transjurane BE Moutier Est – Court. Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass hier nur die aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Anteile dieser Projekte ausgewiesen werden. Die vor Bestehen des Infrastrukturfonds durch den Bund finanzierten Anteile der Projekte wurden als Anlagen im Bau bereits im Rahmen der Eröffnungsbilanz per 1.1.2008 übertragen.

Bilanz

CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
			absolut	%
Aktiven	1 755 341 346	1 611 319 543	-144 021 803	-8,2
Umlaufvermögen	1 755 341 346	1 611 319 543	-144 021 803	-8,2
Forderungen Bund	1 753 886 838	1 610 147 462	-143 739 376	-8,2
Forderungen Dritte	1 454 508	1 172 081	-282 427	-19,4
Anlagevermögen	-	-	-	-
Nationalstrassen im Bau	2 464 097 803	2 804 049 991	339 952 188	13,8
Netzfertigstellung	2 387 664 301	2 634 103 784	246 439 483	10,3
Engpassbeseitigung	76 433 502	169 946 208	93 512 705	122,3
Bedingt rückzahlbare Darlehen Schienenverkehr	862 139 641	1 146 414 883	284 275 242	33,0
BE Tram Bern West	26 100 000	26 100 000	-	-
LU Doppelspurausbau und Tieflegung Zentralbahn	34 849 477	79 114 902	44 265 425	127,0
ZG Stadtbahn Zug, 1. Teilergänzung	10 620 790	10 710 826	90 036	0,8
ZG Stadtbahn Zug, 1. Teilergänzung (Projekt abgeschlossen, Abtretung Darlehen ans BAV)	-	-10 710 826	-10 710 826	n.a.
VD Ouchy - Les Croisettes, Métro M2	123 373 089	123 373 089	-	-
ZH Durchmesserlinie Zürich (DML), 1. Teil S-Bahn	373 502 775	373 502 775	-	-
BL Bahnhof Dornach Arlesheim/Doppelspurausbau Stollenrain	7 209 806	7 209 806	-	-
VD Bahnhof Prilly-Malley, Réseau Express Vaudois (REV)	22 612 079	22 612 079	-	-
VD Durch das TL Netz 2008 bedingte Ausbauten	3 908 610	4 034 032	125 422	3,2
TI Schienenverbindung zwischen Mendrisio-Varese (FMV)	22 727 600	34 727 600	12 000 000	52,8
GE Schienenverbindung Cornavin-Eaux-Vives-Annemasse (CEVA)	105 135 804	274 869 407	169 733 603	161,4
Zürich: Ausfinanzierung Durchmesserlinie Zürich (DML)	107 668 000	158 664 500	50 996 500	47,4
Zürich: 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich	11 155 600	17 097 212	5 941 612	53,3
Biel: SBB-Bahnhalt Bözingenfeld	-	1 877 180	1 877 180	n.a.
Zug: S-Bahn-Netz: Neue Haltestelle Sumpf	1 319 312	1 479 312	160 000	12,1
Solothurn: Verschiebung Bahnhof Bellach	-	1 544 072	1 544 072	n.a.
Solothurn: Neuer Haltepunkt Solothurn Brühl Ost	780 000	2 116 880	1 336 880	171,4
Schaffhausen: S-Bahn-Ausbau Schaffhausen, Viertelstundentakt (Teil SBB)	3 294 643	4 068 227	773 584	23,5
St. Gallen/Arbon-Rorschach: S-Bahn-Ausbau SG, Viertelstundentakt (Teilmassnahme A)	7 882 056	12 719 112	4 837 056	61,4
Mendrisiotto: Fermata TILO S. Martino-Mendrisio	-	1 304 698	1 304 698	n.a.
Wertberichtigung Nationalstrassen im Bau	-2 464 097 803	-2 804 049 991	-339 952 188	13,8
Wertberichtigung bedingt rückzahlbare Darlehen Schienenverkehr	-862 139 641	-1 146 414 883	-284 275 242	33,0
Passiven	1 755 341 346	1 611 319 543	-144 021 803	-8,2
Fremdkapital	14 139 739	10 685 744	-3 453 995	-24,4
Verbindlichkeiten Dritte	1 015 546	2 983 000	1 967 454	193,7
Übrige Passive Rechnungsabgrenzung	11 865 742	7 060 030	-4 805 712	-40,5
Rückstellungen Garantieleistungen	1 258 452	642 714	-615 738	-48,9
Eigenkapital	1 741 201 606	1 600 633 799	-140 567 807	-8,1

n.a.: nicht ausgewiesen

- Bei den bedingt rückzahlbaren Darlehen Schienenverkehr entspricht die Veränderung von 284 Millionen gegenüber 2012 den 2013 neu gewährten Darlehen. Infolge Projektabschluss wurde das bedingt rückzahlbare Darlehen (knapp 11 Mio.) für das Projekt Stadtbahn Zug, 1. Teilergänzung, dem Bundesamt für Verkehr abgetreten.

Die *Passivseite der Bilanz* zeigt die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten im Umfang von 3 Millionen sowie die übrige passive Rechnungsabgrenzung von 7 Millionen. Es handelt sich um Rechnungen der Kantone im Zusammenhang mit der

Netzfertigstellung, die das Jahr 2013 betreffen, aber erst 2014 bezahlt wurden. Zudem wurden Garantierückstellungen von rund 0,5 Millionen für die Engpassbeseitigung bilanziert. Das Eigenkapital beläuft sich auf 1601 Millionen.

Per Ende 2013 verfügt der Infrastrukturfonds über eine Liquidität von 1601 Millionen. Aufgrund der Minderausgaben hauptsächlich im Bereich des Agglomerationsverkehrs, aber auch bei den Nationalstrassen, ist diese rund 305 Millionen höher als im Voranschlag angenommen.

Liquiditätsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Fondseinlagen	927,9	1 025,8	1 025,8	97,9	10,6
Ausserordentliche Einlage	–	–	–	–	–
Jährliche Einlage	927,9	1 025,8	1 025,8	97,9	10,6
Fondsentnahmen	1 215,5	1 471,1	1 166,3	-49,1	-4,0
Fertigstellung Nationalstrassennetz	677,9	730,0	627,0	-50,9	-7,5
Engpassbeseitigung Nationalstrassennetz	76,3	130,0	95,0	18,7	24,5
Dringliche Projekte Agglomerationsverkehr	286,7	321,0	249,6	-37,1	-12,9
Agglomerationsprogramme	130,2	245,0	149,6	19,5	15,0
Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen	44,4	45,1	45,1	0,7	1,5
Fondsliquidität*	1 741,1	1 295,8	1 600,5	-140,6	-8,1

n.a.: nicht ausgewiesen

* Forderungen und Verbindlichkeiten Dritte nicht berücksichtigt

Entwurf

Bundesbeschluss III über die Rechnung des Infrastrukturfonds für das Jahr 2013

vom #.#.2014

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 12 des Infrastrukturfondsgesetzes vom
6. Oktober 2006¹, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates
vom 26. März 2014²,*

beschliesst:

Art. 1

Die Rechnung des Infrastrukturfonds für das Jahr 2013 wird wie folgt genehmigt:

- a. Die Erfolgsrechnung verzeichnet Entnahmen von 1 166 331 707 Franken und schliesst mit einem negativen Saldo von 140 567 807 Franken ab. Dieser wird auf das Eigenkapital vorgetragen.
- b. Die Bilanzsumme erreicht 1 611 319 543 Franken bei einem Eigenkapital von 1 600 633 799 Franken.

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

¹ SR 725.13

² Im BBI nicht veröffentlicht



Inhalt

	Seite
3 Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen	31
31 Einführung	31
32 Konsolidierte Jahresrechnung	32
321 Übersicht	32
322 Konsolidierte Erfolgsrechnung	34
323 Konsolidierte Investitionsrechnung	35
324 Konsolidierte Geldflussrechnung	36
325 Konsolidierte Bilanz	37
326 Konsolidierter Eigenkapitalnachweis	38
33 Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung	40
331 Allgemeine Erläuterungen	40
332 Erläuterungen zur konsolidierten Jahresrechnung	44
333 Weitere Erläuterungen	62
34 Segmentberichterstattung/Einzelabschlüsse	65
341 Erfolgsrechnung nach Konsolidierungseinheit	65
342 Investitionsrechnung nach Konsolidierungseinheit	67
343 Geldflussrechnung nach Konsolidierungseinheit	68
344 Bilanz nach Konsolidierungseinheit	69
35 Zusatzinformationen	70
351 Investitionen des Bundes in vom ETH-Bereich genutzte Liegenschaften	70
352 Hochleistungsrechnen und Vernetzung (HPCN Projekt)	71
353 Nationale Forschungsinfrastruktur SwissFEL	71
354 Neuroinformatikprojekt Blue Brain	71
355 Aktionsplan «Koordinierte Energieforschung Schweiz» – Massnahmen in den Jahren 2013–2016	72
Entwurf Bundesbeschluss IV	73

Der ETH-Bereich umfasst die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen ETH Zürich und EPFL sowie die vier Forschungsanstalten Paul Scherrer Institut (PSI), Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) und Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag). Diese sechs Institutionen sind öffentlich-rechtliche Anstalten des Bundes mit Rechtspersönlichkeit. Zum ETH-Bereich gehören weiter der Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat) als strategisches Führungsorgan und die ETH-Beschwerdekommision als unabhängiges Beschwerdeorgan.

Steuerung und Berichterstattung des ETH-Bereichs

Die politische Führung des ETH-Bereichs nehmen das Parlament und der Bundesrat wahr. Die politischen Behörden geben die Leistungsstandards (aktuell: Leistungsauftrag des Bundesrates an den ETH-Bereich 2013–2016) und die finanziellen Eckwerte vor. Als Leistungserbringer ist der ETH-Bereich verantwortlich, dass die Vorgaben umgesetzt werden. Der ETH-Bereich untersteht zudem der parlamentarischen Oberaufsicht. Die *strategische Führung* des ETH-Bereichs nimmt der ETH-Rat wahr, die operative Führung der Institutionen obliegt den Schulleitungen und Direktionen.

Gesetz und Leistungsauftrag verpflichten den ETH-Rat zur periodischen Berichterstattung über den Fortschritt bei der Zielerreichung, den Zustand der Immobilien, das Personal und die Finanzen. Dazu unterbreitet der ETH-Rat dem Bundesrat jährlich einen Geschäftsbericht, der – nach dessen Zustimmung – zugleich Zusatzdokumentation für die Behandlung der Rechnung im Parlament und Kommunikationsinstrument für die Öffentlichkeit ist.

ETH Zürich

Die ETH Zürich steht für exzellente Lehre, wegweisende Grundlagenforschung und die Anwendung der Ergebnisse zum Nutzen der Gesellschaft. Sie zählt über 18 000 Studierende und Doktorierende aus über 110 Ländern. Rund 500 Professorinnen und Professoren unterrichten und forschen in den Gebieten Ingenieurwissenschaften, Architektur, Mathematik, Naturwissenschaften, systemorientierte Wissenschaften sowie Management- und Sozialwissenschaften.

EPFL

Die EPFL zählt rund 15 300 Personen – davon sind über 9800 Studierende und Doktorierende, 329 Professorinnen und Professoren sowie rund 5200 in den Bereichen Lehre, Forschung, Technik und Verwaltung tätige Personen. Sie kommen aus über 125 Ländern. Damit ist die EPFL eine der multikulturellsten Hochschulen der Welt. Ab dem Master-Niveau ist die ganze Ausbildung zweisprachig (Französisch-Englisch). Die EPFL zeichnet sich besonders durch die Förderung internationaler Partnerschaften, Sponsoring und gemeinsamer Projekte von Wissenschaft und Industrie aus.

PSI

Das PSI forscht zu den Themen Materie und Material, Mensch und Gesundheit sowie Energie und Umwelt. Es betreibt mit der Neutronenquelle, der Synchrotron Lichtquelle Schweiz und

der Myonenquelle wissenschaftliche Grossforschungsanlagen. Jährlich kommen über 2400 Forschende aus der Schweiz und der ganzen Welt ans PSI, um diese weltweit einzigartigen Anlagen für ihre Experimente zu nutzen. Das PSI hat rund 1900 Mitarbeitende. Ein Viertel der Mitarbeitenden sind Postdoktorierende, Doktorierende oder Lernende, mehr als 700 sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

WSL

Die WSL befasst sich mit der Nutzung und dem Schutz von natürlichen und urbanen Landschaften und Lebensräumen sowie dem verantwortungsvollen Umgang mit Naturgefahren (namentlich auch das WSL-Institut für Schnee- und Lawinenforschung). Von den gut 500 Mitarbeitenden der WSL in Birmensdorf, Davos, Lausanne, Bellinzona und Sitten sind knapp die Hälfte wissenschaftliche Mitarbeitende. Dazu kommen noch über 60 Doktorierende sowie 15 Auszubildende.

Empa

Die Empa erarbeitet praxisnah Lösungen für Industrie und Gesellschaft in den Bereichen nanostrukturierte Materialien und Oberflächen, Umwelt-, Energie- und nachhaltige Gebäudetechnologien sowie Bio- und Medizinaltechnologien. Seit 1880 liefert sie öffentlichen Stellen Datengrundlagen für politische Entscheide und führt Studien für Bundesämter durch. Für die Empa arbeiten rund 960 Mitarbeitende, davon 29 Professorinnen und Professoren, rund 190 Doktorierende, 40 Auszubildende sowie jährlich etwa 160 Bachelor- und Masterstudierende.

Eawag

Die Eawag ist ein weltweit führendes Wasserforschungsinstitut. Die Kombination von Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften erlaubt eine umfassende Erforschung des Wassers, von relativ ungestörten naturbelassenen Gewässern bis hin zu voll technisierten Abwassermanagementsystemen. Die 25 Professorinnen und Professoren, die rund 200 wissenschaftlichen Mitarbeitenden und die rund 140 Doktorierenden treffen an der Eawag auf ein einzigartiges Forschungsumfeld, in welches sie Interessengruppen aus Wirtschaft und Gesellschaft aktiv einbeziehen.

ETH-Rat

Der ETH-Rat ist das strategische Führungs- und Aufsichtsorgan, die Wahlbehörde für den ETH-Bereich und führt als Bau- und Liegenschaftsorgan das Immobilienmanagement. Ein Stab von knapp 50 Mitarbeitenden unterstützt den ETH-Rat bei der Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags.

32 Konsolidierte Jahresrechnung

Der ETH-Bereich verfügte im Berichtsjahr über Mittel im Umfang von 3,2 Milliarden. Davon stammte der überwiegende Teil entweder direkt vom Bund oder von den staatlichen Forschungsförderungsinstitutionen. Das finanzielle Volumen entspricht dem der Rechnung 2012, wobei die Zweit- und die Drittmittel einen Rückgang verzeichneten. Das Jahresergebnis beläuft sich auf knapp 70 Millionen.

321 Übersicht

Einführung – Entwicklung Zahlungsrahmen

Das Eidgenössische Parlament genehmigte mit Bundesbeschluss vom 25.9.2012 den Zahlungsrahmen 2013–2016 für den ETH-Bereich in der Höhe von 9583,9 Millionen (BBl 2012 8365) und den darauf abgestimmten Leistungsauftrag des Bundesrates an den ETH-Bereich. Im März 2013 beschloss das Eidgenössische Parlament eine Aufstockung des Zahlungsrahmens um 60,0 Millionen. Diese zusätzlichen Mittel werden zweckgebunden zum Ausbau der Energieforschung im ETH-Bereich (Betrieb und Investitionen) eingesetzt (BBl 2013 2611). Der bewilligte Zahlungsrahmen für die Jahre 2013–2016 erhöht sich somit auf total 9643,9 Millionen. Das durchschnittliche jährliche Wachstum in der Leistungsperiode 2013–2016 beträgt 4,1 Prozent (Basis Voranschlag 2012).

Mit dem Bundesbeschluss I zum Voranschlag 2014 bewilligte das Parlament eine weitere Aufstockung des Zahlungsrahmens (+14,0 Mio.). Dies ermöglicht dem ETH-Bereich, Erlöse aus Immobilienverkäufen der letzten Jahre für neue Projekte zu Gunsten von Lehre und Forschung einzusetzen. Durch diese Aufstockung erhöhte sich der Zahlungsrahmen auf 9657,9 Millionen.

Dem Zahlungsrahmen angerechnet werden der Finanzbedarf für die laufenden Ausgaben und die Investitionen in mobile Sachanlagen (Finanzierungsbeitrag, Kredit A2310.0542, 701 GS WBF, 2013: 2073,9 Mio.) und der Investitionskredit für die durch den ETH-Bereich genutzten Bauten (620 BBl, Kredit A4100.0125, 2013: 197,5 Mio.). Nicht angerechnet wird der Beitrag an die Unterbringung des ETH-Bereichs (701 GS WBF, Kredit A2310.0543, 2013: 304,9 Mio.).

Die zehn strategischen Ziele des Leistungsauftrages 2013–2016 sind auf die Höhe des Zahlungsrahmens 2013–2016 abgestimmt.

Die Mittelallokation innerhalb des ETH-Bereichs ist in Art. 12 Abs. 2 der Verordnung über den ETH-Bereich (SR 414.110.3) geregelt. Der ETH-Rat berücksichtigt bei der Mittelzuteilung die strategischen Ziele, die akademischen Leistungen und die strukturellen Lasten der Institutionen (Leistungsauftrag 2013–2016, Ziel 8, Unterziel 3). Der ETH-Rat teilt den beiden ETH und den vier Forschungsanstalten die Mittel basierend auf den aus dem Leistungsauftrag abgeleiteten Zielvereinbarungen zu. Er stützt sich dabei auf seine strategische Planung sowie die genehmigten Entwicklungspläne der Institutionen. Vor der Zuteilung an die Institutionen reserviert er die Mittel für die eigene Verwaltung, den Betrieb der Beschwerdekommision und für Anreiz- und

Anschubfinanzierungen. Letztere wurden im Laufe des Jahres 2013 an die beiden ETH respektive die vier Forschungsanstalten abgetreten (vgl. Ziff. 341).

Jahresrechnung 2013

Die Erträge des ETH-Bereichs stiegen gegenüber der Rechnung 2012 um 61 Millionen (+2,0 %) und liegen bei 3202 Millionen (*operativer Ertrag* 3189 Mio.; *Finanzergebnis* 13 Mio.). Die Beiträge des Bundes (Finanzierungs- und Unterbringungsbeitrag) machen mit 2379 Millionen den überwiegenden Anteil (74 %) des operativen Ertrags aus. Vom Total des Zuflusses an Zweit- und Drittmitteln von 713 Millionen (-48 Mio. resp. -6,3 % gegenüber dem Jahr 2012) wurden die im Rechnungsjahr 2013 noch nicht verwendeten Mittel in der Höhe von 37 Millionen beim Ertrag in Abzug gebracht (ausgewiesen unter Bestandesveränderung Zweit- und Drittmittel).

Der gegenüber dem Vorjahr insgesamt höhere Ertrag ermöglichte die Finanzierung von zusätzlichen Vorhaben in Lehre und Forschung.

Der *operative Aufwand* stieg gegenüber dem Vorjahr um 94 Millionen (+3,1 Prozent) und liegt bei 3132 Millionen. Der Personalaufwand nahm wie im Vorjahr um 3,5 Prozent zu und macht den höchsten Anteil des operativen Aufwands aus (63 % oder 1981 Mio.).

Das *Jahresergebnis* beläuft sich auf 70 Millionen. Es verschlechterte sich zwar gegenüber dem Jahr 2012 (102 Mio.), liegt aber deutlich über der Prognose für das Jahr 2013 von 26 Millionen. Das operative Ergebnis beträgt 57 Millionen, es liegt ebenfalls unter dem Vorjahreswert (89 Mio.) und überstieg den budgetierten Wert für das Jahr 2013. Der operative Aufwand zog im Verhältnis stärker an als der operative Ertrag. Dies drückte auf das Jahresergebnis 2013.

Die Struktur der Finanzierung des ETH-Bereichs zeichnet sich im Vergleich zu den Vorjahren durch hohe Kontinuität und stabile finanzielle Verhältnisse aus, wie die Zusammensetzung des Ertrags 2013 aufzeigt. Der Bund finanziert den ETH-Bereich zu knapp 90 Prozent. Den grössten Anteil machen die direkten Bundesbeiträge aus (74 %). Über die Zweitmittel steuerte er im Jahr 2013 indirekt weitere 14 Prozent zur Finanzierung des ETH-Bereichs bei. Die restlichen Mittel stammten aus der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft (inkl. Schenkungen, Legaten

etc.), aus Studiengebühren und aus diversen Erträgen, wie den Honoraren für Dienstleistungen und Expertisen, Materialverkäufen sowie aus dem Finanzergebnis.

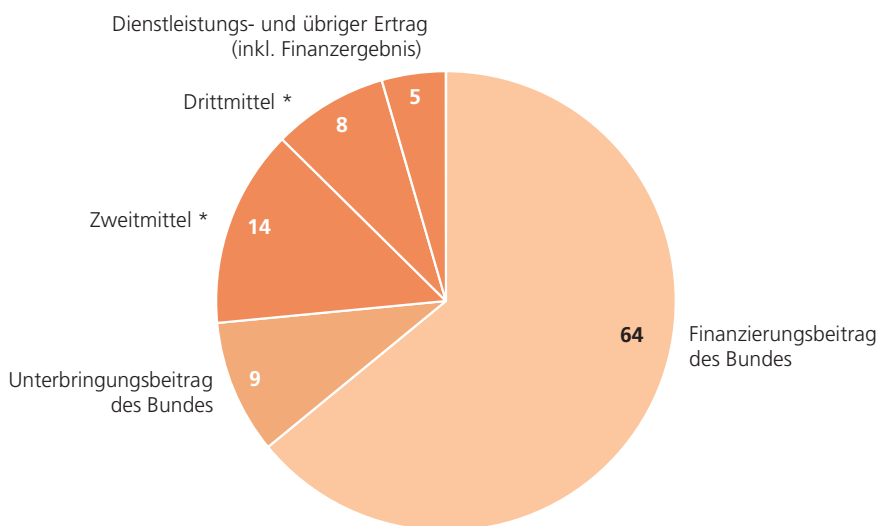
Für Sachanlagen und immaterielle Güter wurden im Jahr 2013 236 Millionen investiert (2012: 219 Mio.).

Die konsolidierte Bilanzsumme des ETH-Bereichs beläuft sich per Ende des Jahres 2013 auf 2845 Millionen, was einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 158 Millionen (+5,9 %) entspricht. Innerhalb der Aktiven verzeichnete das Anlagevermögen einen relativ starken Anstieg (+89 Mio.), innerhalb der Passiven verzeichneten alle Kategorien einen Anstieg. Die stärkste Zunahme gegenüber dem Vorjahr (+70 Mio. resp. +7,8 %) ist beim Eigenkapital zu verzeichnen.

Mittelherkunft/Mittelverwendung

Struktur des Ertrags 2013 in %

Bruttoertrag Rechnung 2013: 3239 Mio.

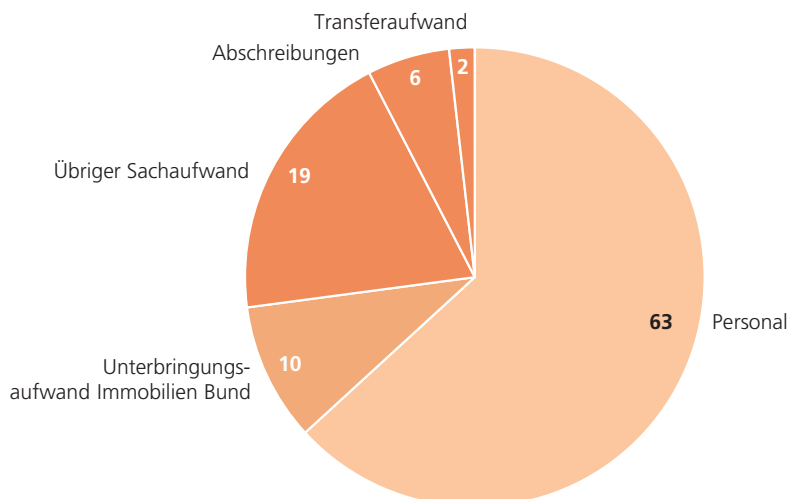


Über direkte Beiträge leistete der Bund 73 Prozent an die Finanzierung des ETH-Bereichs. Weitere 14 Prozent steuerte er über die kompetitiven Forschungsmittel und die Ressortforschung (Zweitmittel) bei. Die verbleibenden 13 Prozent des Ertrags verteilten sich auf die Drittmittel, den Dienstleistungs- und den übrigen Ertrag.

* Zweit- und Drittmittel: Brutto- Ertrag vor Bestandesveränderungen von -37 Mio. Fr.

Struktur des Aufwandes 2013 in %

Aufwand Rechnung 2013: 3132 Mio.



Für die Löhne der Professorinnen und Professoren, der wissenschaftlichen Mitarbeitenden und des technisch administrativen Personals wendete der ETH-Bereich 2 Milliarden (63 % des Aufwandes) auf. Der zweitgrösste Posten, der übrige Sachaufwand, enthält u.a. die Aufwände des ETH-Bereichs für Material, kleinere Infrastrukturprojekte und Informatik.

322 Konsolidierte Erfolgsrechnung

Konsolidiertes Ergebnis der Erfolgsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%	Ziffer im Anhang
Jahresergebnis	102	26	70	-33	-31,8	
Operatives Ergebnis (exkl. Finanzergebnis)	89	16	57	-33	-36,6	
Operativer Ertrag	3 127	3 258	3 189	61	2,0	
Finanzierungsbeitrag des Bundes	2 041	2 074	2 074	33	1,6	1
Beitrag an Unterbringung	301	315	305	4	1,3	2
Zweit- und Drittmittel	761	713	713	-48	-6,3	3
Entgelte aus Zweitmitteln	471	477	451	-20	-4,2	
Entgelte aus Drittmitteln	290	236	262	-28	-9,7	
Bestandesveränderung	-99	-25	-37	62	-62,8	3, 20
Zweit- und Drittmittel						
Dienstleistungsertrag	99	114	105	6	6,4	4
Übriger Ertrag	25	67	29	4	14,1	5
Operativer Aufwand	3 038	3 242	3 132	94	3,1	
Eigenaufwand	2 987	3 090	3 076	89	3,0	
Personalaufwand	1 914	1 969	1 981	67	3,5	6
Sach- und Betriebsaufwand	892	929	914	22	2,4	2, 7
Abschreibungen	157	186	180	23	14,7	14
Bestandesveränderung Leistungsversprechen	24	6	1	-23	-96,4	20
Transferaufwand	51	152	56	5	9,4	8
Finanzergebnis	13	10	13	0	1,1	9
Finanzertrag	18	15	21	3	15,9	
Finanzaufwand	5	4	8	3	54,6	

Die konsolidierte Erfolgsrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 70 Millionen ab. Das Jahresergebnis setzt sich aus dem operativen Ergebnis (57 Mio.) und dem Finanzergebnis (13 Mio.) zusammen. Es liegt unter dem Wert der Rechnung 2012 (-33 Mio.), hingegen übersteigt es das prognostizierte Resultat des Voranschlags 2013 um 44 Millionen.

Die Zweit- und Drittmittel haben keinen Einfluss auf die Höhe des Jahresergebnisses. Die Differenz zwischen den zugeflossenen (operativer Ertrag) und den effektiv verwendeten Mitteln (operativer Aufwand) wird über die Buchung der erfolgswirksamen Bestandesveränderung (2013: Ertragsminderung -37 Mio.) neutralisiert. Im Vergleich zum Vorjahr wurden weniger Zweit- und Drittmittel akquiriert.

Der operative Ertrag nahm gegenüber dem Vorjahr um 61 Millionen (+2,0 %) auf 3189 Millionen zu. Die Prognose für 2013 wurde hingegen um 69 Millionen unterschritten, wobei die grösste Abweichung (-40 Mio.) den Wegfall der Aktivierung von Eigenleistungen im übrigen Ertrag des PSI betrifft. Wird der operative Bruttoertrag zum Vergleich herangezogen, d.h. die Bestandesveränderung der Zweit- und Drittmittel ausgeklammert, sind die operativen Erträge für die Jahre 2012 und 2013 insgesamt gleich hoch (3226 Mio.). Hingegen wird der Voranschlag primär infolge tieferer Entgelte aus Zweit- und Drittmitteln um 57 Millionen unterschritten. Die Bestandesveränderung der Zweit- und Drittmittel ist nur bedingt

planbar. Deren Höhe kann pro Jahr – je nach Projektfortschritt in den Lehr- und Forschungsprojekten – stark variieren.

Die einzelnen Ertragskomponenten entwickelten sich wie folgt: Die Erstmittel (2379 Mio.) stiegen gegenüber dem Jahr 2012 um 37 Millionen (+1,6 %). Unter die Erstmittel fallen die direkten Beiträge des Bundes, d.h. der Finanzierungsbeitrag (2074 Mio.) und der Beitrag an die Unterbringung (305 Mio.). Der Anteil der Erstmittel beläuft sich wie im Vorjahr auf knapp 75 Prozent des operativen Ertrags. Der Ertrag aus Zweit- und Drittmitteln – nach Bestandesveränderung – beläuft sich auf 676 Millionen und macht wie im Vorjahr rund 21 Prozent des operativen Ertrags aus (2012: 662 Mio.). Auf den Dienstleistungsertrag (105 Mio.) und den übrigen Ertrag (29 Mio.) entfallen die restlichen vier Prozent des operativen Ertrags.

Der operative Aufwand nahm um 94 Millionen (+ 3,1 %) auf 3132 Millionen zu. Das Budget wurde um 110 Millionen unterschritten (-3,4 %). Der Hauptteil des operativen Aufwands entfällt auf den Personalaufwand (1981 Mio. bzw. 63 %). Der Sach- und Betriebsaufwand von 914 Millionen enthält insbesondere auch den Raumaufwand für die durch den ETH-Bereich genutzten Immobilien im Eigentum des Bundes (305 Mio.). Der starke Anstieg bei den Abschreibungen um 23 Millionen auf 180 Millionen (+ 14,7 %) hängt mit den hohen Investitionsvolumen der Vorjahre zusammen, die nun höhere jährliche Abschreibungen nach sich ziehen. Der starke Rückgang bei

der *Bestandesveränderung der internen Leistungsversprechen* (-23 Mio.) hängt vor allem damit zusammen, dass die ETH Zürich im Geschäftsjahr 2013 die Leistungsversprechen bei den Berufungen nicht erhöhte.

Im *Transferaufwand* ist aus folgendem Grund eine Budgetunterschreitung von 96 Millionen zu verzeichnen: Die Budgetierung dieser Position erfolgt zu einem Grossteil zentral im ETH-Rat und wird im Laufe des Jahres auf Projekte aufgeteilt und einzeln an die Institute abgetreten. Der effektiv anfallende Aufwand in den Einheiten des ETH-Bereichs wird anschliessend aufwandartengerecht verbucht, das Budget wird jedoch nachträglich nicht angepasst. Hingegen wurde der ursprünglich budgetierte Transferaufwand aufgrund der

beiden folgenden ertragsseitigen Budgeterhöhungen angepasst, damit das budgetierte Jahresergebnis nicht verzerrt wird: Im Rahmen der Kreditverschiebung vom Investitionskredit zum Finanzierungsbeitrag (19,8 Mio.) wurde der budgetierte Transferaufwand um den gleichen Betrag erhöht. Ebenso erhöht wurde der budgetierte Transferaufwand als Folge der Erhöhung der zweckgebundenen Mittel aus dem «Aktionsplan Energieforschung Schweiz» (Tranche 2013: 12,0 Mio.).

Das *Finanzergebnis* entspricht dem Vorjahreswert (13 Mio.). Es fiel jedoch deutlich besser aus als budgetiert. Höhere Zinserträge im Finanzertrag wurden durch notwendige Verkehrswertanpassungen auf den Wertschriften im Finanzaufwand neutralisiert.

323 Konsolidierte Investitionsrechnung

Konsolidiertes Ergebnis der Investitionsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Saldo Investitionsrechnung	-226	-277	-244	-19	8,2
Saldo Investitionen Sachanlagen	-219	-267	-236	-18	8,1
Investitionseinnahmen Sachanlagen	1	1	1	-0	-7,7
Investitionsausgaben Sachanlagen	219	268	237	18	8,0
Liegenschaften	–	3	0	0	n.a.
Technische Anlagen und Maschinen	180	214	165	-15	-8,3
Informationstechnologien	38	50	71	33	84,7
Immaterielle Anlagen	1	1	1	-0	-36,7
Saldo Investitionen Finanzanlagen	-7	-10	-8	-1	13,4

Die konsolidierte Investitionsrechnung umfasst die Ausgaben für den Erwerb oder die Schaffung (Eigenleistungen) von Vermögenswerten sowie die Investitionseinnahmen aus deren Veräusserung. Ausgewiesen werden grundsätzlich nur jene Investitionen, die in das Eigentum des ETH-Bereichs übergehen. Von dieser Regelung ausgenommen sind die Kofinanzierungen für Immobilien im Eigentum des Bundes. Diese werden unter den Finanzanlagen bilanziert und über die Nutzungsdauer des finanzierten Objektes abgeschrieben.

Die *Investitionseinnahmen* aus Sachanlagen fallen kaum ins Gewicht. Es kam zu keinen grösseren Abgängen im Sachanlagevermögen.

Die *Investitionsausgaben für Sachanlagen* sind gegenüber 2012 um 18 Millionen höher ausgefallen (+8,0 %). Die Investitionen in Neuanschaffungen und in den Ersatz von technischen Anlagen und Maschinen in der Wissenschaft sind unvermindert hoch. Im Berichtsjahr 2013 wurde insbesondere in die *Informationstechnologien* investiert (+32,6 Mio., +84,7 %). Der Anteil der Investitionen in den nutzerspezifischen Mieterausbau respektive in die Betriebseinrichtungen (BKP 3) innerhalb der *Technischen Anlagen und Maschinen* lag bei 59 Millionen (Vor-

jahr 75 Mio), woraus sich der Rückgang von rund 15 Millionen (-8,3 %) gegenüber dem Jahr 2012 erklärt.

Die grössten Investitionen bei den *Technischen Anlagen und Maschinen* (mobile Anlagen im Bau oder fertig erstellte Anlagen) sowie für Informationstechnologien entfallen auf folgende Objekte:

- den Abschluss von Anlagen bezüglich Synchrotronstrahlung (Materialforschung) am PSI (netto knapp 40 Mio.),
- den Hochleistungsrechner «Piz Daint» (31,8 Mio.), den Mieterausbau (3,9 Mio.) und die sekundäre Versorgung der Rechereinheiten (5,2 Mio.) am CSCS in Lugano,
- das Research High Performance Computing HPC System (14,1 Mio.) der EPFL am CSCS,
- den Mieterausbau der Life Science Plattform HPL (6,5 Mio.),
- den Hochstromausbau für den Betrieb von Grossforschungsanlagen beim PSI (5,8 Mio.).

In der Vergangenheit wurden für Informatikprojekte (Aufwendungen und Investitionen) regelmässig rund 100 Millionen pro Jahr eingesetzt. Im Jahr 2013 überstiegen die Ausgaben mit 145 Millionen diesen Wert (davon Informatikaufwand 74 Mio.

und Investitionen 71 Mio.; vgl. Ziff. 332/7). Diese Mehrausgaben sind u.a. durch die Umsetzung der Hochleistungsrechenstrategie begründet.

Für Investitionen in technische Anlagen, Maschinen sowie in Informationstechnologien, die über Zweit- und Drittmittel fi-

nanziert werden, wurden im Berichtsjahr rund 37 Millionen eingesetzt. Das Total liegt unter dem Vorjahreswert (43 Mio.).

Die Kofinanzierungen beinhalten 7,6 Millionen für das Projekt Neubau Oberer Leonhard, ein Gebäude der ETH Zürich (LEE Gebäude). Weitere 0,5 Millionen betreffen die Sanierung des Dozentenfoyers im Hauptgebäude, ebenfalls der ETH Zürich.

324 Konsolidierte Geldflussrechnung

Konsolidiertes Ergebnis der Geldflussrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012		Ziffer im Anhang
			absolut	%	
Total Geldfluss	195	84	-112	-57,2	
Geldfluss aus laufenden Aktivitäten	432	360	-72	-16,7	
Cash Flow	267	258	-9	-3,5	
Jahresergebnis	102	70	-33	-31,9	
Abschreibungen	157	180	23	14,7	14
Veränderung Rückstellungen	7	7	-0	n.a.	19
Übriger nicht liquiditätswirksamer Erfolg	1	1	0	n.a.	
Zunahme (-)/Abnahme (+) Nettoumlaufvermögen	-30	41	71	-237,4	
Zunahme (+)/Abnahme (-) Zweckgebundenes Kapital	195	61	-134	-68,7	20
Geldfluss aus Investitionstätigkeiten	-207	-233	-26	12,6	
Sachanlagen	-206	-233	-26	12,9	14
Immobilien, Techn. Anlagen, Informationstechnologien	-218	-236	-18	8,2	
Desinvestitionen Immobiles/Mobiles Anlagevermögen	12	4	-9	-70,8	
Immaterielle Anlagen	-1	-1	0	-36,7	14
Geldfluss Finanzanlagen	1	-16	-17	n.a.	10, 12
Free Cash Flow	226	110	-116	-51,2	
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeiten	-30	-26	4	-12,3	

Nachweis Fonds Flüssige Mittel

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012		Ziffer im Anhang
			absolut	%	
Stand Flüssige Mittel am 1.1.	1 246	1 442	195	15,7	10
Zunahme/Abnahme	195	84	-112	-57,2	
Stand Flüssige Mittel am 31.12.	1 442	1 525	84	5,8	10

Die Geldflussrechnung zeigt die Mittelflüsse aus laufenden Aktivitäten sowie aus Investitions- und Finanzierungstätigkeiten. Die Darstellung erfolgt nach der indirekten Methode. Das Total *Geldfluss* entspricht der Veränderung des Fonds «Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen».

Der *Cash Flow* von 258 Millionen setzt sich zur Hauptsache aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen zusammen. Der gesamte Geldfluss aus laufenden Aktivitäten (360 Mio.) setzt sich zusammen aus dem Cash Flow (+258 Mio.), der Abnahme des Nettoumlaufvermögens (+41 Mio.) und der Zunahme beim zweckgebundenen Kapital (+61 Mio.). Letztere hängt mit dem Überschuss aus den Erträgen der Zweit- und Drittmittelbestände zusammen.

Aus *Investitionstätigkeiten* resultiert der Netto-Geldabfluss für Sachanlagen von 233 Millionen.

Der Geldfluss aus *Finanzierungstätigkeiten* wurde wesentlich durch die Umbuchung der Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungen (AHV, SUVA, etc.) von den Finanzverbindlichkeiten zu den laufenden Verbindlichkeiten in der Höhe von 21 Millionen beeinflusst. Bis anhin wurde eine Veränderung dieser Verbindlichkeiten fälschlicherweise als Finanzierungstatbestand ausgewiesen, neu erfolgt der Ausweis unter den laufenden Aktivitäten (Veränderung Nettoumlaufvermögen).

Der Saldo von 84 Millionen aus den Geldflüssen ergibt sich aus der Veränderung der Bilanzposition «Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen».

325 Konsolidierte Bilanz

Konsolidierte Bilanz

Mio. CHF	2012	2013	Differenz zu 2012		Ziffer im
			absolut	%	Anhang
Aktiven	2 688	2 845	158	5,9	
Umlaufvermögen	1 681	1 749	68	4,1	
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	1 442	1 525	84	5,8	10
Forderungen	61	61	-0	-0,4	11
Kurzfristige Finanzanlagen	141	120	-21	-14,6	12
Vorräte	12	12	-0	-0,2	13
Aktive Rechnungsabgrenzungen	25	31	6	22,6	
Anlagevermögen	1 007	1 096	89	8,9	
Sachanlagen	901	954	53	5,9	14
Immaterielle Anlagen	2	1	-1	-26,9	14
Darlehen	1	3	1	89,9	16
Beteiligungen	1	3	1	83,1	15
Langfristige Finanzanlagen	101	136	34	33,9	12
Passiven	2 688	2 845	158	5,9	
Fremdkapital	390	417	27	6,9	
Kurzfristiges Fremdkapital	298	326	28	9,3	
Laufende Verbindlichkeiten	157	211	54	34,6	17
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	27	2	-25	-94,1	18
Passive Rechnungsabgrenzungen	52	44	-8	-14,5	
Kurzfristige Rückstellungen	63	69	6	10,3	19
Langfristiges Fremdkapital	92	91	-1	-1,1	
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	12	11	-1	-9,8	18
Langfristige Rückstellungen	81	81	0	0,2	19
Zweckgebundenes Kapital	1 395	1 456	61	4,4	20
Zweitmittel	309	306	-3	-1,0	20
Drittmittel	827	892	65	7,9	20
Eigenmittel an Immobilien des Bundes (Kofinanzierung)	99	104	5	5,3	
Eigenmittel (interne Leistungsversprechen)	160	154	-6	-3,9	20
Eigenkapital	903	973	70	7,8	
Übriges Eigenkapital	273	236	-37	-13,6	
Reserven aus Finanzierungsbeitrag des Bundes	119	113	-6	-4,7	
Freie Reserven	55	55	0	0,7	
Diverses Eigenkapital	99	67	-32	-32,1	
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	630	737	107	17,0	

Die Bilanz vermittelt einen Überblick über die Vermögens- und Kapitalstruktur des ETH-Bereichs. Die Aktiven werden nach Umlauf- und Anlagevermögen gegliedert. Die Struktur der Passiven kennt als Besonderheit des ETH-Bereichs nebst Fremd- und Eigenkapital zusätzlich das zweckgebundene Kapital. Als Zusatzinformation werden im Anhang (vgl. Note 20) die einzelnen Komponenten des zweckgebundenen Kapitals in einer Überleitung entweder dem Fremd- oder dem Eigenkapital zugeordnet. Diese Zuordnung erfolgt dabei nach den Kriterien der Konsolidierten Rechnung Bund (KRB).

Die konsolidierte Bilanzsumme beläuft sich auf 2845 Millionen (+158 Mio. resp. +5,9 % gegenüber 2012). Zu beachten ist, dass sich die durch den ETH-Bereich genutzten Immobilien beinahe vollständig im Eigentum des Bundes befinden und deshalb nicht in der Bilanz des ETH-Bereichs, sondern in derjenigen des Bundes aktiviert sind (Buchwert 31.12.2013: 4,4 Mia.).

Das *Umlaufvermögen* nahm um 68 Millionen zu. Dies hängt damit zusammen, dass die Zweit- und Drittmittel, die nicht sofort zur Verwendung kommen, auf der Basis der geltenden Tresorevereinbarung und den Anlagerichtlinien des ETH-Rats beim Bund resp. am Markt platziert werden. Die beim Bund kurzfristig angelegten Gelder belaufen sich auf 1246 Millionen (Vorjahr 1177 Mio.). Diese Mittel werden in den *Flüssigen Mitteln und kurzfristigen Geldanlagen* bilanziert.

Das *Anlagevermögen* nahm wesentlich zu. Der Anstieg um 89 Millionen betrifft hauptsächlich die *Sachanlagen* (+53 Mio.) sowie die *langfristigen Finanzanlagen* (+34 Mio.). Innerhalb der Sachanlagen entfällt die grösste Zunahme auf die Anlagen im Bau für nutzerspezifische Mieterausbauten der ETH Zürich sowie auf die IT-Investitionsgüter der ETH Zürich und der EPFL. Der Anstieg bei den langfristigen Finanzanlagen wurde grösstenteils durch eine beim PSI vorgenommene Verlagerung zwischen den kurz- und langfristigen Finanzanlagen ausgelöst (rund 30 Mio.).

Innerhalb des *kurzfristigen Fremdkapitals* wurde eine Umbuchung der Verbindlichkeiten gegenüber den Sozialwerken (21 Mio.) von den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten zu den laufenden Verbindlichkeiten vorgenommen.

Der Anstieg beim *Zweckgebundenen Kapital* um 61 Millionen auf 1456 Millionen resultiert aus den zugeflossenen Neugeldern. Die Verbuchung der Entgelte aus Zweit- und Drittmitteln und deren Verwendung in den Lehr- und Forschungsvorhaben ist zeitlich verschoben. Die meisten Entgelte für Forschungsvorhaben – insbesondere bei den Drittmitteln – fließen vorschüssig zu. Die Durchführung der Forschungsvorhaben erfolgt in einem Zeitraum von 1–3 Jahren. Der noch nicht verwendete Teil des Entgelts wird unter dem zweckgebundenen Kapital bilanziert. Damit wird die noch zu erbringende Leistungsschuld in Lehre und Forschung zum Ausdruck gebracht. Nebst den Zweit- und Drittmitteln bilden die Eigenmittel für interne Leistungsversprechen und die Eigenmittel für Kofinanzierungen an Immobilien im Eigentum des Bundes weitere Bestandteile des zweckgebundenen Kapitals. Die bilanzierten *internen Leistungsversprechen* gingen im Berichtsjahr um 6 Millionen auf

154 Millionen zurück. Unter den Leistungsversprechen werden die gegenüber gewählten Professorinnen und Professoren (Berufungen) oder für Lehr- und Forschungsprojekte gemachten, internen Zusagen in der Bilanz passiviert. Finanziert werden die internen Leistungsversprechen zum grössten Teil aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes. Bei den Kofinanzierungen handelt es sich um Mittel von Dritten, welche dem ETH-Bereich zur Finanzierung von Immobilien zugewendet wurden (Schenkungen). Die damit finanzierten Immobilien befinden sich im Eigentum des Bundes. Der Ausweis der Kofinanzierungen unter den Eigenmitteln stellt den Teilanspruch an den durch den ETH-Bereich kofinanzierten Immobilien bei einem etwaigen Verkauf dar. Die Kofinanzierungen werden gleichzeitig auch unter den langfristigen Finanzanlagen als Forderung gegenüber dem Bund aktiviert und über die Zeit abgeschrieben. Im Jahr 2013 resultierte ein Nettozuwachs an Kofinanzierungen von 5 Millionen.

Das konsolidierte Eigenkapital hat netto als Folge des erzielten Jahresergebnisses um 70 Millionen auf 973 Millionen zugenommen.

326 Konsolidierter Eigenkapitalnachweis

Konsolidierter Eigenkapitalnachweis

Mio. CHF	Total Eigenkapital	Reserven aus Finanzierungsbeitrag des Bundes	Freie Reserven	Diverses Eigenkapital	Ergebnisvortrag	Jahresergebnis
Stand 1. Januar 2012	804	75	44	96	479	111
Umbuchungen im Eigenkapital	1	44	13	3	96	-155
Im Eigenkapital erfasste Positionen	–	–	–	–	–	–
Jahresergebnis	102	–	–	–	–	102
Total erfasste Gewinne und Verluste	103	44	13	3	96	-53
Sonstige Transaktionen	-5	-0	-3	0	-2	–
Stand 31. Dezember 2012	903	119	55	99	572	58
Umbuchungen im Eigenkapital	-0	-6	0	-32	139	-102
Im Eigenkapital erfasste Positionen	0	–	0	–	–	–
Jahresergebnis	70	–	–	–	1	70
Total erfasste Gewinne und Verluste	70	-6	0	-32	140	-33
Sonstige Transaktionen	-0	–	0	–	-0	–
Stand 31. Dezember 2013	973	113	55	67	712	26

Der konsolidierte Nachweis des Eigenkapitals zeigt die vermögensmässigen Auswirkungen der im Berichtsjahr erfassten Vorgänge. Dabei wird offen gelegt, welche Ertrags- und Aufwandpositionen ausserhalb der Erfolgsrechnung direkt über das Eigenkapital verbucht wurden. Zudem werden die Veränderungen in den einzelnen Kategorien im Eigenkapital ausgewiesen.

Reserven aus Finanzierungsbeitrag des Bundes

Der ETH-Bereich hat die Möglichkeit, Reserven aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes zu bilden und diese zu einem späteren Zeitpunkt gemäss den Zielsetzungen des

Leistungsauftrags zu verwenden. Die Zuweisung im Rahmen der Ergebnisverwendung erfolgt mit dem Rechnungsabschluss. Der ETH-Rat reserviert die Mittel für strategische Projekte der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten im Rahmen des Leistungsauftrags und der Zielvereinbarungen mit den ETH und den Forschungsanstalten. Die Veränderung der Reserve wird innerhalb des Eigenkapitals gegen die Position «Jahresergebnis» gebucht. Der Rückgang der Reserven aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes beträgt knapp 6 Millionen. Er setzt sich wie folgt zusammen:

- ETH-Rat: Abnahme um 8 Millionen auf 51 Millionen. Die Mittel werden in den Folgejahren in strategischen Projekten des ETH-Bereichs eingesetzt.
- PSI: Vollständige Auflösung der Reserven von 3 Millionen. Die Mittel wurden 2013 für das nationale Forschungsinfrastrukturprojekt SwissFEL verwendet.
- WSL: Rückgang der Reserven um 3 Millionen auf 15 Millionen. Die Rücklagen dienen der vorgesehenen Erstellung des Pflanzenschutzlabors (Baubeginn 2013, Fertigstellung 2015) sowie für die Sanierung des Labortrakts des Hauptgebäudes (ab 2015).
- Empa: Erhöhung der Reserven um 5 Millionen auf 16 Millionen. Die Reserven werden für die geplante Realisierung von Bauprojekten (Energie Areal und NEST) geäuft.
- Eawag: Zunahme um 3 Millionen auf 32 Millionen. Generell dienen diese Reserven der Forschung (z.B. Projekt Fliessgewässer Schweiz, Ausbau Social Sciences) und der Finanzierung der dafür notwendigen Infrastruktur (z.B. Umbauten Versuchshallen, instrumentelle Ausstattung des Aquatikums [BKP 3], Forschungsanlagen Kastanienbaum).

Freie Reserven und diverses Eigenkapital

Die freien Reserven und das diverse Eigenkapital werden vollständig für Lehre und Forschung eingesetzt. Es handelt sich dabei um die Führungsreserven der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten. Geäuft werden diese hauptsächlich aus Erträgen von Dritten. Die Zuweisung im Rahmen der Ergebnisverwendung erfolgt mit dem Rechnungsabschluss.

Ergebnisvortrag/Jahresergebnis (Bilanzüberschuss)

Die Reserven aus Vortrag werden jährlich im Rahmen der Ergebnisverwendung geäuft. Im Jahresergebnis ist der noch nicht verteilte Teil des Ergebnisses («Gewinn») enthalten.

33 Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung

331 Allgemeine Erläuterungen

1 Grundlagen

Rechtsgrundlagen

Die Rechnungslegung des ETH-Bereichs stützt sich auf folgende Rechtsgrundlagen (inkl. Weisungen und Reglemente):

- Bundesgesetz vom 4.10.1991 über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz; SR 414.110)
- Verordnung vom 19.11.2003 über den Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (Verordnung ETH-Bereich; SR 414.110.3)
- Verordnung des ETH-Rats vom 5.2.2004 über das Rechnungswesen des ETH-Bereichs (SR 414.123)
- Handbuch zur Rechnungslegung im ETH-Bereich (Version September 2011)

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des ETH-Bereichs umfasst folgende Einheiten:

- Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat), Zürich
- ETH Zürich (ETH Zürich), Zürich
- ETH Lausanne (EPFL), Lausanne
- Paul Scherrer Institut (PSI), Villigen
- Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Birmensdorf und Davos
- Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa), Dübendorf, St. Gallen und Thun
- Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag), Dübendorf und Kastanienbaum

Rechnungslegungsstandard

Die Rechnungslegung des ETH-Bereichs lehnt sich an den Rechnungslegungsstandard der konsolidierten Rechnung Bund (KRB) an. Sie befolgt zudem die in der Verordnung des ETH-Rats über das Rechnungswesen des ETH-Bereichs verankerten, allgemein anerkannten kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Grundsätze. Die Rechnungslegungsvorschriften, einschliesslich der Bewertungs- und Abschreibungsnormen, sind im Handbuch zur Rechnungslegung im ETH-Bereich festgelegt (Art. 5 V über das Rechnungswesen; SR 414.123).

Governance

Die Grundsätze zur Führung und Kontrolle des ETH-Bereichs (inkl. der Eignerstrategie des Bundesrates) werden im Geschäftsbericht 2013 des ETH-Rates über den ETH-Bereich (Teil Organisation und Governance) publiziert.

Steuerung der Kredite/Zahlungsrahmen

Die Steuerung des ETH-Bereichs erfolgt über den Leistungsauftrag des Bundesrates an den ETH-Bereich für die Jahre 2013–2016, der zeitlich und inhaltlich auf den bewilligten Zahlungsrahmen für den ETH-Bereich 2013–2016 abgestimmt ist. Die jährlichen Tranchen des Zahlungsrahmens werden wie folgt abgewickelt:

- *Getrennte Darstellung von Aufwand und Bauinvestitionen:*
Der Aufwandkredit für die laufenden Betriebsausgaben wird in der Rechnung des Bundes unter der Verwaltungseinheit (VE) 701 GS WBF für den ETH-Bereich geführt (Finanzierungsbeitrag). Da sich die Immobilien des ETH-Bereichs (abgesehen von wenigen Ausnahmen) im Eigentum des Bundes befinden, werden der Investitionskredit für Immobilien des ETH-Bereichs beim Bundesamt für Bauten und Logistik BBL eingestellt und die Immobilien beim BBL (VE 620) aktiviert. Der Aufwand für Forschungsanlagen und für nutzerspezifische Teile innerhalb der Betriebseinrichtungen ist hingegen nicht Bestandteil des Investitionskredites. Diese Investitionen werden mit Mitteln aus dem Finanzierungsbeitrag getätigt und gehen direkt in das wirtschaftliche «Eigentum» der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten über. In deren Buchhaltung erfolgt die Wertführung dieser Betriebseinrichtungen (Aktivierung und Abschreibung über die Lebensdauer).
- *Kreditverschiebungen:*
 - a) *Aufwand-/Investitionskredit*
Die angestrebte Flexibilität bei der Mittelverwendung im ETH-Bereich wird insbesondere mit dem Instrument der Kreditverschiebung (FHV Art. 20 Abs. 5; SR 611.01) erreicht. Mit dem Bundesbeschluss I zum Voranschlag 2013 (Art. 5 Abs. 2) vom 13.12.2012 wurde der Bundesrat ermächtigt, dem WBF im Einvernehmen mit dem EFD (EFV und BBL) die Kompetenz zu delegieren, unterjährige Verschiebungen im Umfang von maximal 20 Prozent des Investitionskredits zwischen dem Investitionskredit des BBL (VE 620) für bauliche Massnahmen im ETH-Bereich und dem Finanzierungsbeitrag für den ETH-Bereichs (VE 701 GS WBF) für den Betrieb bzw. umgekehrt vornehmen zu können.

Im Jahr 2013 wurde eine haushaltsneutrale Kreditverschiebung zu Gunsten des Finanzierungsbeitrags in der Höhe von 19,8 Millionen vorgenommen (vgl. Ziff. 341).
 - b) *Verpflichtungskredite*
Das WBF wurde gemäss Artikel 10 des Bundesbeschlusses I über den Voranschlag 2013 vom 13.12.2012 ermächtigt, innerhalb der Verpflichtungskredite des Bauprogramms 2013 des ETH-Bereichs Verschiebungen von maximal 5 Prozent des jeweils tieferen Verpflichtungskredites vorzunehmen. Im Jahr 2013 waren keine Verschiebungen notwendig.

- **Unterbringungsbeitrag für Liegenschaften im Eigentum des Bundes**

Zur Förderung der Kostentransparenz wird die Verrechnung der Unterbringung gemäss Mietermodell auch auf die bundeseigenen Immobilien im ETH-Bereich angewendet. Der Beitrag des Bundes für die Unterbringung des ETH-Bereichs wird in der Rechnung als finanzwirksamer Aufwandkredit unter VE 701 GS WBF für den ETH-Bereich eingestellt. Beim BBL (VE 620) wird ein Ertragskredit in gleicher Höhe verbucht. Der Bundesbeitrag an die Unterbringungskosten ist nicht Bestandteil des Zahlungsrahmens für Betrieb und Investitionen des ETH-Bereichs. Der ETH-Bereich verbucht die Miete in der Erfolgsrechnung sowohl als Beitrag im Ertrag als auch in gleicher Höhe als Mietaufwand.

Änderung der Kontierungsgrundsätze

Das PSI nimmt seit 2012 keine Aktivierungen von Eigenleistungen mehr vor. Mit dem Systemwechsel auf SAP4Four sind die Voraussetzungen dafür nicht mehr gegeben. Im Budget 2013 sind unter der Position *Übriger Ertrag* noch Erträge aus Aktivierungen von Eigenleistungen veranschlagt worden.

2 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung

Grundsätze der Budgetierung und der Rechnungslegung

Für die Budgetierung im ETH-Bereich gelten die gleichen Budgetgrundsätze, wie sie der Bund anwendet (Bruttodarstellung, Vollständigkeit, Jährlichkeit und Spezifikation).

Der ETH-Rat erstellt für den Haushalt des ETH-Bereichs den jährlichen Voranschlag und die jährliche Rechnung mit Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang. Die Grundsätze der Rechnungslegung (Wesentlichkeit, Verständlichkeit, Stetigkeit, Bruttodarstellung) richten sich nach dem Rechnungslegungsstandard der *Konsolidierten Rechnung Bund (KRB)*. Sie sind im Handbuch zur Rechnungslegung ETH-Bereich festgelegt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze richten sich nach dem Rechnungslegungsstandard der konsolidierten Rechnung Bund (KRB). Die Vorgaben sind im Handbuch zur Rechnungslegung ETH-Bereich festgelegt.

Wesentliche Abweichungen zum Rechnungslegungsstandard KRB

Abweichung: Rückstellungen werden gemäss Art. 9 der Verordnung des ETH-Rats über das Rechnungswesen auch im Fall der Wahrscheinlichkeit künftiger Verbindlichkeiten gebildet (SR 414.123). Weiter ist die Bildung von Rückstellungen für finanzielle Risiken im Rahmen des Risk Managements gestattet.

Begründung: Aufgrund von Art. 12 Abs. 2 der Weisungen des ETH-Rats über das Risikomanagement der ETH und der For-

schungsanstalten vom 4.7.2006 ist es im ETH-Bereich gestattet, für nicht versicherte oder anderweitig an Dritte transferierte Risiken ausreichende Rückstellungen zu bilden oder angemessene Massnahmen zu treffen.

Auswirkung: Im Total der Rückstellungen des ETH-Bereichs sind mögliche Beträge für zukünftige Ereignisse enthalten. Dadurch wird die Veränderung der Rückstellung in der Erfolgsrechnung nicht vollständig periodengerecht ausgewiesen.

Abweichung: Innerhalb der Passiven wird das so genannte «Zweckgebundene Kapital» als eigene Kontenhauptgruppe bilanziert. Es setzt sich zusammen aus der bilanzierten Leistungsschuld für zukünftig zu erbringende Leistungen in Lehr- und Forschungsprojekten, die aus Zweit- und Drittmitteln finanziert werden und für welche Mittel bereits eingegangen sind. Weiter kommen die passivierten, internen Leistungsversprechen für Berufungen von Professorinnen und Professoren sowie für Lehr- und Forschungsvorhaben dazu.

Begründung: In der Rechnungslegung des ETH-Bereichs soll den hochschulspezifischen Gegebenheiten Rechnung getragen werden.

Auswirkung: In der Bilanzstruktur in den Passiven existiert neben dem Fremd- und Eigenkapital eine weitere Bilanzkategorie. Die Zusammensetzung der Passiven lässt sich deshalb nicht mit üblichen Bilanzen vergleichen. Zudem ist das Jahresergebnis des ETH-Bereichs durch entsprechende Buchungen von Bestandesveränderungen im Aufwand respektive im Ertrag betroffen.

3 Risikosituation und Risikomanagement

Risikomanagement im ETH-Bereich

Ausgangslage

Der Umgang mit Risiken ist in den Weisungen des ETH-Rates vom 4.7.2006 über das Risikomanagement der ETH und der Forschungsanstalten festgehalten, die der ETH-Rat – gestützt auf Art. 19a Abs. 2 der Verordnung ETH-Bereich (SR 414.110.3) – erlassen hat. Diese Weisungen regeln die Grundzüge des Risikomanagements und enthalten die Ziele der Risikopolitik, die der ETH-Rat verfolgt. Die Weisungen wurden aufgrund einer Präsidialverfügung auf den 15.2.2007 in Kraft gesetzt. Sie regeln insbesondere:

- die Ziele der Risikopolitik und die Zuständigkeiten
- die Risikoerfassung
- die Risikobewertung
- die Risikobewältigung und -finanzierung
- das Risikocontrolling

Verantwortung und Risikomanagementprozess

Entsprechend der im ETH-Gesetz verankerten Autonomie der sechs Institutionen als Grundlage der Leistungen in Lehre, Forschung und Wissens- und Technologietransfer ist jede Institution

für das Management der in ihrem Bereich bestehenden Risiken selbst verantwortlich. Die Präsidenten der ETH beziehungsweise die Direktorin und die Direktoren der Forschungsanstalten tragen demnach die oberste Verantwortung für das Risikomanagement in ihrer Institution.

Die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten haben deshalb, gestützt auf die Vorgaben des ETH-Rats, je ihren eigenen Risikomanagementprozess eingeführt. Zu diesem Prozess gehören die Identifizierung und Bewertung der individuellen Risiken, Strategien zu deren Bewältigung und ein entsprechendes Controlling. Jede Institution verfügt über einen Risikomanager oder ein Risikokomitee, welche die Aktivitäten im Rahmen des Risikomanagement koordinieren und den Risikomanagementprozess steuern. In den meisten Fällen wird der Risikomanager durch einen Risikoausschuss unterstützt. Die effektive Umsetzung des Risikomanagement in den einzelnen Institutionen wird vom internen Audit des ETH-Rats überprüft, welches an den Auditausschuss des ETH-Rats rapportiert.

Risikosituation im ETH-Bereich

Risiken der einzelnen Institutionen

Das individuelle Profil der einzelnen Institutionen widerspiegelt sich in ihren Risikokatalogen. So weisen die beiden Hochschulen andere Kernrisiken auf als die vier Forschungsanstalten. Die spezifische Ausrichtung und die Grösse der betrachteten Institution haben ebenfalls einen Einfluss auf die Risiken, denen sie ausgesetzt sind. Die Bewertung desselben Risikos kann deshalb von einer Hochschule zur anderen beziehungsweise von einer Forschungsanstalt zur anderen variieren.

Die sechs Institutionen haben die identifizierten Risiken mit deren potenziellen Schäden detailliert in ihrem Risikokatalog beschrieben sowie anhand der beiden Dimensionen Eintretenswahrscheinlichkeit und finanzielle Auswirkung (potenzielle Schadenhöhe) bewertet. Zusätzlich wird der potenziellen Auswirkung eines Risikos auf die Reputation besondere Beachtung geschenkt. Die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten aktualisieren ihre individuellen Risikokataloge mindestens einmal pro Jahr unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen und veränderter Risikosituationen. Jeder Katalog beinhaltet folgende Risikokategorien:

- finanzielle und wirtschaftliche Risiken
- rechtliche Risiken
- Sachrisiken, technische Risiken und Elementarrisiken
- personenbezogene und organisatorische Risiken
- technologische und naturwissenschaftliche Risiken
- gesellschaftliche und politische Risiken
- Umweltrisiken und ökologische Risiken

Die Kernrisiken der beiden ETH und der Forschungsanstalten sind jene mit potenziell hohen finanziellen Auswirkungen und einer überdurchschnittlichen Eintretenswahrscheinlichkeit, die unmittelbar die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Institution gefährden.

Im Rahmen ihrer jährlichen Berichterstattung informieren die Institutionen über ihre Kernrisiken, insbesondere was Bestand, Umfang und potenzielle Auswirkungen dieser Risiken angeht. Der ETH-Rat als Aufsichtsorgan des ETH-Bereichs muss zudem unmittelbar und zeitgerecht von den Institutionen über eventuelle ausserordentliche Risikoveränderungen oder ausserordentliche Schadenereignisse in Kenntnis gesetzt werden. Dementsprechend hat der ETH-Rat an seiner Sitzung vom 25./26.9. 2013 vom konsolidierten Katalog der Kernrisiken im ETH-Bereich Kenntnis genommen. Zudem werden die Risikokataloge des ETH-Bereichs einmal im Jahr dem zuständigen Departement gestellt. Im Vergleich mit dem Jahr 2012 hat sich gezeigt, dass sich die Risikolandschaft nicht stark verändert hat.

Die folgenden, nicht gewerteten Risiken gehören zu den in den Katalogen der Institutionen meist genannten Risiken:

- Signifikanter Ausfall finanzieller Mittel
- Gewalt oder Drohung gegen Personen
- Informatikrisiken (Datenverlust, unberechtigter Zugriff, Kommunikation, usw.)
- Wissenschaftliches Fehlverhalten
- Qualität von Lehre, Forschung und Dienstleistungen
- Kriminalität/Vandalismus
- Beschädigung/Verlust von teuren Forschungsanlagen/-geräten
- Unfälle (Betriebs- und Nichtbetriebsunfälle) von eigenen Mitarbeitenden und von Gästen

Instrumente und Massnahmen des Risikomanagement

Die Grundzüge des Risikomanagement sehen vor, dass sich die beiden ETH und die Forschungsanstalten, subsidiär zu anderen Massnahmen, gegen allfällige Schäden versichern.

Versicherungssituation

Trotz eines sorgfältigen Risikomanagement kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine Institution von einem Schadenereignis betroffen wird, das die Erfüllung ihrer in der Bundesgesetzgebung verankerten Aufgaben gefährdet. In diesem Fall würde der ETH-Rat gemäss Art. 19a Abs. 4 der Verordnung ETH-Bereich (SR 414.110.3) beim Departement zuhanden des Bundesrats eine Anpassung des Leistungsauftrags oder eine Erhöhung des Finanzierungsbeitrags des Bundes beantragen. Zur Beurteilung dieses subsidiären Risikos für den Bund (im Sinne der Ausfallhaftung gemäss Art. 19 Abs. 1 des Verantwortlichkeitsgesetzes [SR 170.32]) kommt den von den Institutionen des ETH-Bereichs abgeschlossenen Versicherungen eine wichtige Bedeutung zu. Dabei haben die Institutionen ihre individuelle Risikolage zu berücksichtigen und müssen sowohl ein angemessenes Kosten/Nutzen-Verhältnis anstreben als auch die einschlägigen Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen des Bundes einhalten. Diese Versicherungen haben dem Standard zu genügen, der im schweizerischen Versicherungsmarkt üblich ist und müssen bei einer in der Schweiz zugelassenen Versicherungseinrichtung abgeschlossen werden.

Jede Institution ist für den Abschluss ihrer Versicherungen und die Verwaltung ihres Versicherungsportfolios selbst verantwortlich. In seinen Weisungen legt der ETH-Rat lediglich fest, dass die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten neben den gesetzlich vorgeschriebenen Versicherungen die folgenden Versicherungen im Sinne einer Grunddeckung abschliessen müssen:

- Sach- und Betriebsunterbrechungsversicherung
- Betriebshaftpflichtversicherung
- Versicherungen, die notwendig sind zur möglichst vollständigen Deckung der Kernrisiken

Dabei ist allerdings zu beachten, dass sich nicht alle Kernrisiken versichern lassen bzw. ihre Versicherung finanzierbar ist. Die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten haben Sachversicherungen und Betriebshaftpflichtversicherungen zur Deckung von Schäden abgeschlossen für Feuer- und Elementarschäden

(ETH Zürich: 1,7 Mia. für Infrastrukturschäden, EPFL: 700 Mio. für Infrastrukturschäden, PSI: 1 Mia., Empa: 161 Mio.). Je nach Einschätzung der Eintretenswahrscheinlichkeit (>50%) werden auch Rückstellungen für Einzel-Schadensrisiken gebildet.

Im Weiteren verfügen die ETH und die Forschungsanstalten sowie der ETH-Rat über kleinere Versicherungen für spezifische Risiken, wie dies in den Weisungen vorgeschrieben ist.

Offenlegung der Risiken

Im Rahmen des Jahresabschlusses wird sichergestellt, dass die Risiken innerhalb des bestehenden Reporting vollständig erfasst werden. Die Risiken werden aufgrund der Einschätzung der Eintretenswahrscheinlichkeit entweder unter den Rückstellungen (>50% Eintretenswahrscheinlichkeit) oder im Anhang unter den Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

332 Erläuterungen zur konsolidierten Jahresrechnung

Positionen der Erfolgsrechnung

1 Finanzierungsbeitrag des Bundes

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Finanzierungsbeitrag des Bundes	2 041	2 074	2 074	33	1,6

Der *Finanzierungsbeitrag des Bundes* wurde zur Erreichung der Ziele gemäss ETH-Gesetz (SR 414.110) und des Leistungsauftrags 2013–2016 verwendet.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Finanzierungsbeitrag um 33 Millionen (+1,6 %). Die Zunahme fällt moderat aus, da der ETH-Bereich im Vergleich zum Vorjahr seine Bautätigkeit erhöhte und zusätzlich 60 Millionen auf dem Investitionskredit (Kredit A4100.0125, 620 BBL) budgetierte.

Gemäss Bundesbeschluss I vom 13.12.2012 über den Voranschlag 2013 belief sich der Finanzierungsbeitrag des Bundes auf 2054,1 Millionen. Im Laufe des Jahres kamen 19,8 Millionen aus der Anwendung der haushaltsneutralen Kreditverschiebung (FHV Art. 20 Abs. 5, SR 611.01) zu Lasten des Investitionskredits Bauten ETH-Bereich (Kredit A4100.0125, 620 BBL) hinzu. Der Finanzierungsbeitrag erhöhte sich durch die Kreditverschiebung auf 2073,9 Millionen.

In die grossen Forschungsinfrastrukturen des ETH-Bereichs (Ziel 4 des Leistungsauftrags 2013–2016) wurden im Jahr 2013 folgende Beträge investiert:

- Petaflops Hochleistungsrechner am CSCS in Lugano (ETH Zürich) 18,4 Millionen (R 2012: 20,0 Mio.);
- für SwissFEL am PSI 38,4 Millionen (R 2012: 19,0 Mio.), wovon 13,4 Millionen auf den Finanzierungsbeitrag entfielen und 25 Millionen auf die Bauinvestitionen (VE 620 BBL);
- Für Blue Brain an der EPFL 13,4 Millionen (R 2012: -). Dieses wird im Rahmen des europäischen FET-Flaggschiffs Human Brain Project als Beteiligung der EPFL eingebracht.

Für die Durchführung von Programmen und Projekten von nationaler Bedeutung der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) hat der ETH-Rat einen Beitrag von 25,5 Millionen gesprochen (2012: 23,2 Mio.). Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die von der SUK beschlossenen, national bedeutsamen, gemeinsamen Programme Nano-Tera.CH (8,0 Mio.) und SystemsX.ch (12,5 Mio.) sowie um die Kooperations- und In-

novationsprojekte (KIP-SUK 4,8 Mio.). Diese projektgebundenen Mittel werden kompetitiv durch die SUK, resp. den Nationalfonds (Nano-Tera.ch und SystemsX.ch) an die Forschenden vergeben.

Der Bundesrat will Forschung und Innovation im Energiebereich speziell fördern, um die Umsetzung der neuen Energiepolitik zu unterstützen. Von den total für den ETH-Bereich im Rahmen des Aktionsplans «Koordinierte Energieforschung Schweiz» für die Laufzeit 2013–2016 bewilligten 60 Millionen waren im Finanzierungsbeitrag im Jahr 2013 12 Millionen enthalten. Diese Mittel sind zweckgebunden und werden u.a. für den Aufbau von Forschungsteams und für Forschungsinfrastrukturen im Energiebereich verwendet (vgl. Ziff. 355).

Für Anreiz- und Anschubfinanzierungen von strategischen Vorhaben für Lehre und Forschung des ETH-Bereichs und für die Weiterführung der in Ziel 6 des Leistungsauftrags 2013–2016 erwähnten Kompetenzzentren setzte der ETH-Rat Mittel im Umfang von 25,7 Millionen ein (2012: 16,1 Mio). Darin enthalten sind Beiträge von je 6,0 Millionen an die jeweiligen Leadinghouses (PSI resp. ETH Zürich) der beiden Kompetenzzentren für Energie und Mobilität (CEEM) und für Umwelt und Nachhaltigkeit (CCES), die gemäss Beschluss des ETH-Rates vom Dezember 2012 im Jahr 2013 vollständig ausfinanziert wurden.

Im Total des Finanzierungsbeitrags waren im Jahr 2013 zudem die Finanzierung des Rückbaus der Beschleunigeranlagen am PSI mit jährlich 1,75 Millionen (über die Laufzeit von 40 Jahren) sowie die Finanzierung der Mehrkosten des Starkbebenmessnetzes an der ETH Zürich (0,4 Mio.) enthalten.

Mit den Mitteln aus dem Finanzierungsbeitrag wurden einerseits die laufenden operativen Ausgaben gedeckt und andererseits dienten sie der Finanzierung von Investitionen in mobile Sachanlagen und immaterielle Güter. Das Total dieser Investitionen belief sich auf rund 199 Millionen (2012: 176 Mio.; vgl. Ziff. 323).

2 Unterbringungsbeitrag des Bundes

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut %	
Unterbringungsbeitrag des Bundes	301	315	305	4	1,3

Der *Unterbringungsbeitrag des Bundes* dient der Deckung des Aufwandes für die Miete von Liegenschaften im Eigentum des Bundes. Der Kredit ist nicht Teil des Zahlungsrahmens. Er ist finanzierungs-, jedoch nicht ausgabenwirksam (es resultiert kein Mittelfluss). Basis der Berechnungen sind die kalkulatorischen Abschreibungen und Kapitalkosten der Immobilien, zuzüglich einer Bearbeitungsgebühr.

Der kalkulatorische Satz für die Verzinsung des durchschnittlich eingesetzten Kapitals lag 2013 – analog dem Vorjahr – unverändert bei 3,0 Prozent.

Der Buchwert der Anlagen (Gebäude und Grundstücke) beläuft sich per Ende 2013 auf 4,4 Milliarden.

Die Gebäude werden in der Regel über 40 Jahre abgeschrieben. Wertvermehrende und werterhaltende Investitionen werden aktiviert. Auf dem Landwert werden keine Abschreibungen vorgenommen. Der gesamte Neuwert der Immobilien des ETH-Bereiches im Eigentum des Bundes liegt per Ende 2013 bei rund 7,2 Milliarden. Davon entfallen 6,1 Milliarden auf den Anlagewert. Der Landwert beträgt 1,1 Milliarden.

Vom Total des Unterbringungsbeitrags wurden 180,5 Millionen für die Abschreibungen und 124,2 Millionen für die kalkulatorische Verzinsung des Anlagewerts sowie eine Bearbeitungsgebühr verwendet.

3 Ertrag Zweit-/Drittmittel

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut %	
Ertrag Zweit-/Drittmittel	761	713	713	-48	-6,3
Zweitmittel	471	477	451	-20	-4,2
(Bund, staatliche und internationale Organisationen)					
Stiftung Schweiz. Nationalfonds (SNF)	175	184	175	0	0,2
Diverse Erträge aus der Forschungsförderung (z.B. SUK-Projekte nationaler Bedeutung, NCCR)	38	46	34	-4	-10,1
Kommission für Technologie und Innovation (KTI)	54	35	37	-17	-31,6
Forschungsaufträge Bund (Ressortforschung)	79	75	70	-8	-10,5
EU Forschungsrahmenprogramme (FRP)	126	137	135	9	7,0
Drittmittel	290	236	262	-28	-9,7
Zusammenarbeit mit der Wirtschaft	150	153	134	-16	-10,6
Schenkungen und Legate	75	33	57	-18	-23,4
Übrige Drittmittel	65	50	70	5	7,9

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut %	
Bestandesveränderung Zweit-/Drittmittel	-99	-25	-37	62	-62,8

Der Ertrag der *Zweit-/Drittmittel* verzeichnete gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 48 Millionen (-6,3 %) auf 713 Millionen. Das Total entspricht damit den Erwartungen gemäss Voranschlag (713 Mio.). Rückläufig waren sowohl die Zuflüsse aus Zweitmitteln (-20 Mio., -4,2 %) als auch jene aus Drittmitteln (-28 Mio., -9,7 %).

Bei den Lehr- und Forschungsprojekten handelt es sich überwiegend um mehrjährige Vorhaben (ca. 3 – 5 Jahre). Im Ertrag werden nur die effektiven Mittelzuflüsse eines Jahres verbucht. Der

per Ende Jahr noch nicht verwendete Teil des Ertrags wird als noch zu erbringende Leistungsschuld unter dem zweckgebundenen Kapital passiviert. Als Gegenposten dazu dient die *Bestandesveränderung Zweit-/Drittmittel* innerhalb des Ertrags. Deren Höhe ist abhängig vom Projektfortschritt. Im Berichtsjahr 2013 kam es zu einer Zunahme der Leistungsschuld von 37 Millionen. Diese wird als Minderertrag ausgewiesen. Durch die Verbuchung der Bestandesveränderung über die Erfolgsrechnung werden die Erträge und Aufwendungen (inkl. Sach- und Personalaufwand) der Zweit- und Drittmittelprojekte erfolgsmässig neutralisiert.

Der Rückgang an *Zweitmitteln* um 20 Millionen ist in erster Linie auf Mindererträge bei den KTI-Projekten zurückzuführen. In der Rechnung 2012 verbuchte der ETH-Bereich seinen erworbenen Anteil an den zusätzlichen Bundesmitteln zu Gunsten der KTI in Zusammenhang mit den Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke. In der Rechnung 2013 fällt dieser Sondereffekt weg. Dadurch erreichen die Erträge aus KTI-Projekten wieder das Niveau früherer Jahre (37 Mio.).

Der Rückgang bei den *diversen Erträgen aus der Forschungsförderung* setzt sich aus zwei gegenläufigen Effekten zusammen: Die ETH Zürich konnte ihre Einnahmen der gemeinsamen SUK-Projekte der Hochschulen (u.a. SystemsX.ch, Nano-Tera.ch) aufgrund zusätzlicher Projekte deutlich steigern. Demgegenüber liefen die neuen Programme «national centers for competence in research» (NCCR) Robotics und Synapsy bei der EPFL langsamer als erwartet an. Dadurch lag das Total der NCCR-Mittel deutlich unter dem Vorjahresniveau mit der entsprechenden negativen Auswirkung auf die konsolidierte Rechnung des ETH-Bereichs.

Der Rückgang bei den Forschungsaufträgen der Bundesämter (*Ressortforschung*) liegt im normalen Schwankungsbereich dieser Mittel von Jahr zu Jahr.

Der ETH-Bereich war der bedeutendste Empfänger von Fördermitteln aus den *EU-Forschungsrahmenprogrammen* (7. EU-FRP Dauer 2007–2013) in der Schweiz. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Ertrag um 9 Millionen auf 135 Millionen an. Vor allem die ETH Zürich konnte ihre Einnahmen aufgrund der Zunahme an Projekten und insbesondere der ERC-Grants steigern (+9,7 Mio. auf total 66,6 Mio.), aber auch die EPFL erzielte wiederum hohe Erträge (2013: 49,5 Mio.).

Die Erträge aus *Drittmitteln* lagen um 28 Millionen unter dem Vorjahresniveau (-9,7%). Die ETH-Zürich verbuchte wie bereits im Vorjahr einen Beitrag aus dem Legat von Branco Weiss für Society in Science, jedoch fiel die Höhe der Schenkung etwas geringer aus (2013: 32 Mio, 2012: 50 Mio.). Unter den übrigen Drittmitteln werden die Einnahmen aus Partnerschaften mit den Kantonen (resp. kantonalen Universitäten), Gemeinden, int. Organisationen etc. verbucht. Es handelt sich mehrheitlich um Beiträge der Kantone für grössere Forschungsvorhaben: Der Kanton Aargau zahlte wiederum 6 Millionen an den SwissFEL und der Kanton Zürich (Unispital Zürich) steuerte ebenfalls wie im Vorjahr 6 Millionen an die Protonentherapie-Anlage Gantry 3 des PSI bei. Die EPFL verzeichnet unter den übrigen Drittmitteln Einnahmen für die Finanzierung von Professuren (3 Mio.).

4 Dienstleistungsertrag

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Dienstleistungsertrag	99	114	105	6	6,4
Benützungsgebühren, Dienstleistungen	96	82	95	-1	-1,6
Schulgelder/Studiengebühren	35	33	34	-0	-1,4
Patente/Lizenzen	11	7	12	0	3,1
Wiss. und adm. Dienstleistungen	50	42	49	-1	-2,7
Verkäufe	13	12	12	-0	-3,0
Rückerstattungen	7	18	10	3	35,6
Übrige Entgelte	-18	2	-12	6	-31,8

Die Zunahme beim Dienstleistungsertrag (+6 Mio. resp. +6,4%) ist hauptsächlich auf den tieferen Minusertrag bei der Position *Übrige Entgelte* zurückzuführen. Dieser Minussaldo hängt ausnahmslos mit Umbuchungen beim PSI zusammen. Korrekturbuchungen bei den wissenschaftlichen Dienstleistungen und den Rückerstattungen wurden vom PSI aus Transparenzgründen konsequent über die Position *Übrige Entgelte* vollzogen.

Die Höhe der Einnahmen aus *Schulgeldern/Studiengebühren* liegt leicht unter dem Total der Rechnung 2012. Vom Total entfallen 22 Millionen auf die ETH Zürich, 11 Millionen auf die EPFL und rund 1 Million auf das PSI. Die Höhe der Schulgeldeinnahmen hängt von der Entwicklung der Zahl der Studierenden und Doktorierenden und andererseits von der Höhe der Semesterge-

bühren ab. Die Zahl der Studierenden nahm 2013 wiederum zu (2013: 28 046 Studierende und Doktorierende, 2012: 27 087). Die Höhe der Semestergebühren blieb gegenüber 2012 unverändert (SR 414.131.7; Anhang 1 der Verordnung über die Gebühren im Bereich der Eidg. Techn. Hochschulen). Dass der Ertrag aus Studiengebühren und Schulgeldern dennoch leicht rückläufig war, ist damit begründet, dass die ETH Zürich den Ertrag aus Seminarreisen und Exkursionen ab 2013 neu unter den *Rückerstattungen* verbucht. Der Effekt aus diesem Vorgang beträgt rund 1 Million.

Die Zahl an *Patenten/Lizenzen* der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten liegt mit 416 (2012: 425) im Bereich des Vorjahres, ebenso die daraus erwirtschafteten Erträge.

5 Übriger Ertrag

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Übriger Ertrag	25	67	29	4	14,1
Liegenschaftsertrag	11	12	12	1	11,4
Aktivierung Eigenleistungen	-	40	-	-	-
Übriger diverser Ertrag	14	15	17	2	16,2

Das PSI budgetierte im Voranschlag 2013 noch Eigenleistungen für das Projekt SwissFEL. Ab der Rechnung 2012 änderte das PSI die Verbuchungslogik aufgrund der fehlenden Zeiterfassung jedoch dahingehend, dass keine direkten Personalkosten mehr diesem Grossprojekt zugerechnet werden konnten. Daher ent-

fiel die Aktivierung der Eigenleistungen ab dem Jahr 2012. Im Liegenschaftsertrag sind weiterverrechnete Mieten an die Universität Genf im Zusammenhang mit dem Campus Biotech enthalten (vgl. Ziffer 7).

6 Personalaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Personalaufwand	1 914	1 969	1 981	67	3,5
Personalbezüge	1 572	1 628	1 629	56	3,6
Professorinnen, Professoren	182	187	190	8	4,3
Leitendes wissenschaftliches Personal, Dozierende	133	131	133	1	0,4
Übriges wissenschaftliches Personal	691	737	718	26	3,8
Technisch-administratives Personal	582	590	603	21	3,6
EO, SUVA und sonstige Rückerstattungen	-16	-17	-15	1	-3,5
Arbeitgeberbeiträge (Sozialversicherungen)	303	306	314	11	3,5
Sozialversicherung AHV/ALV/IV/EO/MuV	99	100	102	3	3,3
Personalversicherung (Spar- u. Risikobeiträge)	174	176	182	8	4,3
Unfall- und Krankenversicherung SUVA (BU/NBU)	7	8	7	0	0,5
Familienausgleichskasse (FAK/FamZG)	23	22	23	-0	-0,4
Übr. Arbeitgeberleistungen	14	12	13	-1	-6,9
Temporäres Personal	8	7	6	-2	-20,1
Übriger Personalaufwand	17	17	20	3	16,3

Im Vergleich zur Rechnung 2012 stieg der Personalaufwand um 67 Millionen (+3,5 %) an. Das Budget wurde leicht überschritten (+12 Mio. resp. +0,6%). Der zusätzliche Aufwand ist in erster Linie auf die höhere Anzahl Stellen und die durch den ETH-Rat beschlossenen Lohnmassnahmen zurückzuführen. Die Gliederung nach Komponenten zeigt folgende Entwicklung auf:

Auf die Personalbezüge entfallen 1629 Millionen (+56 Mio. resp. +3,6 %). Einerseits ist dies auf die starke Zunahme der Zahl der Vollzeitstellen (FTE) zurückzuführen. Diese stiegen um 493 auf 16 135 FTE (ohne die 435 Lernenden) an. Daraus resultierte ein Mehraufwand von 35 Millionen. Andererseits gewährte der ETH-Rat einen Teuerungsausgleich von 0,6 Prozent sowie für individuelle Lohnmassnahmen 1,2 Prozent im Rahmen des Neuen Lohnsystems (NLS). Diese Lohnmassnahmen verursachten einen Mehraufwand von 20 Millionen.

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden Arbeitgeberbeiträge sind im Vergleich zur Rechnung 2012 um 11 Millionen (+3,5 %) angestiegen. Nahezu ohne Auswirkungen blieb der gegenüber dem Jahr 2012 gestiegene durchschnittliche Kostensatz für Arbeitgeberbeiträge (2013: 19,7 % 2012: 19,3 %).

Der Vergleich des Totals der Personalversicherung ist geringfügig verzerrt. Im Vorjahr war die einmalige Arbeitgebereinlage an das Vorsorgewerk ETH-Bereich bei der PUBLICA (2012: 3,0 Mio.) zur Erreichung des obligatorischen Arbeitgeber-Mindestbeitragsatzes von 11 Prozent gemäss Artikel 32g Absatz 1 des Bundespersonalgesetzes (SR 172.220.1) für das erste Halbjahr 2012 zu leisten. Aufgrund des Grundlagenwechsels fiel diese Arbeitgebereinlage ab Beginn des zweiten Halbjahres 2012 und in den Folgejahren gänzlich weg.

Die 16 135 Vollzeitstellen (FTE) verteilen sich auf gegen 19 500 Anstellungsverhältnisse (2012: 19 000 AV). Im ETH-Bereich werden zudem 435 Lernende (2012: 430) in unterschiedlichsten Berufen ausgebildet.

Die Zahl der Professorinnen und Professoren erhöhte sich um 32,5 Vollzeitstellen (FTE) auf 771,5 FTE. Als Folge davon stiegen die Personalbezüge der *Professorinnen, Professoren* um 8 Millionen (+4,3%). Zahlenmässig den höchsten Anstieg verzeichnete der Bereich der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Mit einem Anstieg von 263 FTE auf 9928 FTE setzt sich der Trend der letzten Jahre fort. Diese Entwicklung zeigt sich vor allem in der Kategorie *Übriges wissenschaftliches Personal*, mit einem Anstieg von 26 Millionen gegenüber dem Jahr 2012. Ein grosser Teil des Mehraufwands beim wissenschaftlichen Personal wurde analog dem Vorjahr über Zweit- und Drittmittel finanziert.

Das Stellenwachstum gegenüber 2012 steht auch in einem direkten Bezug zum Anstieg der Studierenden im Jahr 2013. Nicht zuletzt aufgrund der zusätzlichen Stellen konnten die Betreuungsverhältnisse im Bachelor-/Masterstudium und im Doktoratsstudium mit 27,7 Studierenden pro Professorin oder Professor bzw. 7,8 Doktorierenden pro Professorin oder Professor stabil gehalten werden.

Die Finanzierung der 16 135 Vollzeitstellen (FTE) ergibt folgendes Bild: Den weitaus überwiegenden Teil, nämlich 66,7 Prozent (2012: 67,3 %) oder 10 762 FTE finanzierte der Bund über den Finanzierungsbeitrag. Aus Zweitmitteln wurden 3746 Vollzeit-äquivalente (2012: 3695 FTE) und aus Drittmitteln 1627 Vollzeit-äquivalente (2012: 1421 FTE) finanziert. Der aus Zweit- und Drittmitteln finanzierte Anteil stieg erneut an, von knapp 32,7 auf 33,3 Prozent des gesamten Personalbestands.

Der aus Zweit- und Drittmitteln finanzierte Teil des Personalaufwands macht 26 Prozent aus und beläuft sich auf knapp 514 Millionen (2012: 496 Mio.), wovon 352 Millionen auf die Zweitmittel und 162 Millionen auf die Drittmittel entfallen.

Befristete Anstellungen sind ein wesentliches Element in einer Hochschul- und Forschungsumgebung, weil hier viele Doktoranden und Post Docs eine Ausbildungsphase durchlaufen und die Institution danach wieder verlassen. Im ETH-Bereich waren wie im Vorjahr knapp 65 Prozent der Anstellungsverhältnisse befristet. 90 Prozent der aktuell laufenden befristeten Arbeitsverträge wurden für eine maximale Dauer von bis zu drei Jahren abgeschlossen.

Finanzierung des Personals

	Total		Personal zu Lasten Finanzierungsbeitrag des Bundes		Personal zu Lasten Zweit-/Drittmittel	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2013	1 981	16 135	1 467	10 762	514	5 373
2012	1 914	15 642	1 418	10 526	496	5 116

Hinweis: Personalbestand: ∅ Bestand Vollzeitstellen (Full Time Equivalent) ohne die Anzahl Lernenden (FTE 435)

7 Sach-/Betriebsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Sach-/Betriebsaufwand	892	929	914	22	2,4
Material- und Warenaufwand	121	142	123	2	1,8
Materialaufwand	95	108	99	4	4,6
Nicht aktivierbare Sachgüter	26	35	24	-2	-8,5
Betriebsaufwand	771	787	791	20	2,5
Raumaufwand (extern zugemietet)	23	19	27	5	20,9
Unterbringungsaufwand für Immobilien Bund	301	315	305	4	1,3
Infrastruktur	160	147	163	3	2,0
Verwaltungsaufwand	16	18	14	-1	-9,2
Informatik- und Telekommunikationsaufwand	72	75	75	3	3,7
Kommissionen und Honorare, Aufträge F&E	67	74	69	2	3,2
Transporte, Versicherungen, Gebühren	15	13	18	4	24,1
Übrige Dienstleistungen Dritter	13	19	15	1	10,7
Bibliotheksaufwand	28	26	29	0	1,4
Spesen	73	72	74	1	0,7
Übriger Sachaufwand	3	12	2	-1	-44,4

Der *Sach- und Betriebsaufwand* nahm gegenüber dem Vorjahr um 22 Millionen (+2,1%) auf 914 Millionen zu. Der Voranschlag wurde hingegen um 15 Millionen unterschritten.

Innerhalb des *Betriebsaufwands* entfällt der grösste Teil auf den *Unterbringungsaufwand* für die Nutzung der Immobilien im Eigentum des Bundes (305 Mio.). Das Total entspricht dem Unterbringungsbeitrag des Bundes im Ertrag (vgl. Ziffer 2).

Der Raumaufwand (extern zugemietet) stieg vor allem im Zusammenhang mit dem Campus Biotech der EPFL in Genf gegenüber dem Vorjahr um 5 Millionen (+21%) an. Die EPFL verrechnet diese Kosten teilweise an die Universität Genf weiter (vgl. Ziffer 5).

Für die Instandhaltung und Instandsetzung der *Infrastruktur* wurden rund 163 Millionen eingesetzt. Darin enthalten ist auch der Teil für so genannte nutzerspezifische Anpassungen respektive den Mieterausbau sowie für nicht aktivierte Teile des Baukostenplans (BKP3, Aktivierungsgrenze: 100 000 Franken je Objekt). Die Hauptnutzfläche liegt mit 928 600 m² deutlich höher als im

Vorjahr (2012: 890 700 m²). Abgeschlossene Sanierungsprojekte sowie Neuzugänge von zusätzlichen Mietflächen haben zum Anstieg geführt. Die grössere Hauptnutzfläche hat einen entsprechend höheren Energieverbrauch verursacht und entsprechend höhere Energiekosten nach sich gezogen.

Unter den *Nicht aktivierbaren Sachgütern* sind Beschaffungen von Kleingeräten enthalten, die betragsmässig unter dem Schwellenwert (5000 Franken pro Objekt) für aktivierbare Güter liegen. Gegenüber dem Vorjahr ging der Aufwand um 2 Millionen (-8,5%) auf 24 Millionen zurück.

Für die *Informatik und Telekommunikation* (Investitionen und Aufwand) setzte der ETH-Bereich im Berichtsjahr knapp 145 Millionen ein (2012: 110 Mio.). Davon entfielen je rund die Hälfte auf den Aufwand und die Investitionen. Im Vergleich zu den vorangehenden Jahren, als jeweils Informatikprojekte im Umfang von 100–120 Millionen pro Jahr realisiert wurden, fielen die Ausgaben im Jahr 2013 höher aus. Hauptgrund dafür war die Umsetzung der nationalen Hochleistungsrechenstrategie.

8 Transferaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Transferaufwand	51	152	56	5	9,4
Strategische Projekte ETH-Rat, Kompetenzzentren	–	79	–	–	–
Fördermittel Energieforschung	–	12	–	–	–
Aufwand ETH-Bereich für Teilnahme an Projekten von nationaler Bedeutung (Kooperationsprojekte SUK)	23	26	25	2	9,6
Stipendien, Preise, Mitgliederbeiträge	13	20	12	-1	-9,6
Finanzierung Rückbau Beschleunigeranlagen	–	2	2	2	–
Forschungsbeiträge an Externe	15	14	17	2	14,4

Im Total des *Transferaufwands* sind die Mittel für die Teilnahme an Projekten von nationaler Bedeutung aufgrund von Ziel 6 des Leistungsauftrags 2013–2016 des Bundesrates an den ETH-Bereich gemäss BFI-Botschaft 2013–2016 (BBl 2012 3147) enthalten.

Unter den *Mitgliederbeiträgen* werden u.a. der jährliche Aufwand für Mitgliedschaften in nationalen und internationalen Forschungsorganisationen verbucht.

Der Minderaufwand gegenüber dem Voranschlag 2013 bei den *strategischen Projekten ETH-Rat und Kompetenzzentren* haben folgende Ursache: Die Beiträge werden zentral beim ETH-Rat als Transferaufwand budgetiert und dann unterjährig an die Institutionen des ETH-Bereichs abgetreten. Diese verbuchen die Mittel gemäss ihrer Verwendung in anderen Aufwandskategorien. Dieses Vorgehen wurde auch für die zweckgebundenen *Fördermittel Energieforschung* gemäss dem Aktionsplan Energieforschung Schweiz angewendet.

Die Mittel für die Projekte von nationaler Bedeutung (2013: 25,3 Mio.) der SUK werden jeweils im Berichtsjahr an den SNF transferiert und als Aufwand im Einzelabschluss des ETH-Rates verbucht. Der SNF trifft die Auswahl der Projekte und vergibt die Mittel kompetitiv an die Forschenden (vgl. Ziffer 3). Dabei handelt es sich insbesondere um die Jahrestanchen der Beiträge an die schweizerischen Initiativen in Systembiologie für SystemsX.ch (2013: 12,5 Mio.) und für Nano-Tera.ch (2013: 8,0 Mio.). Auch die Überweisung der jährlichen Tranche für die Finanzierung des Rückbaus der Beschleunigeranlagen des PSI (1,75 Mio.) wird über den Transferaufwand vollzogen.

Durch die Kreditverschiebung von 19,8 Millionen wurde der Finanzierungsbeitrag zu Lasten des Investitionskredits erhöht (vgl. Ziff. 1 und Ziff. 341). Die entsprechende Erhöhung des veranschlagten Aufwands 2013 wurde wie im Vorjahr im Transferaufwand vollzogen, womit sich die Erhöhung des Voranschlags 2013 von ursprünglich 132 Millionen auf knapp 152 Millionen erklärt.

9 Finanzergebnis

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Finanzergebnis	13	10	13	0	1,1
Finanzertrag	18	15	21	3	15,9
Finanzaufwand	5	4	8	3	54,6

Die Anlage der finanziellen Mittel wird auf Basis der Vereinbarung zwischen der EFV und dem ETH-Rat über die Tresorebeziehungen zwischen der EFV und dem ETH-Bereich vom 29.11.2007 vorgenommen.

Gestützt auf Art. 34c Abs. 2 des ETH-Gesetzes (SR 414.110) hat der ETH-Rat die Anlagerichtlinien erlassen, die per 1.1.2008 in Kraft gesetzt worden sind. Darauf basierend definierten die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten ihre eigenen Anlagestrategien. Zudem legen die beiden ETH und die vier Forschungsanstalten gemäss Kapitel 4, Abs. 6 der Anlagerichtlinien des ETH-Rates jährlich Rechenschaft über die Performance der Finanzanlagen und allfällige geplante Massnahmen ab.

Das *Finanzergebnis* entspricht dem Vorjahresresultat von 13 Millionen. Finanzertrag und Finanzaufwand haben im gleichen Ausmass um je 3 Millionen zugenommen. Das Ergebnis liegt über den Erwartungen für das Jahr 2013.

Der Anstieg im Volumen betrifft einerseits den höheren Zinsertrag bei Geld- und Finanzanlagen im Finanzertrag (2013: 8 Mio. 2012: 5 Mio.). In Kompensation dazu kam es – aufgrund unrealisierter Kursverluste – auf Wertschriften aus den Vermögensverwaltungsmandaten zu entsprechenden Verkehrswertanpassungen. Dies wiederum führte zu einem höheren Finanzaufwand.

Bilanzpositionen

10 Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen

Mio. CHF	2012	2013	Differenz zu 2012	
			absolut	%
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	1 442	1 525	84	5,8
Bank, Post, Kasse	256	276	20	7,7
Kurzfristige Geldanlagen (≤90 Tage)	1 186	1 249	64	5,4

Der Bestand an *Flüssigen Mitteln und kurzfristigen Geldanlagen* stieg im Berichtsjahr um 84 Millionen auf 1 525 Millionen an. Das Total enthält zur Hauptsache die gemäss der Vereinbarung zwischen der EFV und dem ETH-Rat über die Tresoreriebeziehungen zwischen der EFV und dem ETH-Bereich (19.11.2007) platzierten Geldanlagen. Dabei handelt es sich vor allem um die Mittel des zweckgebundenen Kapitals (Zweit- und Drittmittel, Mittel für interne Leistungsversprechen), die, bis sie in Lehre und Forschung eingesetzt werden, vorübergehend bei der

Bundestresorerie angelegt werden. Das höhere Volumen bei den *Kurzfristigen Geldanlagen* steht in direktem Zusammenhang mit dem höheren Bestand an Zweit- und Drittmitteln im Jahr 2013. Von den kurzfristigen Geldanlagen entfallen 1 246 Millionen auf Geldanlagen beim Bund.

Bei den kurzfristigen Geldanlagen standen Zugängen von 170 Millionen Abgänge von insgesamt 106 Millionen gegenüber.

11 Forderungen

Mio. CHF	2012	2013	Differenz zu 2012	
			absolut	%
Forderungen	61	61	-0	-0,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	49	46	-4	-7,6
Forderungen gegenüber Bund	7	12	5	60,7
Übrige Forderungen	4	3	-1	-22,5

Das Total der Forderungen beläuft sich nach der Konsolidierung per Ende 2013 unverändert auf 61 Millionen.

Für gefährdete Debitorenbestände wurden Wertberichtigungen im Umfang von knapp 2 Millionen erfasst. Von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entfallen 31 Millionen auf inländische und 15 Millionen auf ausländische Debitoren.

12 Finanzanlagen

Mio. CHF	2012	2013	Differenz zu 2012	
			absolut	%
Finanzanlagen	242	256	14	5,7
Kurzfristige Finanzanlagen	141	120	-21	-14,6
Langfristige Finanzanlagen	101	136	34	33,9

Bei den Finanzanlagen kam es zu einer Verschiebung von Mitteln zwischen den *Kurzfristigen Finanzanlagen* (-21 Mio.) und den *Langfristigen Finanzanlagen* (+34 Mio.) und insgesamt zu einer Erhöhung um 14 Millionen.

Die kurzfristigen Finanzanlagen beinhalten festverzinsliche Wertpapiere der EPFL (30 Mio.) im Zusammenhang mit der Fondation EPFL+, die zur Finanzierung von Professuren resp. Studierenden verwendet werden sollen. Ebenfalls die EPFL betreffen

die kurzfristigen Finanzanlagen bezüglich der Societe pour le quartier nord SQNE (rund 4 Mio.) und dem Campus Biotech in Genf (rund 5 Mio.). Der grösste Teil (rund 78 Mio.) der kurzfristigen Finanzanlagen entfällt auf Vermögensverwaltungsmandate der ETH Zürich.

Der grösste Teil unter den langfristigen Finanzanlagen besteht aus den um die Wertberichtigung bereinigten Kofinanzierungen der beiden ETH für Immobilien im Eigentum des

Bundes (104 Mio.). Knapp 2 Millionen betreffen langfristige Finanzanlagen beim Bund, die zwecks Finanzierung des Rückbaus der Beschleunigeranlagen am PSI über 40 Jahre geüfnet werden. 30 Millionen betreffen eine Verlagerung von den kurzfristigen hin zu den langfristigen Finanzanlagen (Festgeld) beim PSI.

Vom Total der Finanzanlagen (256 Mio.) waren Ende 2013 knapp 106 Millionen beim Bund und 150 Millionen bei privaten Geldinstituten platziert.

13 Vorräte

Der bilanzierte Bestand an Vorräten beläuft sich unverändert auf 12 Millionen. Es handelt sich dabei ausschliesslich um zugekaufte Vorräte. Die Vorräte enthalten wiederkehrende Lagerartikel wie Chemikalien, Labormaterial und Versuchsmaterialien,

die in Lehre und Forschung benötigt werden. Eine jährliche körperliche Inventur erfolgt nur für Lager mit einem Gesamtwert ab 100 000 Franken, die übrigen Bestände werden geschätzt.

14 Sachanlagen

Mio. CHF	2012	2013	Differenz zu 2012	
			absolut	%
Sachanlagen	901	954	53	5,9
Mobiles Anlagevermögen	890	943	53	5,9
Technische Anlagen und Maschinen	494	572	78	15,8
Anlagen im Bau/Aktivierte Anzahlungen	336	284	-52	-15,3
IT-Investitionsgüter	60	86	26	43,4
Immobilien Anlagevermögen	11	11	–	0,7
Grundstücke	5	5	–	0,5
Bauten	6	6	–	0,8

Die Zunahme beim *Mobilien Anlagevermögen* von 53 Millionen (+5,9%) hängt wesentlich mit den IT-Beschaffungen der ETH Zürich (Piz Daint-Cray-Servers) und der EPFL beim Hochleistungsrechenzentrum (CSCS) in Lugano zusammen. Weiter kam es beim PSI einerseits zu umfangreichen Verlagerungen zwischen den Anlagen im Bau hin zu den technischen Anlagen aufgrund der Fertigstellung und Aktivierung von Grossforschungsanlagen (HF-Injektor, UCN, CSAX-Strahllinie, Hochstromausbau, HR-ebeam). Andererseits hat das PSI insgesamt mehr investiert, bedingt durch die Realisierung des SwissFEL. Vom gesamten Volumen der *Anlagen im Bau resp. der aktivierten Anzahlungen* von 284 Millionen entfallen 136 Millionen auf den nutzerspezifischen Mieterausbau bei der ETH Zürich und 130 Millionen betreffen die Aktivierungen im Zusammenhang mit SwissFEL beim PSI.

In der Kontengruppe *Technische Anlagen und Maschinen* sind folgende Aktiven enthalten: Mobiliar, Maschinen/Apparate, Technische Betriebseinrichtungen, Mieter-/nutzerspezifischer Ausbau, Büromaschinen, Fahrzeuge, Werkzeuge und Geräte.

Das *Immobilien Anlagevermögen* liegt unverändert bei knapp 11 Millionen. Die leichte Reduktion betrifft die ordentliche Abschreibung der Bauten. Bei den bilanzierten Immobilien handelt es sich um Grundstücke und Bauten, die sich im Eigentum der ETH Zürich befinden.

Die Kofinanzierungen der ETH Zürich und der EPFL an Immobilien im Eigentum des Bundes werden nicht unter dem *mobilen Anlagevermögen*, sondern unter den langfristigen Finanzanlagen bilanziert.

Veränderung der Sachanlagen und des immateriellen Anlagevermögens

Mio. CHF	Total Sachanlagen 2013	Technische Anlagen und Maschinen	IT- Investitions- güter	Grundstücke und Bauten	Anlagen in Bau/ Aktivierte Anzahlungen	Total Immaterielle Anlagen 2013
Anschaffungswerte						
Stand per 1.1.2013	2 168	1 543	277	12	336	10
Zugänge	242	114	71	0	57	1
Übrige Zugänge/Schenkungen	–	–	–	–	–	–
Veränderung von aktuellen Werten	–	–	–	–	–	–
Umgliederungen	–	99	0	–	-99	–
Abgänge	-41	-23	-8	–	-9	-0
Stand per 31.12.2013	2 370	1 733	340	12	284	10
Kumulierte Wertberichtigungen						
Stand per 1.1.2013	-1 267	-1 049	-217	-1	–	-8
Planmässige Abschreibungen	-179	-134	-45	-0	–	-1
Ausserplanmässige Abschreibungen	–	–	–	–	–	–
Abgänge/Zugänge von Wertberichtigungen	31	22	8	–	–	0
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–
Umgliederungen	–	–	–	–	–	–
Stand per 31.12.2013	-1 416	-1 161	-253	-1	–	-8
Bilanzwert per 31.12.2013	954	572	86	11	284	1
davon:						
Anlagen in Leasing	–	–	–	–	–	–

Das Total der Zugänge für Investitionen in *Sachanlagen* liegt über den im Berichtsjahr vorgenommenen Abschreibungen. Dies hängt einerseits mit dem Nettozugang bei den *Technischen Anlagen und Maschinen* und andererseits mit der Zunahme bei den *IT-Investitionsgütern* zusammen.

Bei den *Technischen Anlagen und Maschinen* besteht das Total aus den Zugängen von 114 Millionen sowie aus den Umgliederungen der Anlagen im Bau von rund 99 Millionen. Die Aktivierungen aus diesen Vorgängen übersteigen das Total der Abschreibungen von 134 Millionen deutlich. Der Anstieg des Bilanzwertes per 31.12.2013 um 78 Millionen gegenüber dem Anfangsbestand am 1.1.2013 kam insbesondere aufgrund der Umgliederungen resp.

der Aktivierung von fertig erstellten Anlagen zu Lasten der Anlagen im Bau beim PSI zustande (Grossforschungsanlagen wie HF-Injektor, UCN, CSAX-Strahllinie, Hochstromausbau, HR-ebeam).

Die Höhe der Abschreibungen bei den technischen Anlagen und Maschinen liegt mit 134 Millionen etwas über dem Mittel der Vorjahre. Die Höhe der Abschreibungen steht in direkter Abhängigkeit mit dem höheren Investitionsvolumen der Vorjahre.

Die *Immateriellen Anlagen* enthalten die aktivierten Lizenzen, Patente, Rechte und Software.

15 Beteiligungen

Beteiligungen nach Institutionen des ETH-Bereichs

CHF		Anschaffungs- wert	Wert- berichtigung	Bilanzwert 2013	Kapitalanteil (in %)	Institut
Beteiligungen	Sitz	9 807 830	-7 151 183	2 656 647	-	
GlycoVaxyn AG	Schlieren	6 000	-6 000	-	0,4	ETH Zürich
HeiQ Materials AG	Bad Zurzach	4 150	-4 150	-	0,2	ETH Zürich
Venture Incubator AG	Zug	2 125 000	-2 125 000	-	8,4	ETH Zürich
Covagen AG	Zürich	3 703	-3 702	1	1,0	ETH Zürich
Alstom Inspection Robotics AG	Zürich	24 000	-	24 000	24,0	ETH Zürich
Lipideon Biothecnology AG	Zürich	2 000	-2 000	-	0,4	ETH Zürich
Arktis Radisation Detectors AG	Zürich	3 000	-3 000	-	1,6	ETH Zürich
ChromaCon AG	Zürich	5 300	-5 300	-	4,6	ETH Zürich
Redbiotec AG	Schlieren	7 470	-7 470	-	3,6	ETH Zürich
SuSoS AG	Dübendorf	4 500	-4 500	-	2,4	ETH Zürich
CovalX AG	Zürich	4 000	-4 000	-	2,3	ETH Zürich
Cytosurge AG	Zürich	60 000	-60 000	-	3,0	ETH Zürich
NeMo Devices AG	Zürich	1 166	-1 165	1	0,9	ETH Zürich
Virtamed AG	Zürich	2 000	-2 000	-	1,2	ETH Zürich
Inspire AG	Zürich	34 100	-100	34 000	34,1	ETH Zürich
Flisom AG	Dübendorf	4 500	-4 500	-	2,3	ETH Zürich
Kooaba AG	Zürich	50 000	-50 000	-	0,9	ETH Zürich
Pearltec AG	Zürich	26 000	-26 000	-	1,2	ETH Zürich
BiognoSYS AG	Zürich	39 000	-39 000	-	2,2	ETH Zürich
Belenos Clean Power Holding	Biel	375 000	-250 000	125 000	0,6	ETH Zürich
ETH Zürich SEC AG	Zürich	100 000	-	100 000	100,0	ETH Zürich
ETH Store AG	Zürich	50 000	-	50 000	33,3	ETH Zürich
ProteoMediX AG	Zürich	4 000	-4 000	-	2,4	ETH Zürich
Malcisbo AG	Zürich	4 000	-4 000	-	1,5	ETH Zürich
Alpsens Technologies SA	Crissier	2 498	-	2 498	0,1	EPFL
Anecova SA	Ecublens	2 200	-2 200	-	0,1	EPFL
Ayanda Biosystems SA	Ecublens	6 000	-6 000	-	3,0	EPFL
Beamexpress SA	Ecublens	11 000	-11 000	-	5,9	EPFL
BlueBotics SA	Lausanne	2 000	-2 000	-	0,4	EPFL
Covalys Biosciences AG	Witterswil/SO	8 500	-8 500	-	1,9	EPFL
Dartfish SA	Fribourg	150 000	-150 000	-	2,0	EPFL
Nano Bridging Molecules SA	Gland	10 850	-10 850	-	1,3	EPFL
PhotoDermaSA	Ecublens	16 000	-16 000	-	4,2	EPFL
Sensimed SA	Lausanne	11 000	-11 000	-	1,1	EPFL
Shockfish SA	Lausanne	3 000	-3 000	-	0,8	EPFL
SQIE	Lausanne	1 483 546	-	1 483 546	95,0	EPFL
Polytech Advisors SA	Ecublens	30 000	-30 000	-	30,0	EPFL
CSEM SA	Neuchâtel	4 000 000	-4 000 000	-	16,3	EPFL
EELCEE SA	Ecublens	5 000	-5 000	-	5,0	EPFL
SecuTix SA	Lausanne	5 000	-5 000	-	0,7	EPFL
Lyncée Tec SA	Ecublens	31 250	-31 250	-	4,0	EPFL
Jeunesse An 2000 SA	St-Sulpice	25 000	-25 000	-	50,0	EPFL
Crocus Technology SA	Frankreich	256	-256	-	0,1	EPFL
G24 Innovations Ltd	GB	30 713	-30 713	-	1,0	EPFL
Innovative Silicon Inc	USA	5	-5	-	0,9	EPFL
Konarka Technologies Inc	USA	62	-62	-	0,1	EPFL
Typesafe Inc	USA	43	-43	-	0,1	EPFL
Orla Protein Technologies Ltd	GB	5	-5	-	0,1	EPFL
Bicycle Therapeutics Ltd	GB	14 412	-14 412	-	2,4	EPFL
EPFL-RAKIA FZ-LLC Ltd	Ras al Khaimah	183 000	-183 000	-	50,0	EPFL
Wohnbaugenossenschaft Brugg	Brugg	-	-	-	0,0	PSI
Dectris AG	Villigen	35 600	-	35 600	20,0	PSI
Dyosenos AG	Villigen	-	-	-	-	PSI
Belenos Clean Power Holding AG	Biel	512 001	- *	512 001	1,2	PSI
Eulitha AG	Villigen	20 000	-	20 000	20,0	PSI
Hydromethan AG	Villigen	20 000	-	20 000	20,0	PSI
Compliant Concept GmbH	Dübendorf	250 000	-	250 000	2,6	Empa

* erhaltene Aktien als Gegenleistung zur Ueberführung von immateriellen Rechten

Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR 414.110) können die ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen des Leistungsauftrages und der Weisungen des ETH-Rats zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten. Beteiligungen und Darlehen an Unternehmen sind gemäss der Immaterialgüter- und Beteiligungsverordnung (IGBV-ETH, SR 414.172) möglich. Diese müssen gemäss Art. 16 Abs. 6 der Verordnung über den ETH-Bereich (SR 414.110.3) im Anhang zur Jahresrechnung aufgelistet werden.

In den Einzelabschlüssen der ETH und der Forschungsanstalten per 31.12.2013 wurden die Beteiligungen grösstenteils entweder mit Null oder in wenigen Fällen mit Pro-Memoria-Werten (1 Franken) bilanziert. Aufgrund der Geringfügigkeit der Beteiligungen wurde für die Beteiligungen, die zwischen 20 und 50 Prozent liegen, auf die Anwendung der Equity-Methode verzichtet. Die ETH Zürich verfügte per 31.12.2013 unverändert

über eine Beteiligung von 100 Prozent der ETH Zürich SEC AG. Diese wird durch die ETH Zürich jedoch nicht subkonsolidiert. Die EPFL verfügte per 31.12.2013 ebenfalls unverändert über eine Beteiligung von 95 Prozent der SQIE Société pour le Quartier de l'Innovation. Diese wird durch die EPFL jedoch auch nicht subkonsolidiert.

Die Spin-Off-Unternehmen, bei denen sich die ETH Zürich finanziell beteiligt hat, sind in unterschiedlichsten Gebieten tätig. Bei der EPFL liegt der Schwerpunkt der Spin-Off-Unternehmen vor allem im Bereich «Life Sciences» sowie in der Entwicklung von Informationstechnologien.

Der ETH-Bereich unterstützt und fördert den Wissens- und Technologietransfer (WTT). Die aktuelle Zahl der mit den beiden ETH resp. den vier Forschungsanstalten verbundenen Spin-offs liegt bei 43.

16 Darlehen

Darlehen in den Aktiven

Es werden zwei Kategorien von Aktivdarlehen unterschieden. Die eine Kategorie enthält die Darlehen der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten gemäss Art. 9 und 10 Bst c der IGBV-ETH (SR 414.172). Grösstenteils handelt es sich dabei um Darlehen an Spin-off-Unternehmen. In der zweiten Kategorie werden die übrigen Darlehen geführt, die nicht aufgrund der Bestimmungen der IGBV-ETH gewährt worden sind.

Insgesamt gab es einen Überhang an Zugängen bei den Aktiv-Darlehen von 1,3 Millionen.

Gegenüber 2012 gab es bei den *Darlehen gemäss Art. 9 und 10 Bst. c der IGBV-ETH* einen Zugang und zwei Abgänge: Ein Zu- und ein Abgang betrifft Darlehen der EPFL an CADMOS als Zugang und Polytech Ventures als Abgang. Ein Abgang betrifft die Empa (Compliant Concept GmbH).

Darlehenspositionen

Darlehen gemäss IGBV-ETH (Art. 9/10 Bst. c)

CHF	2013		Bilanzwert
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	
Darlehen	1 736 684	–	1 736 684
Darlehen der EPFL an CADMOS	1 196 684		1 196 684
Darlehen des PSI an die Eulitha AG	100 000		100 000
Darlehen der Empa an die QC-Expert AG	60 000		60 000
Darlehen der Empa an die Micos Engineering GmbH	130 000		130 000
Darlehen der Empa an die CT Systems GmbH	250 000		250 000

Übrige Darlehen

CHF	2013		Bilanzwert
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	
Darlehen	1 096 680	–	1 096 680
Darlehen der ETH Zürich an Studierende	438 880		438 880
Darlehen der ETH Zürich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	7 000		7 000
Darlehen der ETH Zürich an die Stiftung Bibliothek Oechsli	250 000		250 000
Darlehen der ETH Zürich an die ETH Store AG	150 000		150 000
Darlehen der EPFL an die Fondation du Centre Universitaire Protestant	250 000		250 000
Darlehen der Eawag an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	800		800

17 Laufende Verbindlichkeiten

Mio. CHF	2012	2013	Differenz zu 2012	
			absolut	%
Laufende Verbindlichkeiten	157	211	54	34,6
Kontokorrente	40	67	27	68,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77	87	10	12,8
Übrige laufende Verbindlichkeiten	40	57	17	42,5

In den *Kontokorrenten* werden die Verpflichtungen respektive die Abrechnungssaldi u.a. gegenüber den Abrechnungsstellen der AHV, PUBLICA, Quellensteuer und Suva sowie gegenüber den Leadinghouses von Forschungsprogrammen (der EU [7. FRP], SystemsX.ch, etc.) oder den Kompetenzzentren geführt. Die Kontokorrentverbindlichkeiten betreffen zu einem Grossteil die ETH Zürich. Im Berichtsjahr nahmen die Abrechnungssaldi aus EU-Projekten (+5 Mio.) und aus dem Projekt SystemsX.ch

(+ 3 Mio.) zu. Die ETH Zürich übertrug ausserdem Verbindlichkeiten (ca. 21 Mio.) gegenüber den Sozialversicherungen (AHV, Publica, Suva, etc.), die bis im Jahr 2012 unter den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten bilanziert worden waren. Die Zunahme bei den *übrigen laufenden Verbindlichkeiten* betrifft Verbindlichkeiten der EPFL gegenüber Leadinghouses von Forschungsprogrammen (Nano-Tera.ch, NCCR, HBP).

18 Finanzverbindlichkeiten

Mio. CHF	2012	2013	Differenz zu 2012	
			absolut	%
Finanzverbindlichkeiten	39	12	-26	-68,6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	27	2	-25	-94,1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	12	11	-1	-9,8

Die bis und mit dem Jahr 2012 unter den *Kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten* ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Abrechnungsstellen der AHV, PUBLICA, Quellensteuer und Suva wurden in die übrigen laufenden Verbindlichkeiten verschoben.

Die *Langfristigen Finanzverbindlichkeiten* setzen sich u.a. zusammen aus dem Restbetrag der zinslosen Darlehen, welche

der Kanton Aargau dem PSI zwecks Durchführung der Projekte CCEM-CH und PROSCAN gewährte. Im Jahr 2013 wurde eine weitere Teilrückzahlung (1 Mio.) vorgenommen, wodurch sich die Darlehen des Kantons Aargau an das PSI von 7 auf 6 Millionen (davon 1 Mio. kurzfristig) reduzierten. Rund 5 Millionen betreffen die langfristigen Finanzverbindlichkeiten der EPFL.

Der Nominal- und der Marktwert der Finanzverbindlichkeiten per Ende Jahr 2013 sind identisch.

19 Rückstellungen

Mio. CHF	Total 2013	Personal	Übrige
Stand per 1.1.	143	52	92
Bildung (inkl. Erhöhung)	10	5	5
Auflösung	-3	-1	-2
Verwendung	-1	-0	-1
Stand per 31.12.	150	55	95
davon kurzfristig	69	52	17

Mio. CHF	Total 2012	Personal	Übrige
Stand per 1.1.	137	50	87
Bildung (inkl. Erhöhung)	8	2	6
Auflösung	-1	-1	-1
Verwendung	-0	-	-0
Stand per 31.12.	143	52	92
davon kurzfristig	63	51	12

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Rückstellungen um rund 7 Millionen auf 150 Millionen. Die langfristigen Rückstellungen stiegen um 1 Million auf total 81 Millionen an, die kurzfristigen Rückstellungen nahmen um 6 Millionen auf 69 Millionen zu.

Im Total der Rückstellungen für das *Personal* von 55 Millionen sind rund 3 Millionen für Pensionierungen enthalten. Das Ferien- und Überzeitguthaben des Personals hat im Berichtsjahr um knapp 1 Million auf gut 52 Millionen zugenommen. Dies hängt vor allem mit der gegenüber dem Jahr 2012 absolut gestiegenen Zahl der Mitarbeitenden zusammen (+ 493 FTE). Zudem sind die durchschnittlichen jährlichen Arbeitsplatzkosten gegenüber dem Jahr 2012 leicht gestiegen. Umgerechnet entspricht der Saldo von 52 Millionen in etwa 480 Vollzeitstellen oder knapp 800 000 Stunden (Basis Mediansalar gem. Personalreporting 2013 des ETH-Rates). Dies entspricht – wie im Vorjahr – einem Saldo von durchschnittlich etwas über einer Woche Ferienguthaben je Mitarbeitenden des ETH-Bereichs. Damit liegt der ETH-Bereich unter demjenigen Wert von Arbeitgebern in vergleichbarer Grösse. Die Schätzung der Ferien- und Überzeitguthaben

der Mitarbeitenden erfolgt pro Institution je nach unterschiedlichen Methoden (über Zeiterfassung, Annahmen, Extrapolationen etc.).

Der Bestand der *Übrigen Rückstellungen* enthält insbesondere 70 Millionen für den Rückbau von Beschleunigeranlagen und die Entsorgung der radioaktiven Komponenten beim PSI sowie die kurzfristigen Rückstellungen als Leadinghouse CCEM für Verpflichtungen gegenüber Dritten des PSI (17 Mio.). Weiter enthalten sie mögliche Rückstellungen im Zusammenhang mit Kernrisiken und für nicht versicherte Risiken (Bestand per Ende 2013: rund 8 Mio.). Dabei handelt es sich um die identifizierten Risiken gemäss Risikokatalog der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten (gemäss den Vorgaben aus dem Risk Management). Die Möglichkeit der Bildung von Rückstellungen für mögliche zukünftige Ereignisse im Zusammenhang mit dem Risk Management ist eine der Abweichungen zum Rechnungslegungsstandard des Bundes. Der ETH-Bereich beruft sich dabei auf Art. 12 Abs. 2 der Weisungen des ETH-Rats über das Risikomanagement der ETH und der Forschungsanstalten vom 4.7.2006.

20 Zweckgebundenes Kapital

Im *Zweckgebundenen Kapital* werden die Zweit- und Drittmittel sowie die Eigenmittel für interne Leistungsversprechen passiviert, die zu einem späteren Zeitpunkt (Zeitraum ca. 1–5 Jahre) für Lehr- und Forschungsvorhaben verwendet werden. Diese Mittel haben deshalb zweckgebundenen Charakter, weil der Zweck ihrer zukünftigen Verwendung vorbestimmt ist und gegenüber den Geldgebern eine Verbindlichkeit für eine in Zukunft noch zu erbringende Leistung besteht (Leistungsschuld). Die Kofinanzierungen für Immobilien im Eigentum des Bundes zählen ebenfalls zu den Eigenmitteln. Die Veränderung der Zweit- und Drittmittel wird als Vorposten über den Ertrag in der Erfolgsrechnung verbucht.

Die *Leistungsversprechen* enthalten die gegenüber gewählten Professorinnen und Professoren gemachten Berufungsversprechen sowie finanzielle Zusagen für die Abwicklung von bewilligten Lehr- und Forschungsprojekten. Analog den Zweit- und Drittmitteln erfolgt die Bestandesveränderung über die Erfolgsrechnung – allerdings wird diese über den Aufwand und nicht als Vorposten im Ertrag verbucht. In der Darstellung der Veränderung der Leistungsversprechen wird auch der nicht bilanzierte Teil für interne Leistungsversprechen offen gelegt.

Das Total des *Zweckgebundenen Kapitals* stieg im Berichtsjahr gegenüber 2012 um total 61 Millionen (+4,4 %) auf 1456 Millionen an.

Der Verlauf innerhalb des zweckgebundenen Kapitals war nicht einheitlich. Das zweckgebundene Kapital, welches aus Zweitmitteln resultiert, reduzierte sich um 3 Millionen (-1,0 %). Dasjenige aus Drittmitteln verzeichnete einen Zuwachs um 65 Millionen (+7,9 %). Die bilanzierten Eigenmittel (Leistungsversprechen und Kofinanzierungen) nahmen insgesamt um rund 1 Million ab (-0,4 %).

Die bilanzierten internen *Leistungsversprechen* (Eigenmittel) für Berufungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um knapp eine Million zu, die bilanzierten internen Leistungsversprechen für Projektzusagen wurden demgegenüber um 7 Millionen reduziert. Die Veränderung bei den *Berufungsversprechen* steht auch in einem direkten Bezug zur Zahl der Professuren im Berichtsjahr (2013: Zunahme +32,5 FTE).

Veränderung Zweit- und Drittmittel

Zweit-/Drittmittel

Mio. CHF	Total 2013	Zweitmittel	Nationale Forschungs- förderung	Ressort- forschung	Europäische Forschungs- Rahmen- Programme	Drittmittel	Wirtschafts- orientierte Forschung	Schenkungen und Legate	Übrige Drittmittel
Stand per 1.1.	1 136	309	140	88	81	827	458	183	186
Ertrag	717	454	246	73	135	264	135	57	72
Verwendung	-760	-449	-251	-73	-125	-311	-186	-33	-92
Netto-Veränderung*	104	-8	-19	-3	14	112	76	5	31
Stand per 31.12.	1 198	306	116	85	105	892	483	212	197

Zweit-/Drittmittel

Mio. CHF	Total 2012	Zweitmittel	Nationale Forschungs- förderung	Ressort- forschung	Europäische Forschungs- Rahmen- Programme	Drittmittel	Wirtschafts- orientierte Forschung	Schenkungen und Legate	Übrige Drittmittel
Stand per 1.1.	964	270	124	86	60	693	429	129	135
Ertrag	770	477	270	81	126	293	150	76	67
Verwendung	-742	-432	-245	-76	-111	-310	-181	-20	-109
Netto-Veränderung*	145	-6	-10	-2	6	151	59	-2	94
Stand per 31.12.	1 136	309	140	88	81	827	458	183	186

*Saldo u.a. aus dem Dienstleistungsertrag und dem übrigen Ertrag, Bestandesveränderungen sowie den übr. Veränderungen (Transfer etc.)

Der Zufluss an Zweitmitteln (vgl. Ziffer 3) lag um knapp 5 Millionen über dem Total der Mittelverwendung für Personal-, Sach- und Investitionsausgaben. Allerdings vermochte er die Abnahme von 8 Millionen bei den übrigen Veränderungen (Zeile *Netto-Veränderung*) nicht zu kompensieren. Umgekehrt verlief es bei den Drittmitteln: Dort lag der Ertrag aus Drittmitteln (vgl. Ziffer 3) unter dem Total der Mittelverwendung für Personal-, Sach- und Investitionsausgaben (-47 Mio.). Da jedoch die Netto-

Veränderung bei den Drittmitteln ein deutliches Plus aufweist (+112 Mio.), hat der Stand der Leistungsschuld des Jahres 2013 bei den Drittmitteln insgesamt um 65 Millionen auf 892 Millionen zugenommen. Zum Teil hängt der Anstieg innerhalb der Netto-Veränderung auch mit bilanziellen Umschichtungen von Mitteln vom Fremd- zum zweckgebundenen Kapital (Drittmittel) zusammen.

Bei der Netto-Veränderung handelt es sich zu einem grossen Teil um die nicht zu den Zweit- respektive Drittmitteln zählenden diversen Erträge für erbrachte Dienstleistungen (vgl. Ziffer 4). Deren Einnahmen werden teilweise indirekt ebenfalls im zweckgebundenen Kapital geäufnet.

Die Zunahme der gesamten Leistungsschuld per Ende 2012 um 62 Millionen auf total 1198 Millionen lässt sich dadurch begründen, dass ein Teil der zusätzlichen Einnahmen erst in den Folgejahren in der Lehre und für Forschungsvorhaben verwendet wird.

Bestandesveränderung Leistungsversprechen

Leistungsversprechen	Total 2013	Bilanziert 2013	Berufungsversprechen		Projektzusagen	
			bilanziert	nicht bilanziert	bilanziert	nicht bilanziert
Mio. CHF						
Stand per 1.1.	240	160	64	67	96	14
Bildung (inkl. Erhöhung)	50	47	1	3	46	–
Auflösung/Verlagerung	-54	-46	–	-4	-46	-4
Verwendung	-8	-7	–	–	-7	-1
Stand per 31.12.	228	154	64	66	89	9

Leistungsversprechen	Total 2012	Bilanziert 2012	Berufungsversprechen		Projektzusagen	
			bilanziert	nicht bilanziert	bilanziert	nicht bilanziert
Mio. CHF						
Stand per 1.1.	229	142	42	74	100	14
Bildung (inkl. Erhöhung)	57	55	22	2	33	0
Auflösung/Verlagerung	-40	-31	-1	-9	-31	–
Verwendung	-6	-6	–	–	-6	-0
Stand per 31.12.	240	160	64	67	96	14

Die internen, bilanzierten Leistungsversprechen werden vom Prinzip her gleich behandelt und verbucht wie die Zweit- und Drittmittel und sie sind ebenfalls Teil des zweckgebundenen Kapitals. Es gibt zwei Kategorien von internen Leistungsversprechen im ETH-Bereich: Die Berufungsversprechen sind frei verfügbare Kredite, die neu gewählten Professorinnen und Professoren im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen zugesagt werden. Die Ausschöpfung dieser Berufungskredite erfolgt in der Regel in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren. Das gleiche Verfahren wird für Projektzusagen in Lehre und Forschung angewendet, welche die zweite Kategorie der internen Leistungsversprechen darstellen.

Die Restguthaben der bilanzierten Leistungsversprechen werden passiviert, wobei die Bestandesveränderung erfolgswirksam als Aufwand oder als Minderaufwand verbucht wird, je nachdem ob es eine Zu- oder eine Abnahme bei den Leistungsversprechen gibt.

Im Vergleich zum Vorjahr blieb der bilanzierte Teil der Berufungsversprechen praktisch unverändert bei 64 Millionen. Hingegen verzeichneten die bilanzierten Leistungsversprechen für Projektzusagen einen Rückgang von 7 Millionen. Der nicht bilanzierte Teil der Leistungsversprechen (Berufungsversprechen/Projektzusagen) ging insgesamt um 6 Millionen auf 75 Millionen zurück.

Überleitung Zuordnung zweckgebundenes Kapital auf Fremd- oder Eigenkapital

Mio. CHF	Konsolidierte Bilanz ETH-Bereich 2013		Überleitung		Konsolidierte Bilanz ETH-Bereich Sicht (NRM) 2013	
	Anteil %		Zuordnung zu:	Reduktion (-) Erhöhung (+)	Anteil %	
Passiven	2 845	100,0		-	2 845	100,0
Fremdkapital	417	14,7		986	1 403	49,3
Zweckgebundenes Kapital	1 456	51,2		-1 456		
Zweit-/Drittmittel	1 198	42,1		-1 198		
Zweitmittel	306	10,8		-306		
Forschungsförderung	116	4,1	Fremdkapital	-116		
Ressortforschung	85	3,0	Fremdkapital	-85		
Europäische Forschungsrahmenprogramme	105	3,7	Fremdkapital	-105		
Drittmittel	892	31,3		-892		
Wirtschaftsorientierte Forschung	483	17,0	Fremdkapital	-483		
Schenkungen und Legate	212	7,5	Eigenkapital	-212		
Übrige Drittmittel	197	6,9	Fremdkapital	-197		
Eigenmittel	258	9,1	Eigenkapital	-258		
Eigenkapital	973	34,2		470	1 443	50,7

Die Gliederung der Passiven in Fremdkapital, zweckgebundenes Kapital und in Eigenkapital entspricht nicht den gängigen Rechnungslegungsvorschriften. Deshalb wird in einer Überleitung vereinfacht dargestellt, wie sich die Zuordnung des zweckgebundenen Kapitals auf die Höhe des Fremd- und/oder des Eigenkapitals auswirken würde. Die Zuweisung erfolgt nach den Kriterien von IPSAS. Die Zweitmittel werden – wie auch die Mit-

tel aus der wirtschaftsorientierten Forschung und die übrigen Drittmittel – global dem Fremdkapital zugeordnet. Die Schenkungen und Legate, die ebenfalls Bestandteil der Drittmittel sind, und die Eigenmittel (interne Leistungsversprechen und Kofinanzierungen für Immobilien im Eigentum des Bundes) werden dem Eigenkapital zugewiesen.

333 Weitere Erläuterungen

1 Eventualverbindlichkeiten

Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmende

Unter Vorsorgeverpflichtungen des ETH-Bereichs werden die Verpflichtungen aus Vorsorgeplänen des Vorsorgewerks ETH-Bereich bei der Sammelstiftung PUBLICA verstanden, welche Leistungen bei Pensionierung, Todesfall und Invalidität vorsehen. Die Vorsorgeverpflichtungen werden gemäss den Methoden nach IPSAS 25 bewertet. In Abweichung zu IPSAS 25 werden die Vorsorgeverpflichtungen nur als Eventualverpflichtungen im Anhang der Jahresrechnung und nicht als Rückstellungen ausgewiesen.

Im Vorsorgewerk ETH-Bereich bei der PUBLICA werden drei Vorsorgepläne für die Mitarbeitenden und ein Vorsorgeplan für die Professoren geführt. Die Zuteilung der Mitarbeitenden in einen Vorsorgeplan erfolgt über die Zugehörigkeit zu einem Lohnband. Nach IPSAS 25 werden die Pläne aufgrund der reglementarischen Leistungsversprechen als leistungsorientiert («defined benefit») qualifiziert.

Die Berechnung der Vorsorgeverpflichtung erfolgt nach der «Projected Unit Credit»-Methode (PUC-Methode) durch externe

versicherungsmathematische Experten. Die Vorsorgeverpflichtung entspricht dem Barwert der bis zum Bewertungsstichtag erworbenen Leistungen und der Dienstzeitaufwand entspricht den reglementarischen Leistungen, die im folgenden Jahr erworben werden.

Die Berechnung erfolgt aufgrund der Angaben zu den Versicherten (Lohn, Altersguthaben etc.) unter Anwendung von massgebenden Parametern. Parameter sind unter anderem demografische Annahmen (Pensionierung, Invalidisierung, Todesfall etc.) und finanzielle Annahmen (Lohnentwicklung, Rentenentwicklung, Verzinsung etc.). Die berechneten Werte werden über den technischen Zinssatz auf den Bewertungsstichtag abdiskontiert.

Das Äufnen des voraussichtlichen Deckungskapitals auf den Zeitpunkt des Altersrücktritts erfolgt bei der PUC-Methode nicht gestaffelt, sondern gleichmässig über die Anzahl der zu leistenden Dienstjahre. Die Vorsorgeverpflichtung per 31.12.2013 wurde aufgrund des aktuellen Versichertenbestandes im Vorsorgewerk ETH bewertet und beträgt 7055 Millionen. Für die Bewertung wurden die versicherungstechnischen Grundlagen BVG 2010, die Vorsorgepläne bei der PUBLICA und die per 1.1.2015 vorge-sehene Anpassung der Vorsorgepläne berücksichtigt.

Vorsorgeverpflichtungen und übrige Leistungen an Arbeitnehmende

Mio. CHF	2012	2013	Differenz zu 2012	
			absolut	%
Barwert der kapitalgedeckten Vorsorgeverpflichtungen	-7 036	-7 055	-19	0,3
Vorsorgevermögen zu Marktwerten	5 750	6 010	260	4,5
Kapitalgedeckte Nettovorsorgeverpflichtungen	-1 286	-1 046	240	-18,7
Barwert der nicht kapitalgedeckten Vorsorgeverpflichtungen	-	-	-	-
Total Nettovorsorgeverpflichtungen	-1 286	-1 046	240	-18,7

Das Vorsorgevermögen entspricht dem Vermögen des Vorsorgewerks ETH-Bereich zu Marktwerten abzüglich kurzfristiger Verbindlichkeiten. Das Vorsorgevermögen per 31.12.2013 wurde auf der Basis der provisorischen Bilanz per 31.12.2013 bestimmt und beträgt 6010 Millionen.

Die Nettovorsorgeverpflichtung (Vorsorgeverpflichtung abzüglich Vorsorgevermögen) beträgt somit 1046 Millionen. Die Abnahme der Nettovorsorgeverpflichtung ist v.a. auf die Entwicklung des Vorsorgevermögens und auf die Bewertung der Verpflichtungen mit einem höheren Diskontierungszinssatz zurückzuführen.

Die Arbeitgeberbeiträge sind reglementarisch festgelegt, wobei die Sparbeiträge nach Alter gestaffelt sind und mit zunehmendem Alter steigen. Gemäss den Bewertungsmethoden

von IPSAS 25 wird der Dienstzeitaufwand so berechnet, dass die Vorsorgeverpflichtung gleichmässig über die gesamte Beschäftigungsdauer verteilt wird. Dies kann zu Differenzen zwischen den Arbeitgeberbeiträgen und dem Dienstzeitaufwand des Arbeitgebers führen. Die bezahlten Arbeitgeberbeiträge betragen im Jahr 2013 185 Millionen (Vorjahr 172 Millionen), der Dienstzeitaufwand des Arbeitgebers hingegen 205 Millionen (Vorjahr 195 Millionen). Im Dienstzeitaufwand sind einmalige Kosten für die Planänderung von 95 Millionen enthalten. Die höheren Arbeitgeberbeiträge ergeben sich durch die Bewertung aufgrund des aktuellen Versichertenbestandes.

Der Nettovorsorgeaufwand setzt sich zusammen aus dem Dienstzeitaufwand des Arbeitgebers und dem Zinsaufwand auf den Vorsorgeverpflichtungen abzüglich der erwarteten Rendite auf dem Vorsorgevermögen. Allfällige Ereignisse wie Plankür-

zungen und Planabgeltungen müssen zusätzlich berücksichtigt werden. Der Nettovorsorgeaufwand des ETH-Bereichs für das Jahr 2013 beträgt 205 Millionen. Für das nächste Jahr wird ein Nettovorsorgeaufwand von 133 Millionen erwartet.

Bei der Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen per 31.12.2013 wurde u.a. der Diskontierungszinssatz an die aktuellen Renditen für Bundesobligationen mit einer Laufzeit von 15 und mehr Jahren angepasst. Neu beträgt er 1,45 Prozent gegenüber 1,15 Prozent im Vorjahr.

Versicherungstechnische Annahmen

	2012	2013
Diskontierungszinssatz	1,15%	1,45%
Erwartete langfristige Rendite des Vorsorgevermögens	3,00%	3,00%
Erwartete Lohnentwicklung	1,30%	1,15%
Erwartete Rentenerhöhungen	0,10%	0,10%

Entwicklung der Verpflichtungen

Mio. CHF	2012	2013	Differenz zu 2012	
			absolut	%
Stand 1.1	-1 573	-1 286	287	18,2
Nettovorsorgeaufwand/-gewinn	-109	-205	-96	-88,5
Sofort gegen Eigenkapital zu erfassender Betrag	224	260	36	-16,1
Arbeitgeberbeiträge	172	185	13	7,8
Stand 31.12.	-1 286	-1 046	240	18,7

Nettovorsorgeaufwand/-gewinn

Mio. CHF	2012	2013	Differenz zu 2012	
			absolut	%
Laufender Dienstzeitaufwand des Arbeitgebers (netto)	195	202	7	3,6
Zinsaufwand	84	79	-5	-5,6
Erwartete Rendite auf Vermögen	-170	-171	-1	0,6
Erfasster Nettogewinn der langfristigen Mitarbeiterleistungen	-	-	-	-
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-	95	95	-
Regulärer Nettovorsorgeaufwand	109	205	96	88,5
Ausserordentlicher Nettovorsorgeaufwand/-gewinn (Curtailment)	-	-	-	-
Nettovorsorgeaufwand/-gewinn	109	205	96	88,5

Weitere Eventualverbindlichkeiten

Bei der ETH Zürich sind Rechtsverfahren mit einer Streitsumme von insgesamt 6,7 Millionen im Baubereich hängig. Bei der EPFL besteht weiterhin eine Garantieverpflichtung im Umfang von einer halben Million.

2 Finanzielle Zusagen

Die ETH Zürich ist finanzielle Zusagen von rund 156 Millionen für langfristige Mietverträge eingegangen, wovon rund 72 Millionen innerhalb einer Fälligkeit von fünf Jahren liegen. Bei der

Empa existieren langfristige Mietverträge mit einem Volumen von knapp 11 Millionen, wovon 7 Millionen innerhalb einer Fälligkeit von fünf Jahren liegen.

3 Nahestehende Personen und Organisationen

Nahestehende Personen und Organisationen

Es existieren wesentliche finanzielle Beziehungen zum Bund. Im Vordergrund stehen dabei der Finanzierungsbeitrag sowie der Unterbringungsbeitrag (2013: 304,9 Mio.). Die Forschungsaufträge der Bundesämter (Ressortforschung, 2013: 70,3 Mio.) und die Mittel der Kommission für Technologie und Innovation (KTI, 2013: 36,8 Mio.) sind in den marktkonformen Transaktionen von Bezügen von Waren und Dienstleistungen enthalten. Das Total der kurzfristigen Geld- und Finanzanlagen enthält u.a. die gemäss der Tresorerievereinbarung beim Bund platzierten Mittel des ETH-Bereichs in der Höhe von 1352 Millionen (Geldanlagen/Kurzfristige Finanzanlagen) sowie der langfristigen Finanzanlagen im Umfang von 104 Millionen aus Kofinanzierungen. Ebenso zählen die Mittel für die Finanzierung des Rückbaus der Beschleunigeranlagen beim PSI (Stand langfristige Finanzanlagen 2013: 1,75 Mio.) zu den finanziellen Beziehungen zum Bund.

Die ETH Zürich und die EPFL pflegen finanzielle Beziehungen zu Stiftungen im Lehr- und Forschungsumfeld. Zu erwähnen sind dabei insbesondere die beiden nahestehenden Stiftungen

der ETH Zürich zur ETH Zürich Foundation sowie der EPFL zur Fondation EPFL+, wobei jeweils sämtliche finanziellen Transaktionen zu marktkonformen Bedingungen erfolgen.

Entschädigungen an Schlüsselpersonen

Als nahestehende natürliche Personen gelten – im Sinne von Schlüsselpersonen – die Mitglieder des ETH-Rats, der ETH-Ratspräsident, die Präsidenten der beiden ETH, die Direktorin und die Direktoren der vier Forschungsanstalten. Ihre Anstellungsbedingungen und ihre Entlohnung beziehen sich auf das ETH-Gesetz (SR 414.110) und auf die Verordnung ETH-Bereich (SR 414.110.3).

Die Anstellungsbedingungen und die Entlohnung der übrigen Mitglieder der Schulleitungen und der übrigen Mitglieder der Direktionen der Forschungsanstalten richten sich nach dem Bundespersonalgesetz (SR 172.220.1) und die Ausführungsverordnungen PVO-ETH-Bereich (SR 172.220.113) und die Professorenverordnung ETH-Bereich (SR 172.220.113.40). Details zur Governance werden im Geschäftsbericht des ETH-Rats für den ETH-Bereich publiziert.

4 Umrechnungskurse

Einheit	Stichtagskurse per	
	31.12.2012	31.12.2013
1 Euro (EUR)	1,2072	1,2273
1 US-Dollar (USD)	0,9140	0,8907

5 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Offenlegungspflichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind wesentliche Ereignisse, die dazu verpflichten, die im Abschluss erfassten Beträge anzupassen beziehungsweise Sachverhalte zu erfassen, die bislang nicht berücksichtigt worden sind. Die kon-

solidierte Rechnung des ETH-Bereichs 2013 wurde vom Bundesrat am 26.3.2014 genehmigt. Bis zu diesem Datum sind im ETH-Bereich keine offenlegungspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

34 Segmentberichterstattung/Einzelabschlüsse

In der Segmentberichterstattung werden die Einzelabschlüsse der beiden ETH und der vier Forschungsanstalten gezeigt. Damit von den Einzelabschlüssen eine Überleitung auf die konsolidierten Werte gemacht werden kann, ist eine separate Spalte mit den Konsolidierungsbuchungen ausgewiesen.

341 Erfolgsrechnung nach Konsolidierungseinheit

Mio. CHF	Rechnung 2013 ETH-Bereich	Rechnung 2013 Konsoli- dierung	Rechnung 2013 ETH-Rat	Rechnung 2013 ETH Zürich	Rechnung 2013 EPFL	Rechnung 2013 PSI	Rechnung 2013 WSL	Rechnung 2013 Empa	Rechnung 2013 Eawag
Jahresergebnis	70	0	-5	32	17	17	-2	9	3
Operatives Ergebnis (exkl. Finanzergebnis)	57	0	-5	24	14	15	-2	8	3
Operativer Ertrag	3 189	-14	33	1 582	882	385	77	170	73
Finanzierungsbeitrag des Bundes	2 074	–	32	1 050	542	255	51	93	51
Beitrag an Unterbringung	305	–	0	174	76	28	4	19	5
Zweit- und Drittmittel	713	-4	1	335	224	71	24	47	16
Entgelte aus Zweitmitteln	451	-2	–	211	148	28	21	35	11
Entgelte aus Drittmitteln	262	-2	1	124	76	43	3	12	5
Bestandesveränderung Zweit- und Drittmittel	-37	–	–	-51	9	14	-6	-5	1
Dienstleistungsertrag	105	-7	0	59	28	9	1	15	0
Übriger Ertrag	29	-2	0	15	4	8	1	2	0
Operativer Aufwand	3 132	-14	39	1 559	869	369	79	162	70
Eigenaufwand	3 076	-13	13	1 545	854	368	77	162	70
Personalaufwand	1 981	-4	9	960	580	228	55	107	47
Sach- und Betriebsaufwand	914	-9	4	481	245	107	18	48	20
Abschreibungen	180	–	0	96	40	34	2	7	2
Veränderung Leistungsversprechen	1	–	–	7	-11	–	3	-0	2
Transferaufwand	56	-1	26	14	15	1	1	0	–
Finanzergebnis	13	-0	0	8	3	1	0	0	0
Finanzertrag	21	-0	0	12	7	2	0	0	0
Finanzaufwand	8	–	0	4	3	0	0	0	0

Mittelverschiebungen innerhalb des ETH-Bereichs: Voranschlag 2013

Kredit: A2310.0542

Finanzierungsbeitrag des Bundes
an den ETH-Bereich
Mio. CHF

	Total Kredit A2310.0542	ETH-Rat	ETH Zürich	EPFL	PSI	WSL	Empa	Eawag
Stand 1. Januar 2013 (Bundesbeschluss I 13.12.2012)	2 054,1	113,8	1 003,4	510,5	250,9	44,0	85,0	46,6
Veränderungen:								
Kreditverschiebung Flexibilität (Kreditverschiebung zu Lasten Kredit A4100.0125 Bauten ETH- Bereich gemäss FHV Art. 20 Abs. 5)	19,8	-	18,5	7,0	-13,1	1,8	3,0	2,6
Abtretungen ETH-Rat:								
Strategische Vorhaben Lehre und Forschung	-	-55,9	16,8	21,2	8,6	4,6	3,1	1,7
Kompetenzzentren	-	-25,7	10,0	4,9	10,8	-	-	-
Kreditverschiebungen innerhalb Kompetenzzentren:								
Energie und nachhaltige Mobilität (CCEM-CH)	-	-	1,2	1,2	-3,6	-	1,2	0,0
Umwelt und Nachhaltigkeit (CCES)	-	-	-1,8	0,7	0,1	0,6	0,1	0,3
Materialwissenschaften und Technologie (CCMX)	-	-	1,9	-3,8	0,9	-	1,0	-
Diverse Kreditverschiebungen	-	-	0,3	0,2	0,1	-0,0	-0,4	-0,2
Stand 31. Dezember 2013	2 073,9	32,2	1 050,3	541,9	254,6	50,9	92,9	51,0

In der Aufstellung über die Mittelverschiebungen werden die haushaltsneutralen Kreditverschiebungen innerhalb des ETH-Bereichs und die übrigen Budgetveränderungen offen gelegt. Ausgehend vom Finanzierungsbeitrag des Bundes gemäss Bundesbeschluss I vom 13.12.2012 über den Voranschlag 2013 werden die Mittelverschiebungen innerhalb des ETH-Bereichs gezeigt. Zur Hauptsache sind dies budgetneutrale Vorgänge wie die Abtretungen durch den ETH-Rat für strategische Vorhaben in Lehre und Forschung sowie die Abtretungen zu Gunsten der Kompetenzzentren und die Kreditverschiebungen innerhalb der Kompetenzzentren. Die Kreditverschiebungen innerhalb der

Kompetenzzentren entstehen deshalb, weil die Leadinghouses der jeweiligen Kompetenzzentren zuerst den Jahresbeitrag durch den ETH-Rat als Kreditverschiebung erhalten und danach die Abtretungen an die beteiligten Institutionen des ETH-Bereichs vornehmen. Zudem kam es wiederum zu einer Krediterhöhung im Rahmen der Kreditverschiebung vom Investitionskredit (620 BBL, Kredit A4100.0125) zum Finanzierungsbeitrag gemäss Art. 20, Abs. 5 der Finanzhaushaltverordnung resp. gemäss Art. 5, Abs. 2 des Bundesbeschlusses I zum Voranschlag 2013 (+19,8 Mio.).

342 Investitionsrechnung nach Konsolidierungseinheit

Mio. CHF	Rechnung 2013 ETH-Bereich	Rechnung 2013 ETH-Rat	Rechnung 2013 ETH Zürich	Rechnung 2013 EPFL	Rechnung 2013 PSI	Rechnung 2013 WSL	Rechnung 2013 Empa	Rechnung 2013 Eawag
Saldo Investitionsrechnung	-244	-0	-135	-53	-40	-2	-11	-3
Saldo Investitionen Sachanlagen	-236	-0	-127	-53	-40	-2	-11	-3
Investitionseinnahmen Sachanlagen	1	-	0	0	-	-	0	-
Investitionsausgaben Sachanlagen	237	0	127	53	40	2	11	3
Liegenschaften	0	-	-	0	-	-	-	-
Technische Anlagen und Maschinen	165	0	79	34	38	1	10	3
Informationstechnologien	71	-	48	20	2	0	1	0
Immaterielle Anlagen	1	-	0	-	0	-	-	-
Saldo Investitionen Finanzanlagen	-8	-	-8	0	-	-	-	-

343 Geldflussrechnung nach Konsolidierungseinheit

Mio. CHF	Rechnung 2013 ETH-Bereich	Rechnung 2013 ETH-Rat	Rechnung 2013 ETH Zürich	Rechnung 2013 EPFL	Rechnung 2013 PSI	Rechnung 2013 WSL	Rechnung 2013 Empa	Rechnung 2013 Eawag
Total Geldfluss	84	-6	60	-7	19	6	7	4
Geldfluss aus laufenden Aktivitäten	360	-5	216	61	56	8	16	8
Cash Flow	258	-5	129	59	54	-1	16	6
Jahresergebnis	70	-5	32	17	17	-2	9	3
Abschreibungen	180	0	96	40	34	2	7	2
Veränderung Rückstellungen	7	0	0	3	4	-1	0	0
Übriger nicht liquiditätswirksamer Erfolg	1	-	0	-0	-0	0	0	1
Zunahme (-)/Abnahme (+) Nettoumlaufvermögen	41	1	31	-3	16	0	-5	2
Zunahme (+)/Abnahme (-) Zweckgebundenes Kapital	61	-	57	5	-14	8	4	-0
Geldfluss aus Investitions- tätigkeiten	-233	-0	-127	-53	-39	-2	-9	-3
Sachanlagen	-233	-0	-127	-53	-39	-2	-9	-3
Immobilien, Techn. Anlagen, Informationstechnologien	-236	-0	-127	-53	-40	-2	-11	-3
Desinvestitionen Immobiles/ Mobiles Anlagevermögen	4	-	0	0	1	-	2	-
Immaterielle Anlagen	-1	-	-0	-	-0	-	-	-
Geldfluss Finanzanlagen	-16	-2	-9	-9	3	-	-0	0
Free Cash Flow	110	-6	81	-1	20	6	7	4
Geldfluss aus Finanzierungs- tätigkeiten	-26	0	-20	-6	-1	-	0	-
Nachweis Fonds Flüssige Mittel								
Mio. CHF	Rechnung 2013 ETH-Bereich	Rechnung 2013 ETH-Rat	Rechnung 2013 ETH Zürich	Rechnung 2013 EPFL	Rechnung 2013 PSI	Rechnung 2013 WSL	Rechnung 2013 Empa	Rechnung 2013 Eawag
Stand Flüssige Mittel am 1.1.	1 442	60	750	381	67	62	64	58
Zunahme/Abnahme	84	-6	60	-7	19	6	7	4
Stand Flüssige Mittel am 31.12.	1 525	53	811	375	85	68	71	63

344 Bilanz nach Konsolidierungseinheit

Mio. CHF	2013 ETH-Bereich	2013 Konsoli- dierung	2013 ETH-Rat	2013 ETH Zürich	2013 EPFL	2013 PSI	2013 WSL	2013 Empa	2013 Eawag
Aktiven	2 845	-6	55	1 358	698	462	76	126	76
Umlaufvermögen	1 749	-6	53	924	455	102	72	84	64
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	1 525	–	53	811	375	85	68	71	63
Forderungen	61	-6	0	22	19	11	3	11	1
Kurzfristige Finanzanlagen	120	–	–	78	42	–	–	–	0
Vorräte	12	–	–	8	2	2	–	–	–
Aktive Rechnungsabgrenzungen	31	–	0	7	18	3	1	2	0
Anlagevermögen	1 096	–	2	434	243	360	4	42	12
Sachanlagen	954	–	0	385	182	329	4	41	12
Immaterielle Anlagen	1	–	–	1	–	0	0	–	0
Darlehen	3	–	–	1	1	0	–	0	–
Beteiligungen	3	–	–	0	1	1	–	0	–
Langfristige Finanzanlagen	136	–	2	46	58	30	–	–	–
Passiven	2 845	-6	55	1 358	698	462	76	126	76
Fremdkapital	417	-6	2	149	106	128	9	23	7
Kurzfristiges Fremdkapital	326	-6	2	141	98	53	9	23	7
Laufende Verbindlichkeiten	211	-6	1	98	81	18	3	12	4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	2	–	0	–	–	1	–	0	–
Passive Rechnungsabgrenzungen	44	–	0	26	7	4	2	5	0
Kurzfristige Rückstellungen	69	–	1	17	9	29	4	6	3
Langfristiges Fremdkapital	91	–	–	8	8	75	–	–	–
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	11	–	–	–	6	5	–	–	–
Langfristige Rückstellungen	81	–	–	8	3	70	–	–	–
Zweckgebundenes Kapital	1 456	–	–	828	394	108	50	52	24
Zweimittel	306	–	–	106	127	31	18	17	7
Drittmittel	892	–	–	576	203	67	13	26	8
Eigenmittel an Immobilien des Bundes (Kofinanzierung)	104	–	–	46	58	–	–	–	–
Eigenmittel (interne Leistungsversprechen)	154	–	–	100	6	10	19	9	9
Eigenkapital	973	–	53	381	199	226	17	51	45
Übriges Eigenkapital	236	–	51	54	31	20	17	17	45
Reserven aus Finanzierungsbeitrag des Bundes	113	–	51	–	–	–	15	16	32
Freie Reserven	55	–	–	3	21	20	2	1	7
Diverses Eigenkapital	67	–	–	51	10	–	–	–	6
Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	737	–	3	327	167	206	-0	34	–

35 Zusatzinformationen

351 Investitionen des Bundes in vom ETH-Bereich genutzte Liegenschaften

Das Immobilien-Portfolio des ETH-Bereichs

Die Immobilien des ETH-Bereichs sind Eigentum der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Der ETH-Rat ist für das Immobilienportfolio des ETH-Bereichs als eines von drei Bau- und Liegenschaftsorganen des Bundes (BLO) verantwortlich. Er koordiniert die Bewirtschaftung der Grundstücke und sorgt für deren Wert- und Funktionserhalt und ist gegenüber dem Bund der verantwortliche Ansprechpartner. Das umfangreiche und heterogene Immobilienportfolio umfasst Gebäude in fast allen Regionen der Schweiz. Darunter befinden sich grosse und bekannte Gebäude an zentralster innerstädtischer Lage, massgeschneiderte Forschungsgebäude, Landwirtschaftsgebäude, ein Bootshaus, aber auch Stationen auf Bergspitzen. Der Bund stellt dem ETH-Bereich die Infrastrukturkosten (Abschreibungen, kalkulatorische Zinsen, Verwaltungsaufwand) in Rechnung, wobei diese Mittel gleichzeitig über den Unterbringungsbeitrag des Bundes vollumfänglich zur Verfügung gestellt werden.

Die Immobilien sind für den ETH-Bereich ein strategischer Produktionsfaktor und eine Voraussetzung für die internationale Konkurrenzfähigkeit der beiden Hochschulen und der vier Forschungsanstalten. Mit Blick auf die zunehmende Bedeutung des Managements des sehr grossen Immobilienportfolios des ETH-Bereichs hat der Bundesrat im aktuellen Leistungsauftrag mit dem Ziel 9 erstmals strategische Ziele dazu formuliert. Die Ziele umfassen die langfristige Entwicklungsplanung und den Wert- und Funktionserhalt, die nachhaltige Entwicklung, behindertengerechtes Bauen sowie die Flexibilisierung des Immobilienmanagements.

Eine konsequent auf die Nutzung ausgerichtete, leistungsfähige Infrastruktur ist eine notwendige Rahmenbedingung zur Erfüllung der Ziele des Leistungsauftrags. Das professionelle Immobilienmanagement des ETH-Bereichs hat die rechtzeitige, permanente, wirtschaftliche und nachhaltige Bereitstellung der baulichen und infrastrukturellen Einrichtungen zum Ziel. Wichtige Elemente dieser Aufgabe sind die Optimierung der Lebensdauer der Immobilien durch gezielte Investitionen und die Anpassung der Bauten an neue Anforderungen. Angesichts langer Planungs- und Realisierungshorizonte und dem erheblichen Mittelbedarf ist die grösste Herausforderung dafür zu sorgen, dass das Infrastrukturangebot Schritt hält mit dem Wachstum der Anzahl der Studierenden und der immer komplexeren Forschung. Der ETH-Bereich bekennt sich zu einer nachhaltigen Entwicklung seines Immobilienbestands. Er folgt damit dem entsprechenden Auftrag der Bundesverfassung an den Bundesrat sowie dessen Nachhaltigkeitsstrategie. Die vom ETH-Bereich mitgetragenen Ziele für nachhaltiges Bauen sind bereits seit langem Bestandteil der Beschaffung und Bewirtschaftung der Immobilien bei allen Institutionen.

Die über 400 Gebäude und rund 175 weiteren Anlagen haben einen Neuwert von 6,1 Milliarden. Die Gebäude stehen auf 175 Parzellen im Wert von 1,1 Milliarden. Der Buchwert aller Aktiven beträgt 4,4 Milliarden. Die für das Jahr 2013 ausgewiesene gesamte Hauptnutzfläche von rund 928 600 m² bedeutet gegenüber dem Jahr 2012 eine Zunahme von 4,3 Prozent. Dies aufgrund abgeschlossener Sanierungsprojekte, Neuzugängen und neuen Mietflächen (z.B. Campus Biotech in Genf).

Laufende Projekte und Investitionen 2013

Der jährliche Investitionskredit ist beim Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) eingestellt (siehe Band 2B, Ziff. 06). Das Total der Bauinvestitionen aus dem Investitionskredit 2013 belief sich auf 197,5 Millionen. Hinzu kamen Drittmittel in der Höhe von knapp 8,1 Millionen (Kofinanzierungen) sowie Investitionen in Betriebseinrichtungen zu Lasten des Finanzierungsbeitrags von 58,8 Millionen. Gesamthaft wurden 265 Millionen in Immobilien investiert. Für spezielle Nutzungen wie das Kongresszentrum bei der EPFL gelangten Public Private Partnership (PPP) Modelle zur Anwendung.

Die grössten aus Bundesmitteln finanzierten Neubauprojekte des Jahres 2013 waren bei der ETH Zürich der Neubau Leonhardstrasse für 22,6 Millionen (total 106 Mio.) und die Umsetzung des Gastronomiekonzeptes auf dem Höggerberg für 6,8 Millionen (total 8,9 Mio.), beim PSI das Grossforschungsprojekt SwissFEL für 36,6 Millionen (total 93 Mio.) und bei der WSL das Pflanzenschutzlabor für 9,4 Millionen (2013: 4,3 Mio.). Beispielhaft für Sanierungsprojekte 2013 ist an der EPFL in Ecublens der Umbau des Gebäudes Mechanik für 20,5 Millionen (total 55 Mio.) zu nennen. Auf dem Campus Science City der ETH Zürich wurde die Realisierung eines innovativen Arealversorgungs-konzepts mit Erdsondenspeichern fortgeführt.

Durch die Auflösung eines Unterhaltsfonds am Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique (CSEM SA), an der die EPFL beteiligt ist, flossen gemäss Beschluss des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) 2,7 Millionen zurück in die Arealentwicklung des neu entstehenden Campus Neuchâtel der EPFL. Dieser Betrag wird nicht dem Zahlungsrahmen angerechnet.

Stand Verpflichtungskredite für Immobilien

Die Verpflichtungskredite betreffen Investitionen in Immobilien, welche sich im Eigentum des Bundes befinden. Gesamthaft waren Ende des Jahres 2013 Verpflichtungskredite im Umfang von 1,25 Milliarden bewilligt. Abzüglich der bereits ausgeführten Arbeiten (855 Mio.) und der voraussichtlich nicht verwendeten Mittel (85 Mio.) bestanden Ende Jahr 2013 noch zu realisierende Projekte im Umfang von 315 Millionen. Die Details über die Verpflichtungskredite für Bauvorhaben sind in der Tabelle über die früher bewilligten, laufenden Verpflichtungskredite ersichtlich (siehe Band 2A, Ziff. 09 Verpflichtungskredite).

352 Hochleistungsrechnen und Vernetzung (HPCN Projekt)

Berichterstattung Stand 2013

Bundesrat und Parlament beschlossen mit dem Voranschlag 2010 die Finanzierung der nationalen Strategie für Hochleistungsrechnen und Vernetzung (HPCN) des ETH-Rats. Im neuen Gebäude der ETH Zürich in Lugano-Cornaredo, in dem seit dem Jahr 2012 das nationale Hochleistungsrechenzentrum der Schweiz (CSCS) untergebracht ist, konnte im April 2013 der Supercomputer «Piz Daint» mit einer Spitzenleistung von 750 Teraflops in Betrieb genommen werden. Dieser wurde im Herbst weiter ausgebaut und ist gegenwärtig mit einer maximalen Rechenleistung von über 7 Petaflops einer der schnellsten Rechner Europas. Dies wurde möglich, weil beim Ausbau auf den Rechenknoten jeweils einer der beiden herkömmlichen CPU-Prozessoren durch einen Grafikprozessor (GPU) ersetzt wurde. GPU-Prozessoren verfügen im Vergleich zu CPU-Prozessoren über reduzierte, jedoch für numerische Berechnungen optimierte Funktionalitäten. Dadurch können sie Berechnungen viel schneller und energieeffizienter ausführen. Zudem verfügt «Piz Daint» über ein neuartiges Kommunikationsnetzwerk, das die Rechenknoten verbindet. Das neue hybride System ist das erste

seiner Art und eines der energieeffizientesten weltweit. Mit ihm können detailreichere und höher auflösende Modelle berechnet werden – bei gleichzeitig geringerem Stromverbrauch.

Mit diesem Ausbauschnitt wurde die im Jahr 2007 vom ETH-Rat beschlossene HPCN-Strategie vollständig umgesetzt. Die für die Schweizer Hochschulen wichtige Forschungsinfrastruktur für das Hochleistungsrechnen wird vom CSCS der ETH Zürich in Form eines Nutzerlabors laufend weiterentwickelt und nachhaltig betrieben.

Um die Möglichkeiten neuer Rechnerarchitekturen und höherer Leistungskapazitäten möglichst effizient ausschöpfen zu können, müssen immer wieder auch neue Rechenalgorithmen entwickelt werden. Dazu arbeiten im Rahmen des Koordinations- und Innovationsprojektes «Platform for Advanced Supercomputing» (PASC) der schweizerischen Universitätskonferenz SUK Entwickler von Applikationssoftware verschiedener Disziplinen interdisziplinär mit Mathematikern und Informatikern zusammen.

353 Nationale Forschungsinfrastruktur SwissFEL

Berichterstattung Stand 2013

Entsprechend dem Leistungsauftrag des Bundesrats an den ETH-Bereich für die Jahre 2013 - 2016 hat das PSI die Realisierung des Freie-Elektronenlasers SwissFEL weiter vorangetrieben. Die Bauarbeiten für die SwissFEL-Gebäudeanlage starteten im Frühjahr 2013. Am 3. Juli 2013 wurde der Grundstein für die neue Grossforschungsanlage gelegt. Bis Ende Jahr 2014 soll der Rohbau fertiggestellt und mit der notwendigen technischen Infrastruktur ausgestattet sein. Der SwissFEL wird Forschenden aus Wissenschaft und Industrie aus der Schweiz und dem Ausland zur Verfügung stehen. Die Baukosten betragen rund 275 Millionen und werden zum grössten Teil vom Bund getragen.

Röntgenlasern sein. Von dieser neuen Generation von Röntgenlichtquellen werden besondere wissenschaftliche Durchbrüche erwartet, die Grundlagen für neue Entwicklungen im Bereich der Energie- und Umwelttechnologie, der Informationstechnologie und Computerwissenschaften sowie im Gesundheitsbereich schaffen werden.

Der SwissFEL wird in enger Zusammenarbeit mit der Schweizer Industrie entwickelt. Dies verschafft den beteiligten Schweizer Unternehmen im internationalen Wettbewerb einen technologischen Vorsprung, den sie ihrerseits für die Entwicklung anderer Produkte nutzen können.

Der SwissFEL wird neben Anlagen in den USA, Japan, Deutschland und Südkorea einer von weltweit fünf Freie-Elektronen-

354 Neuroinformatikprojekt Blue Brain

Berichterstattung Stand 2013

Die EPFL betreibt das Blue Brain Projekt (BBP), dem im Jahr 2013 13,4 Millionen aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes zufließen. Das Blue Brain Projekt ist ein strategisches Grossprojekt des ETH-Rats, das mit dem Ziel einer Beteiligung an einem FET-Flaggschiff der EU vom ETH-Rat gefördert wurde. Dieses Ziel wurde mit dem von der EPFL koordinierten europäischen FET Flaggschiff «Human Brain» erreicht. Das FET Flaggschiff befindet sich in der Aufbauphase, die im Oktober 2013 offiziell gestartet wurde.

Im Rahmen eines Übereinkommens haben EPFL/BBP und ETH Zürich/CSCS einen IBM BlueGene/Q-Supercomputer beschafft, der einzig für Simulationen des menschlichen Gehirns vorgesehen ist. Dieser wurde im neuen CSCS-Gebäude in Lugano installiert, wo er im Auftrag des BBP betrieben wird. Dank der Forschungszusammenarbeit von EPFL, ETH Zürich und IBM konnte die Leistung des Supercomputers durch ein neuartiges Speichermodul erhöht werden. Damit konnte eine einzigartige Forschungsplattform für künftige interaktive Simulationen des menschlichen Gehirns geschaffen werden.

355 Aktionsplan «Koordinierte Energieforschung Schweiz» – Massnahmen in den Jahren 2013–2016

Berichterstattung Stand 2013

Die Eidg. Räte haben den Zahlungsrahmen des ETH-Bereichs mit der Zustimmung zur Energiebotschaft um 60 Millionen aufgestockt und den Leistungsauftrag des Bundesrats an den ETH-Bereich für die Jahre 2013–2016 entsprechend erweitert (Ziel 2, Unterziel 4a). Damit wurde sichergestellt, dass die zusätzlichen Aktivitäten auf dem Gebiet der Energieforschung nicht in Konkurrenz zu den zuvor definierten Zielen des Leistungsauftrags stehen. Im ETH-Bereich werden mit diesen Mitteln zusätzliche Forschungsteams aufgebaut sowie Infrastrukturen für Forschung und Demonstration aufgebaut.

Von den zweckgebundenen Mitteln für die Energieforschung gemäss «Aktionsplan Energieforschung Schweiz» wurden im Jahr 2013 12 Millionen für Forschung und Innovation im Energiebereich eingesetzt. Die Mittel gingen je zur Hälfte an die beiden Kompetenzzentren Energie und nachhaltige Mobilität (CCEM) und Umwelt und Nachhaltigkeit (CCES) des ETH-Bereichs. Sie erlaubten, den Übergang wichtiger Projekte und Kompetenzen in der Energieforschung im Hinblick auf die neuen Swiss competence centers for energy research (SCCER) sicherzustellen.

Entwurf

Bundesbeschluss IV über die Rechnung 2013 des Bereichs der Eidgenössischen Technischen Hoch- schulen (ETH-Bereich)

vom #. Juni 2014

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 35 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz)¹, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 26. März 2014²,

beschliesst:

Art. 1

Die Rechnung des Bereichs der Eidgenössischen Technischen Hochschulen für das Jahr 2013 wird mit den nachstehenden Beträgen genehmigt:

- a. Die konsolidierte Erfolgsrechnung des Bereichs der Eidgenössischen Technischen Hochschulen, die bei einem operativen Ertrag von 3 188 660 614 Franken, einem operativen Aufwand von 3 132 119 608 Franken und dem Finanzergebnis von 13 058 563 Franken mit einem Jahresergebnis von 69 599 569 Franken abschliesst;
- b. Die konsolidierte Investitionsrechnung mit Investitionen von netto 236 206 851 Franken;
- c. Die konsolidierte Geldflussrechnung mit der Veränderung des Fonds Flüssige Mittel von 83 602 473 Franken als Zunahme;
- d. Die konsolidierte Bilanz per 31. Dezember 2013 mit einer Bilanzsumme von 2 845 489 037 Franken.

Art. 2

In Übereinstimmung mit Artikel 10 der Verordnung des ETH-Rats über das Rechnungswesen des ETH-Bereichs vom 5. Februar 2004³ wird die bilanzielle Reserve aus dem Finanzierungsbeitrag des Bundes im Umfang von 5 646 829 Franken reduziert.

Art. 3

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

¹ SR 414.110

² Im BBl nicht veröffentlicht

³ SR 414.123



Inhalt

	Seite
4 Eidgenössische Alkoholverwaltung	79
41 Profil der Eidgenössischen Alkoholverwaltung	79
42 Totalrevision des Alkoholgesetzes	79
43 Ergebnisse der Jahresrechnung	79
431 Erfolgsrechnung Alkoholverwaltung	80
Erfolgsrechnung Alkoholverwaltung ohne Alcosuisse	81
Personelles und Organisation	82
Verkauf von Ethanol	82
Weitere Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	82
Erfolgsrechnung Alcosuisse	83
432 Verteilung des Reinertrages	84
Verteilung des Reinertrages der EAV	84
Anteil der Kantone am Reinertag 2013 der EAV	84
433 Investitionen und Anlagevermögen	84
434 Bilanz Alkoholverwaltung	85
Bemerkungen zur Bilanz	85
444 Rechnungsrevision	86
Entwurf Bundesbeschluss V	87

41 Profil der Eidgenössischen Alkoholverwaltung

Der Reinertrag 2013 der EAV beträgt 262,7 Millionen. Er liegt 8,3 Millionen unter dem Voranschlag und 6 Millionen unter der Rechnung 2012, was insbesondere auf die leicht tieferen Fiskaleinnahmen zurückzuführen ist. Der Reinertrag geht zu 90 Prozent an die AHV/IV. Die Kantone erhalten 10 Prozent, den so genannten Alkoholzehntel, und müssen diesen Anteil zweckgebunden zur Prävention und Therapie von Alkohol- und anderen Suchtproblemen verwenden.

Die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) ist eine dezentrale Verwaltungseinheit des Bundes und dem Eidgenössischen Finanzdepartement angegliedert. Sie vollzieht die Alkoholgesetzgebung. Sie ist Steuerbehörde und kontrolliert alle dem Alkoholgesetz unterstellten Erzeugnisse, das heisst sämtliche Spirituosen, Süssweine, Wermut, hochgradiges Ethanol und die damit hergestellten Produkte, Aromen usw. Vom Alkoholgesetz nicht betroffen sind die klassischen Gärprodukte Bier und Wein.

Nach Artikel 105 der Bundesverfassung trägt der Bund insbesondere den schädlichen Wirkungen des Alkoholkonsums Rechnung. Die EAV vollzieht entsprechende Bestimmungen der Marktregulierung.

42 Totalrevision des Alkoholgesetzes

Der Bundesrat hat im Januar 2012 die Botschaft über die Totalrevision der Alkoholgesetzgebung zu Händen des Parlaments verabschiedet. In diesem Rahmen schlägt er vor, die Alkoholmonopole aufzuheben. Zudem soll sich der Bund aus dem Import, Handel und Verkauf von Ethanol zurückziehen. Die EAV ist beauftragt, die Privatisierung ihres Profitcenters Alcosuisse vorzu-

bereiten. Ohne Alcosuisse wird die EAV sodann in die Bundesverwaltung integriert. Im Bereich der Spirituosen kann aus Sicht des Bundesrates das schwerfällige Steuer- und Kontrollsystem wesentlich vereinfacht werden. Dies ist Gegenstand des laufenden Differenzbereinigungsverfahrens im Parlament.

43 Ergebnisse der Jahresrechnung

Der Gesamtertrag der EAV betrug im Jahr 2013 294,3 Millionen. Im Vergleich zur Rechnung 2012 sank der Gesamtertrag um 7,0 Millionen und gegenüber dem Voranschlag 2013 um 13,3 Millionen.

Der Reinertrag der EAV für das Geschäftsjahr 2013 beträgt 262,7 Millionen und liegt damit rund 8,3 Millionen unter dem Budget. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Reinertrag um 6,0 Millionen tiefer. Die Fiskaleinnahmen blieben um 8,7 Millionen unter dem Voranschlag und 4,5 Millionen unter der Rechnung 2012.

431 Erfolgsrechnung Alkoholverwaltung

CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Total Aufwand	32 634 674	36 718 000	31 653 635	- 981 039	-3,0
4 Personalaufwand	20 126 057	21 027 000	20 043 687	- 82 370	-0,4
40 Personalbezüge	15 885 689	16 590 000	15 806 636	- 79 053	-0,5
41 Sozialversicherungsbeiträge	981 580	974 000	978 086	- 3 494	-0,4
42 Personalversicherungsbeiträge	2 190 218	2 205 000	2 293 061	102 843	4,7
43 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	74 928	71 000	75 378	450	0,6
44 Familienausgleichskassenbeiträge	271 440	268 000	231 445	- 39 995	-14,7
45 Personalbeschaffung	21 403	5 000	5 026	- 16 377	-76,5
46 Aus- und Weiterbildung	137 224	250 000	82 987	- 54 237	-39,5
47 Spesenentschädigungen	510 347	589 000	503 644	- 6 703	-1,3
48 Übriger Personalaufwand	53 228	75 000	39 874	- 13 354	-25,1
49 Hilfskräfte	-	-	27 550	27 550	n.a.
5 Sonstiger Sachaufwand	10 275 587	13 541 000	9 755 998	- 519 589	-5,1
51 Unterhalt, Reparaturen, Ersatz, Leasing	2 519 003	2 807 000	2 149 348	- 369 655	-14,7
52 Wasser, Energie, Betriebsmaterial	298 754	343 000	302 058	3 304	1,1
53 Verwaltungsaufwand	556 883	701 000	490 407	- 66 476	-11,9
54 Informatikaufwand	1 927 348	2 800 000	1 478 408	- 448 940	-23,3
55 Sonstige Dienstleistungen und Honorare	558 109	1 315 000	963 287	405 178	72,6
56 Übriger Sachaufwand	1 277 243	1 698 000	1 177 285	- 99 958	-7,8
57 Debitorenverluste	- 36 999	101 000	- 193 705	- 156 706	-423,5
59 Handelsrechtliche Abschreibungen	3 175 246	3 776 000	3 388 910	213 664	6,7
6 Alkoholprävention (Artikel 43a AlkG)	2 233 030	2 150 000	1 853 950	- 379 080	-17,0
Total Ertrag	301 299 483	307 681 000	294 333 507	-6 965 976	-2,3
7 Ertrag	301 009 667	307 252 000	294 078 423	-6 931 244	-2,3
70 Verkauf Ethanol	48 006 596	46 367 000	53 159 342	5 152 746	10,7
30 Warenaufwand Ethanol	-45 216 594	-38 721 000	-45 448 730	- 232 136	-0,5
71 Gebühren	699 617	645 000	691 072	- 8 545	-1,2
72 Rückerstattungen	-4 685 694	-5 515 000	-7 327 209	-2 641 515	-56,4
73 Verkaufsfrachten	-2 479 997	-2 509 000	-2 533 457	- 53 460	-2,2
74 Andere Entgelte	484 240	460 000	365 064	- 119 176	-24,6
75 Vermögenserträge	883 716	2 081 000	955 917	72 201	8,2
76 Fiskaleinnahmen	294 978 342	299 200 000	290 508 323	-4 470 019	-1,5
77 Verkauf/Vermietung Alkoholtransportbehälter	4 317 463	4 641 000	4 700 814	383 351	8,9
79 Übriger Ertrag	4 021 978	603 000	- 992 713	-5 014 691	-124,7
8 Betriebsfremder Erfolg	289 816	429 000	255 084	- 34 732	-12,0
82 Liegenschaftserfolg	289 816	429 000	255 084	- 34 732	-12,0
Reinertrag	268 664 809	270 963 000	262 679 872	-5 984 937	-2,2

Erfolgsrechnung Alkoholverwaltung ohne Alcosuisse

CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Total Aufwand	23 723 197	27 628 000	22 908 919	- 814 278	-3,4
4 Personalaufwand	15 717 269	16 776 000	15 439 010	- 278 259	-1,8
40 Personalbezüge	12 351 960	13 050 000	12 082 912	- 269 048	-2,2
41 Sozialversicherungsbeiträge	762 215	772 000	748 331	- 13 884	-1,8
42 Personalversicherungsbeiträge	1 730 644	1 822 000	1 832 242	101 598	5,9
43 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	61 982	56 000	55 650	- 6 332	-10,2
44 Familienausgleichskassenbeiträge	203 305	206 000	169 389	- 33 916	-16,7
45 Personalbeschaffung	1 280	5 000	615	- 665	-52,0
46 Aus- und Weiterbildung	98 581	250 000	55 310	- 43 271	-43,9
47 Spesenentschädigungen	462 173	540 000	457 893	- 4 280	-0,9
48 Übriger Personalaufwand	45 129	75 000	36 668	- 8 461	-18,7
5 Sonstiger Sachaufwand	5 772 898	8 702 000	5 615 959	- 156 939	-2,7
51 Unterhalt, Reparaturen, Ersatz, Leasing	580 238	617 000	538 462	- 41 776	-7,2
52 Wasser, Energie, Betriebsmaterial	99 251	122 000	111 599	12 348	12,4
53 Verwaltungsaufwand	482 590	621 000	427 479	- 55 111	-11,4
54 Informatikaufwand	1 743 807	2 650 000	1 336 858	- 406 949	-23,3
55 Sonstige Dienstleistungen und Honorare	495 460	1 305 000	698 641	203 181	41,0
56 Übriger Sachaufwand	930 267	1 218 000	820 510	- 109 757	-11,8
57 Debitorenverluste	- 30 336	71 000	- 6 474	23 862	78,7
59 Handelsrechtliche Abschreibungen	1 471 621	2 098 000	1 688 884	217 263	14,8
6 Alkoholprävention (Artikel 43a AlkG)	2 233 030	2 150 000	1 853 950	- 379 080	-17,0
Total Ertrag	292 388 006	298 591 000	285 588 791	-6 799 215	-2,3
7 Ertrag	292 098 190	298 162 000	285 333 707	-6 764 483	-2,3
71 Gebühren	552 647	490 000	529 542	- 23 105	-4,2
72 Rückerstattungen	-4 685 694	-5 515 000	-7 327 209	-2 641 515	-56,4
74 Andere Entgelte	484 240	460 000	365 064	- 119 176	-24,6
75 Vermögenserträge	883 716	2 081 000	955 917	72 201	8,2
76 Fiskaleinnahmen	294 978 342	299 200 000	290 508 323	-4 470 019	-1,5
79 Übriger Ertrag	- 55 240	- 87 000	- 21 350	33 890	61,4
Deckungsbeitrag Alcosuisse	- 59 821	1 533 000	323 420	383 241	640,6
8 Betriebsfremder Erfolg	289 816	429 000	255 084	- 34 732	-12,0
82 Liegenschaftserfolg	289 816	429 000	255 084	- 34 732	-12,0
Reinertrag	268 664 809	270 963 000	262 679 872	-5 984 937	-2,2

Personelles und Organisation

Im Jahr 2013 betrug der Personalbestand der EAV 138 Vollzeitstellen (2012: 135), inklusive der nebenamtlichen Leiterinnen und Leiter der Brennereiaufsichtsstellen. Das sind 3 Vollzeitstellen mehr als im Vorjahr. Diese Zunahme erklärt sich namentlich durch Vakanzen verschiedener Stellen im Laufe des Jahres 2012, die erst per 1. Januar 2013 neu besetzt wurden. Neben dem Personal in der Zentralverwaltung in Bern sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Aussendienst sowie in den Betrieben des Profitcenters Alcosuisse in Delémont (JU) und Schachen (LU) tätig. Alle Mitarbeitenden sind dem Bundespersonalgesetz unterstellt und bei der PUBLICA versichert. Die EAV bildet zudem neun KV-Lernende aus.

Verkauf von Ethanol

Das Profitcenter der EAV, die Alcosuisse, übt das Ethanolimportmonopol des Bundes aus. Alcosuisse importiert und verkauft hochgradiges Ethanol für industrielle Anwendungen. Sie wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt: Zielvereinbarung, Leistungsauftrag und Globalbudget verschaffen ihr die nötige Selbständigkeit, um sich auf dem Ethanolmarkt aktiv zu behaupten. Im Jahr 2013 wurden 39,5 Millionen Kilogramm Ethanol auf dem Schweizer Markt abgesetzt. Die Profitcenter-Rechnung der Alcosuisse weist 2013 nach einer Standardpreisanpassung im Umfang von 1,5 Millionen einen positiven Deckungsbeitrag von 0,3 Millionen aus (ohne kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen).

Weitere Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

- Zu 4 Personalaufwand
Der Personalaufwand ist trotz der Erhöhung des Personalbestandes praktisch gleich wie im Vorjahr (-0,1 Mio.) und um 1 Million unter dem Budget 2013. Diese Entwicklung des Personalaufwandes wurde dank umsichtiger Personalführung möglich.
- Zu 51 Unterhalt, Reparaturen, Ersatz, Leasing
Die Minderausgaben gegenüber dem Budget (-0,7 Mio.) und dem Vorjahr (-0,4 Mio.) sind hauptsächlich auf einen tieferen Unterhalt und Miete der Alkoholtransportbehälter aufgrund von Neu- und Ersatzbeschaffungen im Vorjahr zurückzuführen.
- Zu 54 Informatikaufwand
Der Informatikaufwand liegt 1,3 Millionen unter dem Budget und fällt gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Millionen tiefer aus. Der Minderaufwand ist auf die mehrmonatige Verzögerung der gemeinsam mit der Eidgenössischen Zollverwaltung EZV und dem Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT zu realisierenden IT-Lösung zur Erhebung von Verbrauchssteuern und dementsprechend aufgeschobenen IT-Investitionen und Projektausgaben zurückzuführen. Neben dem Aufbau der IT-Lösung zur Erhebung von Verbrauchssteuern,

welche unter anderem die Umsetzung der vom Bundesrat zu Händen des Parlaments verabschiedeten neuen Alkoholgesetzgebung beinhaltet, muss sich die Informatik der EAV abgesehen vom Tagesgeschäft auch schrittweise an den IT Services nach den Standards der Bundesverwaltung ausrichten, um die Informatiklandschaft der EAV auf das Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung und die damit verbundene Integration in die Zentralverwaltung vorzubereiten.

- Zu 55 Sonstige Dienstleistungen und Honorare
Die Ausgaben für Dienstleistungen und Honorare liegen 0,4 Millionen über dem Vorjahr und 0,4 Millionen unter dem Budget. Aufgrund von Verzögerungen des politischen Prozesses der Totalrevision des Alkoholgesetzes konnten nicht alle geplanten externen Dienstleistungen wie budgetiert bezogen werden.
- Zu 56 Übriger Sachaufwand
Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Millionen und 0,5 Millionen gegenüber dem Budget ist hauptsächlich auf die tiefere Vorsteuer (Mehrwertsteuer) aus gemischter Verwendung zurückzuführen. Die Abnahme von Investitionen (ohne Alcosuisse) und ein tieferer Sachaufwand gegenüber Budget und Vorjahr führen 2013 zu einer Abnahme der Vorsteuer (MWST) aus gemischter Verwendung. Von den Beschaffungen für Alcosuisse kann die Vorsteuer (MWST) vollumfänglich abgezogen werden, was für die EAV nicht der Fall ist. Für Beschaffungen wie (z.B. IT-Mittel) für die EAV und für Alcosuisse darf nur die Vorsteuer für den Anteil Alcosuisse abgezogen werden. Die nicht abzugsberechtigte Vorsteuer wird dem «Übrigen Sachaufwand» belastet.
- Zu 57 Debitorenverluste
Die Wertberichtigungen auf Forderungen für Fiskaleinnahmen und Ethanollieferungen konnten reduziert werden, da im Vergleich zum Vorjahr kaum Konkurse von Debitoren zu verzeichnen waren. Eine bereits abgeschriebene, hohe Forderung konnte nachträglich aus der Konkursdividende teilweise wieder vereinnahmt werden.
- Zu 6 Alkoholprävention
Die Eidgenössische Alkoholverwaltung unterstützt gesamtschweizerische und interkantonale Organisationen und Institutionen, die sich der Alkoholprävention widmen. Die finanziellen Beiträge werden auf der einen Seite für Präventionsprojekte im Zusammenhang mit dem Vollzug des Gesetzes gewährt, auf der anderen Seite im Rahmen des Nationalen Programms Alkohol NPA (Finanzierung nationaler Präventionsprojekte, Leistungsverträge mit Nichtregierungsorganisationen). Im Rechnungsjahr konnten 0,3 Millionen von den budgetierten 2,2 Millionen aufgrund von Projektverzögerungen nicht ausgegeben werden. Diese Präventionsprojekte werden im 2014 realisiert.

- Zu 72 Rückerstattungen
Die Rückerstattungen von Fiskalabgaben haben gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Millionen zugenommen und das Budget um 1,8 Millionen überschritten. Diese Mindereinnahmen im Jahr 2013 sind namentlich auf Verzögerungen bei den Exportabrechnungen eines Grossproduzenten zurückzuführen, so dass Rückerstattungen des Jahres 2012 erst im 2013 ausbezahlt werden konnten.

- Zu 75 Vermögenserträge
Die Vermögenserträge bewegen sich auf dem Vorjahresniveau, sind aber 1,1 Millionen unter dem Budget. In der Phase der Budgetierung wurde für das Anlagekonto der EAV von der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) noch mit 0,75 Prozent gerechnet. Die tiefere Verzinsung im Rechnungsjahr (0,2–0,55 %) hat den Vermögensertrag entsprechend vermindert.

- Zu 79 Übriger Ertrag
Lagerdifferenzen aus Reservoirabschlüssen, Standardpreisänderungen und Herrichtungen aus Ethanol werden in dieser Kontengruppe verbucht.

Erfolgsrechnung Alcosuisse

CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Total Aufwand	8 911 477	9 090 000	8 744 716	- 166 761	-1,9
4 Personalaufwand	4 408 788	4 251 000	4 604 677	195 889	4,4
40 Personalbezüge	3 533 729	3 540 000	3 723 724	189 995	5,4
41 Sozialversicherungsbeiträge	219 365	202 000	229 755	10 390	4,7
42 Personalversicherungsbeiträge	459 574	383 000	460 819	1 245	0,3
43 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	12 946	15 000	19 728	6 782	52,4
44 Familienausgleichskassenbeiträge	68 135	62 000	62 056	- 6 079	-8,9
45 Personalbeschaffung	20 123	–	4 411	- 15 712	-78,1
46 Aus- und Weiterbildung	38 643	–	27 677	- 10 966	-28,4
47 Spesenentschädigungen	48 174	49 000	45 751	- 2 423	-5,0
48 Übriger Personalaufwand	8 099	–	3 206	- 4 893	-60,4
49 Hilfskräfte	–	–	27 550	27 550	n.a.
5 Sonstiger Sachaufwand	4 502 689	4 839 000	4 140 039	- 362 650	-8,1
51 Unterhalt, Reparaturen, Ersatz, Leasing	1 938 765	2 190 000	1 610 886	- 327 879	-16,9
52 Wasser, Energie, Betriebsmaterial	199 503	221 000	190 459	- 9 044	-4,5
53 Verwaltungsaufwand	74 293	80 000	62 928	- 11 365	-15,3
54 Informatikaufwand	183 541	150 000	141 550	- 41 991	-22,9
55 Sonstige Dienstleistungen und Honorare	62 649	10 000	264 646	201 997	322,4
56 Übriger Sachaufwand	346 976	480 000	356 775	9 799	2,8
57 Debitorenverluste	- 6 663	30 000	- 187 231	- 180 568	-2710,0
59 Handelsrechtliche Abschreibungen	1 703 625	1 678 000	1 700 026	- 3 599	-0,2
Total Ertrag	8 851 656	10 623 000	9 068 136	216 480	2,4
7 Ertrag	8 851 656	10 623 000	9 068 136	216 480	2,4
70 Verkauf Ethanol	48 006 596	46 367 000	53 159 342	5 152 746	10,7
30 Warenaufwand Ethanol	-45 216 594	-38 721 000	-45 448 730	- 232 136	-0,5
71 Gebühren	146 970	155 000	161 530	14 560	9,9
73 Verkaufsfrachten	-2 479 997	-2 509 000	-2 533 457	- 53 460	-2,2
77 Verkauf/Vermietung Alkoholtransportbehälter	4 317 463	4 641 000	4 700 814	383 351	8,9
79 Übriger Ertrag	4 077 218	690 000	- 971 363	-5 048 581	-123,8
Deckungsbeitrag	- 59 821	1 533 000	323 420	383 241	640,6

432 Verteilung des Reinertrages

Gemäss Artikel 131 der Bundesverfassung erhält der Bund 90 Prozent des Reinertrages (236,4 Mio.) zuhanden der Sozialversicherungen AHV und IV. 10 Prozent des Reinertrages gehen an die Kantone. Dies entspricht 26,3 Millionen. Diese Mittel sind von den Kantonen für die Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden.

Verteilung des Reinertrages der EAV

Anteile	in %	2013 CHF
Bund	90	236 411 885
Kantone	10	26 267 987
	100	262 679 872

Anteil der Kantone am Reinertrag 2013 der EAV

Kantone	Bevölkerung	Anteil am Reinertrag (Art. 44 des Alkoholgesetzes)
CHF		
Zürich	1 408 575	4 602 582
Bern	992 617	3 243 420
Luzern	386 082	1 261 540
Uri	35 693	116 629
Schwyz	149 830	489 576
Obwalden	36 115	118 007
Nidwalden	41 584	135 878
Glarus	39 369	128 640
Zug	116 575	380 914
Freiburg	291 395	952 146
Solothurn	259 283	847 219
Basel-Stadt	187 425	612 420
Basel-Land	276 537	903 597
Schaffhausen	77 955	254 722
Appenzell A.Rh.	53 438	174 611
Appenzell I.Rh.	15 717	51 356
St. Gallen	487 060	1 591 490
Graubünden	193 920	633 642
Aargau	627 340	2 049 861
Thurgau	256 213	837 187
Tessin	341 652	1 116 363
Waadt	734 356	2 399 541
Wallis	321 732	1 051 274
Neuenburg	174 554	570 363
Genf	463 101	1 513 203
Jura	70 942	231 806
Insgesamt	8 039 060	26 267 987

433 Investitionen und Anlagevermögen

Die EAV führt eine Investitionsrechnung, in der sie über die wertvermehrenden Ausgaben für bauliche Anlagen, Betriebseinrichtungen, Fahrzeuge und Alkoholtransportbehälter Rechenschaft ablegt. Die Investitionen werden in dieser Rechnung zum Beschaffungspreis aufgeführt. Sie werden nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen in der Erfolgsrechnung abgeschrieben.

Im Voranschlag waren Investitionen im Betrag von 5,4 Millionen vorgesehen. Effektiv investiert wurden 2,3 Millionen, davon 1,0 Millionen in Anlagen und Fahrzeuge von Alcosuisse (Erweiterung Brandschutz, Schaumextrakt für Brandbekämpfung,

Innenverkleidung Kellertanks, Alkoholtransportbehälter, Fahrzeuge, usw.), 0,2 Millionen in Bern (Brandmeldeanlage, elektronische Zutrittskontrolle, Schliessanlage) sowie 1,0 Millionen in den IT-Bereich (Verbrauchssteuerplattform VSP, Datawarehouse, etc.). Die Abschreibungen auf dem Gesamtbestand aller Anlagen in der Erfolgsrechnung betragen 3,4 Millionen (Pos 59). Zusätzlich wurde für bauliche Massnahmen (0,4 Mio.), für ERP Alcosuisse (0,2 Mio.), für pneumatische Handventile (0,5 Mio.) für Alcosuisse aktiviert. Diese Abschreibungen wurden vollumfänglich den Reserven belastet.

434 Bilanz Alkoholverwaltung

CHF	31.12.2012	31.12.2013	Differenz zu 2012	
			absolut	%
Aktiven				
Umlaufvermögen	331 970 458	326 263 123	-5 707 335	-1,7
Flüssige Mittel	12 412 180	13 813 102	1 400 922	11,3
Kontokorrent Bund	259 248 620	259 445 372	196 752	0,1
Forderungen gegenüber Dritten	28 823 493	26 974 425	-1 849 068	-6,4
Transitorische Aktiven	7 045 554	7 485 281	439 727	6,2
Vorräte	24 440 611	18 544 943	-5 895 668	-24,1
Anlagevermögen	10 739 332	9 602 875	-1 136 457	-10,6
Investitionsgüter	10 639 332	9 502 875	-1 136 457	-10,7
Beteiligungen alcosuisse ag	100 000	100 000	–	0,0
Bilanzsumme	342 709 790	335 865 998	-6 843 792	-2,0
Passiven				
Fremdkapital	7 347 997	7 541 822	193 825	2,6
Laufende Verbindlichkeiten	4 643 787	4 155 271	- 488 516	-10,5
Transitorische Passiven	1 698 982	2 623 551	924 569	54,4
Rückstellungen	1 005 228	763 000	- 242 228	-24,1
Eigenkapital	335 361 793	328 324 176	-7 037 617	-2,1
Betriebsfonds Alkoholverwaltung	62 024 973	62 024 973	–	0,0
Reserven	4 672 011	3 619 331	-1 052 680	-22,5
Reinertrag	268 664 809	262 679 872	-5 984 937	-2,2
Bilanzsumme	342 709 790	335 865 998	-6 843 792	-2,0

Bemerkungen zur Bilanz

- Flüssige Mittel
Die flüssigen Mittel, inklusive des Kontokorrents Bund, haben im Geschäftsjahr 2013 um 1,6 Millionen zugenommen.
- Forderungen gegenüber Dritten
Die Forderungen gegenüber dem Bund betragen 3,2 Millionen. In den Forderungen gegenüber Dritten sind Wertberichtigungen von 0,4 Millionen enthalten.
- Vorräte
Die Bewertung der Ethanollager erfolgt zu Marktpreisen. Als Marktpreis definiert die Alcosuisse die kalkulierten Verkaufspreise in der Schweiz auf der Basis der Standardpreise. Die Standardpreise werden zeitnahe den entsprechenden Einstandspreisen angepasst. Zur Sicherung von Verlusten auf dem Ethanollager besteht eine Reserve (gemäss Verordnung über das Finanz- und Rechnungswesen der EAV, Artikel 3a, Absatz 2). Die Reserven auf dem Ethanollager betragen unverändert 0,4 Millionen.

Die Differenz zwischen 2012 und 2013 in den Standardpreisänderungen Ethanol kommt aufgrund der jeweils aktuellen Marktsituation zustande. Mussten im 2012 die Standardpreise erhöht werden, konnten sie infolge einer positiven Marktentwicklung im 2013 wieder gesenkt werden.

- Investitionsgüter
Der Anschaffungswert sämtlicher Investitionsgüter beträgt 95,7 Millionen, die kumulierten Abschreibungen betragen 86,2 Millionen, die Differenz von 9,5 Millionen entspricht dem Buchwert.

Liegenschaften Länggasstrasse in Bern

Die EAV als Eigentümerin betreibt und benutzt in Bern die beiden Verwaltungsgebäude «Jugendstil» an der Länggasstrasse 31 und «Neubau» an der Länggasstrasse 35 und 37. Beide Gebäude sind im Inventar der Denkmalpflege erwähnt. Wegen den teilweise beträchtlichen Mängeln an der Gebäudehülle des Neubaus wurde eine Sanierungsstudie in Auftrag gegeben, die einen sofortigen Renovationsbedarf von 0,1 Millionen und Sanierungsmassnahmen in den nächsten Jahren für das gesamte Gebäude von rund 23 Millionen aufzeigt. Der Buchwert der Liegenschaften beträgt 1,5 Millionen (Neubau) bzw. 0,1 Millionen (Jugendstil). Auf Empfehlung der Eidgenössischen Finanzkontrolle EFK wurden beide Gebäude neu bewertet. Somit beträgt der neu geschätzte Verkehrswert der beiden Liegenschaften per 31. Dezember 2013 22 Millionen (Neubau), bzw. 8,6 Millionen (Jugendstil).

- Beteiligung alcosuisse ag
Durch die Bildung der alcosuisse ag wird der Name des Profitcenters Alcosuisse geschützt. Die alcosuisse ag ist eine ruhende AG, die Geschäftstätigkeit übt das gleichnamige Profitcenter der Alkoholverwaltung aus.

- **Laufende Verbindlichkeiten**
Die Verpflichtungen gegenüber dem Bund betragen 1,7 Millionen, der PUBLICA sind 0,3 Millionen geschuldet. Weiter bestehen Verpflichtungen gegenüber der SBB, Swisscom und der Post.
- **Rückstellungen**
Die Rückstellung für die Ferien- und Überzeitguthaben des Personals EAV konnte von 0,7 Millionen auf 0,6 Millionen gesenkt werden. Für Rechtsfälle mit wahrscheinlicher Kostenfolge sowie für Verkaufsfrachten Ethanol bestehen Rückstellungen von 0,2 Millionen.
- **Betriebsfonds EAV**
Der Betriebsfonds der EAV beträgt unverändert 62 Millionen.
- **Reserven**
Insgesamt wurden im Berichtsjahr 2013 Beschaffungen von 1,1 Millionen getätigt (Einbau Büros, pneumatische Handventile, ERP, usw.), die zu Lasten der Reserven gebucht wurden.
- **Sicherheiten durch Dritte**
Die geleisteten Sicherheiten (Bürgschaften, Bankgarantien, Barkautionen, Wertschriften, Gutschriften) für die ausgesetzten Fiskalabgaben bei Steuer- und Verschlusslager betragen 52,5 Millionen.
- **Versicherungswerte**
Der Versicherungswert der Gebäude beträgt 56,4 Millionen. Für Alcosuisse besteht eine Business Haftpflichtversicherung, sowie eine Sach- und Immobilienversicherung, was die Risiken für den Bund mindert.

444 Rechnungsrevision

Die Revision der Rechnung 2013 wurde durch die EFK vorgenommen. Sie empfiehlt, die Rechnung zu genehmigen.

Entwurf

Bundesbeschluss V über die Rechnung 2013 der Eidgenössischen Alkoholverwaltung

vom #. Juni 2014

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf den Artikel 71 des Bundesgesetzes über die
gebrannten Wasser vom 21. Juni 1932¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 26. März
2014²,

beschliesst:

Art. 1

Die Rechnung der Eidgenössischen Alkoholverwaltung für die
Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 wird genehmigt.

Der Reinertrag von 262 679 872 Franken wird wie folgt
verwendet:

- Anteil des Bundes zuhanden der
AHV/IV 236 411 885 Franken
- Anteil der Kantone zu Bekämpfung
der Ursachen und Wirkungen von
Suchtproblemen 26 267 987 Franken

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

¹ SR 680

² Im BBI nicht veröffentlicht

